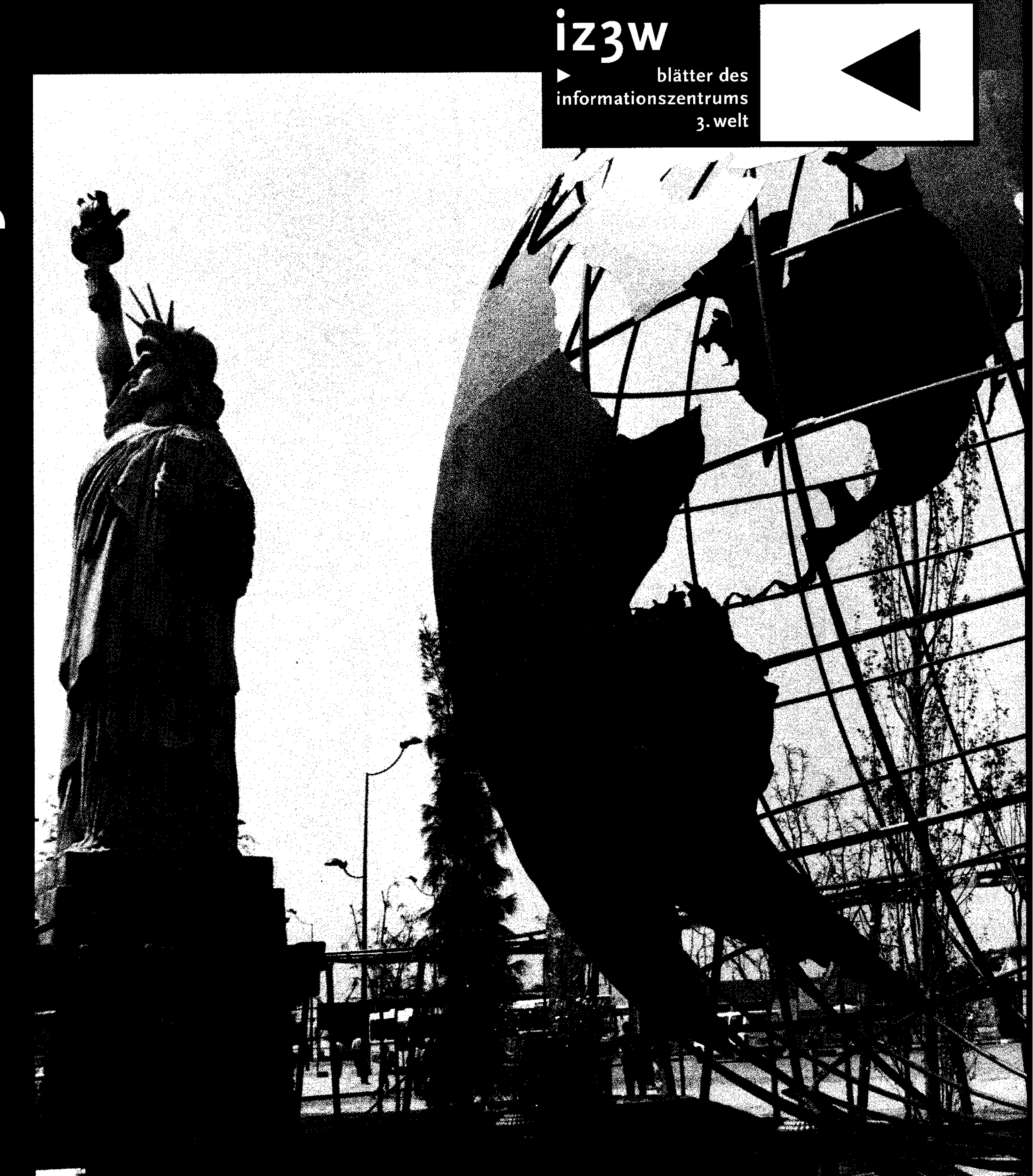
Schwerpunkt: Global Governance – Die neue Weltordnungspolitik? ▶

Außerdem: ▶ Frieden in Nahost ▶ Konsum in Indien ▶ Röhren in Burma ▶ Hybride in Nationen ▶ Guerilleros in Lateinamerika ▶ Andere im Film ...

iz3w

▶ blätter des informationszentrums 3. welt



▶ blätter des informationszentrums 3. welt



Titelbild: H. Sachs/version

In dieser Ausgabe

Schwerpunkt:

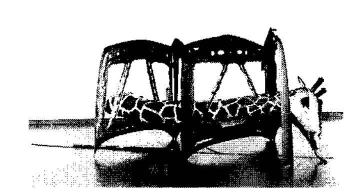
Global Governance – Die neue Weltordnungspolitik?



Politik und Ökonomie



Kultur und Debatte



Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Ein Bunker, erbaut auf den Wurzeln eines Baumes, scheint dessen Wachsen und Gedeihen schier zu erdrücken. Doch die Wurzeln bahnen sich ihren Weg durch das Gemäuer und demonstrieren, daß ein künstliches Gebilde das Aufblühen von Naturwüchsigem nur behindern, jedoch nicht stoppen kann. So skizziert das Emblem einer Gegentagung zum Kongreß anläßlich des hundertjährigen Bestehens des Zionismus in Basel Ende August den Konflikt um Israel und Palästina. Hier wird dem Wunsch Ausdruck verliehen, daß die Naturhaftigkeit des mit dem »palästinensischen Boden« verhafteten guten, aber vom Imperialismus geknechteten Volkes letztendlich über die Zwingburg des Judenstaates und seine Ideologie, dem Zionismus, obsiegen werde.

Seit es den Zionismus gibt, organisieren sich Bewegungen, die sich das Etikett »antizionistisch« anheften. Auch die **blätter des iz3w** beteiligten sich am antizionistischen Diskurs. Anläßlich der israelischen Invasion in den Libanon 1982 titelte die blätter-Redaktion »Holocaust an den Palästinensern« (Nr.102). Im folgenden Jahr gab es zwei Palästina-Themenblöcke (106, 107), auf deren Titelbildern jeweils Stacheldrähte zu sehen waren, die das Schicksal der Palästinenser mit dem von KZ-Insassen verglichen. Auf einem Titel durfte ein arabischer Dichter ankündigen, daß er mit dem »Feinde der Menschlichkeit keinen Kompromiß schließe und bis zum Ende kämpfen« werde. Gleichzeitig konnten jedoch Kritiker des Antizionismus wie Dan Diner und Micha Brumlik ihre Gedanken über Grenzüberschreitungen und Gemeinsamkeiten von Antizionismus und Antisemitismus formulieren. Zwei redaktionelle Beiträge im Jubiläumsheft (Nr.150) mit konträren Stellungnahmen zeigten schließlich, daß die Redaktion gespalten war. Während die eine den Antisemitismusvorwurf als Versuch bezeichnete, die Greueltaten des »zionistischen Gebildes« zu rechtfertigen und die Solidarität mit den Palästinensern zu unterminieren, wies die andere darauf hin, daß nach Auschwitz keinem Juden eine solidarische Haltung zum Staat Israel verwehrt werden dürfe.

Historisch und geographisch ist unter »Antizionismus« Verschiedenes zu verstehen. Von Herzls Zeiten bis zur Staatsgründung Israels bezeichneten sich sozialistische jüdische Parteien und Gruppen wie der 'Bund' als antizionistisch, weil sie damit ihre Gegnerschaft zum jüdischen Nationalismus betonen und ihre Überzeugung zum Ausdruck bringen wollten, daß die Antisemiten-Frage nur über die Revolutionierung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu lösen sei. (Freilich hat keine dieser Parteien ein Ereignis wie die Vernichtungspolitik antizipieren können). In Israel selbst bedeutete Antizionismus dann die Ablehnung aller Gesetze, Maßnahmen und Institutionen, die die arabische Bevölkerung von der gleichberechtigten Teilnahme am Gemeinwesen ausgrenzen.

In der deutschen (linken) Öffentlichkeit ist Zionismus nach 1968 zu einem Schlagwort verkommen, das mehr war als ein bloßer Name für den jüdischen Nationalismus. Mit dem Zionismus wurden sämtliche Übel des Nahen Osten in Verbindung gebracht, dem Staat Israel wurde als einzigem Staat der Welt die Anerkennung abgesprochen, weil er »rassistisch« (welcher Nationalstaat ist das nicht?) und ein »künstliches Gebilde« (im Gegensatz zum »organischen Volksstaat«) sei. Vor allem aber wurde immer wieder versucht – um das zentrale Begründungsmoment für einen jüdischen Staat, die Erfahrung der Vernichtungspolitik, zu entkräften – die Zionisten als Kollaborateure und Profiteure der Nazis hinzustellen, ja, als mit ihnen wesensverwandt. Mit einem Wort: Die Zionisten waren wie vormals die Juden die Feinde der Menschheit; Linke mußten daher nicht nur Anti-Kapitalisten oder Anti-Imperialisten sein, sondern auch Anti-Zionisten.

Um es moderat auszudrücken: Bis heute tut sich die Linke im Umgang mit dem Palästina/Israel-Konflikt schwer. Das liegt in der Natur der Sache. Denn wo sich zwei sogenannte Völker und Nationalismen – Kategorien, an denen auch Edward Said in seinem in diesem Heft veröffentlichten Text zum Friedensprozeß festhält – um ein Territorium streiten, gibt es keine sozialrevolutionäre Lösung. Auch die Sympathie mit dem Schwächeren hat nichts mit der politischen Zuordnung von links oder rechts zu tun. Denn wenn sich das Kräfteverhältnis umdrehen würde, dann gnade Jehova oder Allah dem vormals Stärkeren.

Um es drastischer zu formulieren: Im Antizionismus nach Auschwitz reproduziert sich die antisemitische Denkform. Nicht nur, weil den Zionisten exakt die gleichen Eigenschaften vorgeworfen werden wie vordem den Juden und nicht nur wegen der exponierten Stellung, die der Feindschaft gegen den jüdischen Nationalismus in der linken Identitätsfindung zuteil wird (oder bezeichnet sich die Linke etwa als anti-kemalistisch?). Auch der »gut-gemeinte« Antiimperialismus argumentiert mit einem strukturell antisemitischen Weltbild – auch da, wo gar nicht von Juden oder Zionisten die Rede ist. Indem er gute und schlechte Staaten auseinandersortiert, »natürliche« Völker gegen das abstrakt Böse kämpfen läßt und nationale Befreiung mit sozialer Revolution verwechselt, tendiert er dazu, »die gesellschaftlichen Verhältnisse zu simplifizieren, zu verdinglichen und zu personifizieren, sie verschwörungstheoretisch zu mißdeuten« (Thomas Haury). All das macht die »antisemitische Alltagsreligion« (Claussen) aus, die das personifizierte allmächtige Böse als Erklärung für Mißverhältnisse bemüht, die eigentlich in sozialen Verhältnissen begründet liegen.

So ist es kein Zufall, daß im antiimperialistischen Weltbild der Zionismus zum entscheidenden Problem für eine ganze Region erklärt wird, weil er als »Fremdkörper« das natürliche Gedeihen der Völker störe. Seine »Fremdherrschaft« gelte es zu bekämpfen, und wenn er sich feiert, müsse – wie jetzt in Basel – ein Kontrapunkt gesetzt werden, damit das Bäumchen wachse und blühe. Kritik am Zionismus kann aber nur als eine allgemeine Kritik am Nationalismus erfolgen. Das jedoch ist nicht das Anliegen des Antizionismus. Und damit ist das Anliegen des Antizionismus nicht (mehr) unseres.

die redaktion

In Waffen und Wellen

Geschichte des Guerillakampfes in Lateinamerika (Teil 1)



von **Albert Sterr**

Eine 'demokratische' Revolution wollen die Zapatisten in Mexiko herbeiführen. Dies kennzeichnet eine neue Phase in der Geschichte lateinamerikanischer Guerilla-Bewegungen. Während die ersten Kuba-inspirierten Gruppen eine radikale und kontinentale Revolution anstrebten, blieb die zweite Welle eher national orientiert.

▶ Widersprüche und Ungleichzeitigkeiten kennzeichnen die politische Entwicklung der Guerillabewegungen Lateinamerikas. Anders als in den sechziger Jahren war in den achtziger und neunziger Jahren kein kontinentaler Trend zur politisch motivierten Gewaltanwendung auszumachen. Der bewaffnete Kampf ist aber auch kein politisches Auslaufmodell. Trotz Waffenniederlegungen, Friedensverträgen und der Aussichtslosigkeit, auf der Grundlage von bewaffneten Erhebungen kurz- und mittelfristig die Staatsmacht zu übernehmen, ist heute keineswegs eine allgemeineTendenz festzustellen, Guerillaaktionen völlig und endgültig ad acta zu legen. Anderslautende Thesen, die nach dem Fall der Berliner Mauer und der Wahlniederlage der Sandinisten Anfang der neunziger Jahre zum common sense gehörten, wobei sie je nach politischem Standort Wunschvorstellungen oder Schreckensvisionen waren, widerlegte die Realität. Die Aktionsformen, Vorgehensweisen, Zielsetzungen und Bezugspunkte der Guerillagruppen haben sich jedoch ausdifferenziert und zum Teil deutlich gewandelt. Es gilt, die mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus und dem Ende der Blockkonfrontationen geänderten ideologischen und machtpolitischen Rahmenbedingungen zu reflektieren. Diese neuen Faktoren sowie die sozialen und gesellschaftlichen Konsequenzen, die aus den Folgen jahre- und jahrzehntelanger Bürgerkriege sowie dem weltweiten Siegeszug neoliberaler Wirtschaftspolitik erwachsen, haben die Voraussetzungen für alle Ansätze emanzipatorischer Politik grundlegend verändert. Die verschiedenen reformerischen und revolutionären Bewegungen reagierten auf die neuen Herausforderungen sehr unterschiedlich. Vergleichend wollen wir Auf- und Abschwung der Guerillagruppen der letzten Jahrzehnte darstellen. Schließlich stellt sich die Frage, ob der von ihnen, beziehungsweise den Zapatisten eingeschlagene Weg Möglichkeiten eröffnet, notwendige Umwälzungen voranzutreiben.

Die erste Welle: Kuba, Che und Charisma

▶ Die Guerilla, spanisch: der »kleine Krieg«, hat in Lateinamerika eine lange Tradition. Schon gegen die spanischen Kolonialherren und im Widerstand gegen Militär und Großgrundbesitz, welche die unabhängigen Republiken seit dem 19. Jahrhundert beherrschten, griffen die militärisch Unterlegenen auf die Strategie irregulärer Kriegsführung zurück, um gegen die zahlen- und waffenmäßig überlegenen Armeen des Gegners vorzugehen. Mit dem Sieg der kubanischen Revolution am 1. Januar 1959 gewann diese Strategie an neuer Aktualität. Denn Kuba bewies, daß eine soziale Revolution auch im Hinterhof der USA durchführbar und zu verteidigen war. Diese Tatsache wurde auf dem ganzen Subkontinent als historische Zäsur gewertet. Sie war der Ausgangs- und Bezugspunkt für eine erste Welle von Guerillabewegungen, die 1961/62 einsetzte und mit der Niederlage der argentinischen PRT/ERP sowie der Montoneros 1976/77 verebbte.

Enttäuschte KP-Mitglieder und Teile der Studentenschaft hatten die Alternative zur gradualistischen und reformistischen Strategie der tonangebenden linken und kommunistischen Parteien begierig aufgegriffen, die sie seit Jahrzehnten dazu verurteilt hatte, den Kapitalismus trotz aller Kritik als historisch notwendiges Herrschaftsverhältnis zu akzeptieren. Die kubanische Führung, die vor allem in den sechziger Jahren aktiv versuchte, die Revolution zu exportieren, um auf diese Weise die US-Vorherrschaft über Lateinamerika zu schwächen und ihre eigene politische Isolierung auf dem Subkontinent aufzuheben, stieß vielerorts auf offene Ohren. Wesentlich wichtiger als geheimdienstliche Operationen und praktische Hilfestellungen wie militärische Ausbildung und Waffenlieferungen, denen Jorge Castañeda in seinem Buch »La utopía desarmada«[1] besondere Beachtung schenkt, dürfte jedoch der ideologische Einfluß gewesen sein. Hier ist insbesondere das Charisma Che Guevaras sowie seine breit rezipierte Schrift »Guerillakrieg – eine Methode« zu nennen, die vielen Gruppen des Subkontinents bis in die 70er Jahre hinein als eine Art Leitfaden diente.

Als Ergebnis ideologischer und politisch-praktischer Einflüsse entstanden im Laufe der sechziger Jahre unter anderem in Bolivien, Guatemala, Kolumbien, Peru und Venezuela kleine Guerillagruppen, die sich aus Studenten und Angehörigen der städtischen Mittelschichten rekrutierten. Damit bildete sich in der Linken eine neue, prokubanische Linie heraus, deren Konzeptionen und Aktionsformen wesentlich radikaler angelegt waren als diejenigen der orthodoxen KP. Gemäß den Ratschlägen Guevaras bauten die prokubanischen Gruppen in entlegenen und wenig besiedelten Gebieten mit geringer Präsenz von staatlichen Organen kleine Brennpunkte, »Guerillafoci«, auf. Der Demonstrationseffekt

ihrer Aktionen würde, so hofften sie, die armen Campesinos ähnlich wie in Kuba auf ihre Seite ziehen und einen Steppenbrand entfachen. Die Landbewohner, die zuweilen bis zu 70% der Gesamtbevölkerung eines Landes ausmachten und unter zum Teil halbfeudalen Ausbeutungsbedingungen lebten, galten als »gewaltige potentielle revolutionäre Kraft«. Sie seien, weil sie ihr Terrain kennen, von der Armee nicht zu besiegen. Es ging also darum, »die Unterstützung des Volkes« zu gewinnen. Genau dies gelang den focistischen Landguerillagruppen der ersten Welle jedoch nicht. Warum?

Kleine Brennpunkte sollen einen Steppenbrand entfachen

Die prokubanischen Guerillagruppen der sechziger Jahre grenzten sich von den »Pseudorevolutionären« der prosowjetischen kommunistischen Parteien hart ab. Deren legalistischer Kurs ist vor dem Hintergrund ihrer Etappentheorie zu sehen, welche zunächst die Entwicklung kapitalistischer Produktionsweisen und damit verbunden die Entstehung einer städtischen Arbeiterklasse als primäre Aufgabe ansah. Die Lateinamerika-Politik der Sowjetunion, die nach der kubanischen Raketenkrise 1961 akzeptierte, daß der Subkontinent eine Einflußsphäre der USA blieb, verneinte ebenfalls, daß die Tagesaufgabe der kommunistischen Parteien der Kampf um den Sozialismus sei. Demgegenüber schrieben sich die Guerillagruppen ähnlich wie in Kuba den Kampf um die Macht im Staat und den radikalen Umsturz der Gesellschaftsordnung auf die Fahnen. Anknüpfend an Lenin gingen sie dabei von der These aus, daß eine Gesellschaftsordnung jenseits der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nur auf dem Wege einer Revolution möglich sei. Da die Unterdrücker und Ausbeuter diese mit militärischer Gewalt niederzuhalten versuchen, seien die Revolutionäre ihrerseits ebenfalls gezwungen, Gewalt anzuwenden. Der Umschlag des Klassenkampfes in den Bürgerkrieg sei unvermeidlich, wenn das gesteckte Ziel erreicht werden solle. Die Aufgabe der revolutionären Führung liege darin, sich dieser Tatsache bewußt zu sein und die günstigsten Umstände ausfindig zu machen, um den bewaffneten Kampf zu führen.

Die politischen Widersprüche kamen besonders im Streit um die »Gewaltfrage« zum Ausbruch. Dieser Richtungsstreit hatte zur Folge, daß die Guerilla-Gruppen der ersten Welle, deren Mitglieder überwiegend aus der städtischen Mittelschicht und insbesondere aus der radikalisierten Studentenschaft kamen, in den von den kommunistischen Parteien beeinflußten Gewerkschafts- und Landarbeiterorganisationen kaum Rückhalt und Unterstützung fanden. Die Kombination aus Verabsolutierung der Gewalt bei gleichzeitig mangelnder militärischer Erfahrung, geringer Kenntnis des ruralen Terrains, fehlender sozialer Verankerung, Geringschätzung legaler sozialer Organisationen und sektiererischer Ablehnung von Bündnissen hatte fatale Folgen. Die in aller Regel nur wenige Dutzend bis wenige hundert Mann starken Guerillagruppen hatten den Angriffen des Militärs nur wenig entgegenzusetzen. Noch dazu, wo die lateinamerikanischen Streitkräfte nach dem Sieg der kubanischen Revolution von US-Militärberatern auf den »Kampf mit dem inneren Feind« vorbereitet und großzügig mit Polizei- und Militärhilfe ausgestattet wurden. Während die »Doktrin der nationalen Sicherheit« die Aufstandsbekämpfung zur entscheidenden Aufgabe der Armeen des ganzen Subkontinents erklärte und eine länderübergreifende Verfolgung der Revolutionäre ermöglichte, blieb der kontinentale Anspruch der guevaristischen Guerillas auf der Ebene der Deklarationen stecken. Ende der sechziger Jahre waren die Landguerillagruppen ausgelöscht oder zumindest handlungsunfähig und ihr emblematisches Vorbild tot.

Gorillas contra Guerillas

► Nach der Niederlage der foquistischen Landguerillas tauchten Ende der sechziger Jahre in Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay Stadtguerilla-Gruppen auf. Sie entwickelten das gescheiterte Focus-Konzept weiter, indem sie die Vorstellung hinter sich ließen, eine »entschlossene Avantgarde« allein könne den Verlauf der Klassenkämpfe entscheidend beeinflussen und maßen der legalen Arbeit sowie Bündnisbemühungen einen deutlich höheren Stellenwert bei. Dennoch verlief zwischen ihnen und den kommunistischen Parteien weiterhin ein tiefer Graben. Die Guerillagruppen bauten eigene Massenbewegungen auf und führten parallel dazu bewaffnete 'Robin-Hood'-Aktionen durch. Diese brachten ihnen unter der städtischen Jugend Sympathien ein. Die Verteilung von geraubten Lebensmitteln, die Entführung bekannter Industrieller und Militärs oder die Veröffentlichung geheimer Informationen, die bei Überfällen erbeutet wurden, erneuerten in Lateinamerika und Europa das von Che Guevara geprägte romantische Bild der Guerilla.

Den Militärs boten die bewaffneten Aktionen, die nicht mehr als Nadelstiche waren, den willkommenen Anlaß, sich mit Rückenstärkung der USA an die Macht zu putschen. Sie schienen am ehesten Gewähr dafür zu bieten, daß die revolutionäre Welle, die in Südostasien und Afrika das US-Militär und dessen örtliche Verbündete in große Schwierigkeiten brachte, nicht auch noch nach Lateinamerika überschwappte. Mit diesem Blankoscheck ausgestattet brachen die Gorilladiktaturen im Namen der »Sicherung von Recht und Ordnung« eine bis dahin ungekannte Welle des Terrors und der Verfolgung vom Zaun. Die Stadtguerillagruppen waren weder logistisch noch von der Zahl ihrer Mitstreiter her in der Lage, sich in den urbanen Zentren gemäß der guevaristischen Konzeption in Volksbefreiungsarmeen weiterzuentwickeln, um auf diese Weise den Repressionsapparaten Paroli bieten zu können. Die Repression richtete sich keineswegs ausschließlich gegen die bewaffneten Gruppen und ihr Umfeld, sondern auch und gerade gegen die legalen und unbewaffneten städtischen Bewegungen. Die Verfolgung war unabhängig davon, ob diese den Guerillagruppen nahestanden oder nicht. Die revolutionäre Bewegung Südamerikas wurde so ihres menschlichen Fundaments beraubt. Im imperialistischen Hinterhof der USA konnte die Ruhe wiederhergestellt und die drohende Gefahr eines gleichzeitigen US-

Zielgerichtete Bewegungen Foto: C. Dilg



Einflußverlustes an verschiedenen Fronten gestoppt werden. Neben diesen außenpolitischen Implikationen hatte die Niederlage der südamerikanischen Linken aber auch gravierende innenpolitische Konsequenzen. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre gab es keine organisierte Kraft mehr, die sich der einsetzenden wirtschaftlichen Strukturanpassungspolitik der Militärjuntas mit Aussicht auf Erfolg hätte entgegenstellen können. Mitte der siebziger Jahre war die erste Welle von Guerillagruppen, die sich alle mehr oder weniger stark auf die kubanische Erfahrung bezogen hatten, endgültig gescheitert. Wenngleich ihnen Freund und Feind aufgrund der potentiellen internationalen Auswirkungen möglicher Erfolge eine wesentlich bedeutendere Rolle zumaßen, so wirkten sie doch selbst in ihren besten Zeiten lediglich als lokale Störfaktoren. Die politische Ordnung ihrer Länder konnten sie zu keinem Zeitpunkt ernsthaft in Gefahr bringen, von der Gefährdung der US-Hegemonie in Lateinamerika ganz zu schweigen.

Die zweite Welle: Netze werden geknüpft ...

▶ Kuba, das sich nach einer tiefen Wirtschaftskrise seit Beginn der siebziger Jahre enger an die UdSSR und Osteuropa angelehnt hatte, nahm vom Revolutionsexport auf den Subkontinent Abstand und baute mit verschiedenen Staaten diplomatische Beziehungen auf. In Südamerika integrierten sich fast alle geschlagenen Guerillagruppen in die legale Opposition. Indessen bereiteten Überlebende der ersten Welle in Mittelamerika, Kolumbien und Mexiko die Gründung neuer Guerillabewegungen vor. Nach jahrelangen selbstkritischen Diskussionen, in denen die Niederlagen verarbeitet wurden, folgte in den siebziger Jahren eine Phase der Reorganisation und geheimen Vorarbeit zum Aufbau neuer Guerillakerne.

Das Einsetzen der zweiten Guerilla-Welle überschneidet sich zeitlich mit dem Ausklingen der ersten Welle. Ihr Beginn kann mit den Jahren 1972/74 datiert werden, als sich in Guatemala, El Salvador und Kolumbien Organisationen neuen Typs formierten. Der Scheitelpunkt der zweiten Welle war der Sturz Somozas am 19. Juli 1979. Die zweite gelungene Revolution nach Kuba eröffnete eine neue historische Etappe in Zentralamerika, die bis 1981/82 von einem stürmischen Aufschwung revolutionärer Bewegungen gekennzeichnet war. Der blutige und langwierige Kampf zwischen den Befreiungsbewegungen der zweiten Welle und ihren Kontrahenten prägte die achtziger Jahre. Während die Hauptkräfte der zweiten Welle, die zentralamerikanischen Bewegungen, nach dem Abschluß von Friedensverträgen sich bis Ende 1996 alle legalisierten, halten in den Andenländern Peru und Kolumbien die bewaffneten Konflikte an. Da sich dort zwar die Umstände, aber nicht die politischen Konzeptionen und auch nicht das Aktionsrepertoire der Aufständischen grundlegend geändert haben, können wir noch nicht davon sprechen, daß die zweite Welle bereits ausgelaufen sei.

Im Vergleich zur ersten Welle weisen die Organisationen, die der zweiten Welle ihren Stempel aufgedrückt haben, eine Reihe neuer Kennzeichen auf. Die Irrtümer und Schwächen der Focus-Theorie und der Etappenkonzeption der KP wurden kritisch ausgewertet. Militärische Operationen wurden einer politischen Gesamtkonzeption des Kampfes untergeordnet, wobei der Vermittlung der Aktionen außerhalb des eigenen Lagers viel Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Bündnispolitik und taktische Flexibilität gewannen bei allen Gruppen einen zentralen Stellenwert: Kontakte oder Allianzen mit den Kommunistischen Parteien sowie Teilen der Sozialdemokratie und christlichen Gruppen verbreiterten die Basis und verringerten die gesellschaftliche Isolation der Aufständischen. Desweiteren wurden legale Massenbewegungen und halblegale Instanzen zusätzlich zum klandestinen bewaffneten Apparat aufgebaut. Diese unterschiedlichen Ebenen liefen in der Führung der politisch-militärischen Organisationen zusammen, wobei die einzelnen Gruppen ihre politische und organisatorische Autonomie beibehielten. So entstanden sozial heterogene, hierarchisch strukturierte Befreiungsfronten mit kollektiver Führung, in denen unterschiedliche politische Traditionen und Tendenzen repräsentiert sind. Eine breit angelegte Anti-Interventions-, Menschenrechts- und Friedenspolitik sollte dem Agieren des Militärs Schranken setzen. Unterstützt wurden sie ebenfalls durch internationale Solidaritätsbewegungen in den Metropolen und ein dichtes Netz diplomatischer Beziehungen, das in mühsamer Kleinarbeit geknüpft wurde. Die These von der »kontinentalen Revolution« wurde von der Orientierung auf eine »nationale Befreiung« abgelöst. Schließlich wurde auf qualitativ schlechtere Rahmenbedingungen mit einer qualitativ neuen Politik, der Aufnahme von Friedensverhandlungen, reagiert, was das drohende Totlaufen der politisch-militärischen Organisationen verhinderte.

Welle des Terrors im Namen der »Sicherung von Recht und Ordnung«

... und neue Verhaltensmuster gestrickt

▶ In diesem Zusammenhang veränderte der militärische Aspekt seine Bedeutung: er mutierte im Laufe der 80er Jahre vom strategischen Mittel, das ursprünglich mit dem Ziel der revolutionären Machteroberung eingesetzt wurde (allein im Falle der Sandinisten mit Erfolg), zum taktischen Instrument, das dazu dienen soll, im gegebenen politischen System Freiräume zu öffnen. Während »Guerilla« und »bewaffneter Kampf« unter dem Einfluß der Focus-Theorie bis dahin als Synonyme für »Revolution« galten, kam es in den achtziger Jahren zu einer Entkoppelung der Begriffe. Neben Guerillabewegungen klassischen Typs, die für die Eroberung der Staatsmacht kämpfen, bildete sich ein »bewaffneter Reformismus« heraus, der nicht mehr für den Umsturz der Gesellschaftsverhältnisse eintrat, sondern für deren Demokratisierung. Die ausschließliche Zuordnung einer Gruppe zum »bewaffneten Reformismus« dürfte eher eine sozialwissenschaftliche Abstraktion als die Beschreibung ihres realen Charakters sein. An diesem Punkt ist insbesondere Jorge Castañeda (S.387 ff) zu widersprechen, dessen Denkgebäude darauf fußt, reformerische und revolutionäre Impulse als dichotomisch und sich gegenseitig ausschließend zu begreifen. Einzelfallanalysen zeigen, daß Guerillabewegungen zwischen dem begrenzten Ziel, Spielräume zu erobern, und dem Versuch, die Staatsmacht zu übernehmen, hin- und herschwanken können. Auf welche Seite das Pendel schließlich ausschlägt, hängt weniger mit Programmen oder ideologischen Positionen zusammen, sondern eher mit praktischen Erfolgen bzw. Mißerfolgen.

Anders als ihre Vorgänger konnten sich die großen Bewegungen der zweiten Welle in der ländlichen Bevölkerung verankern und so die entscheidende Voraussetzung für ihr Wachstum und ihre Erfolge schaffen. Nicht mehr Studenten, sondern Campesinos, unter ihnen viele Frauen, bildeten das Gros der Guerilla. In Guatemala und Peru kam es zur massiven Integration von Angehörigen indianischer Ethnien. Ergänzend zu den Landguerilla-Einheiten konnten einige Bewegungen auch Stadtguerilla-Kommandos unterhalten. Da sich in El Salvador und Guatemala auch die Kommunistische Partei am Dachverband der Aufständischen beteiligte, fanden die Guerillagruppen auch Anknüpfungspunkte zu den städtischen Gewerkschaften. Die Bewegungen der zweiten Welle verfügten auf Grund ihrer vielfältigen Basisarbeit über eine ungleich stärkere aktive und passive Unterstützung in der Bevölkerung als die Focus-Guerillas. *(Fortsetzung folgt: Teil 2 analysiert den Aufstand der EZLN als Beginn einer dritten Welle)*

Anmerkung:

1 Jorge C. Castañeda, La Utopia Desarmada. Intrigas, dilemas y promesas de la izquierda en América Latina, Mexico D.F. 1993, 567 S.

▶ **Albert Sterr** ist Herausgeber des im Oktober erscheinenden Sammelbandes *Die Linke in Lateinamerika: Analysen, Berichte, Dokumente.* Neuer ISP Verlag und Rotpunktverlag, Zürich, ca. 260 S., ca. 36,- DM. Der Artikel ist als stark gekürzter Vorabdruck diesem Band entnommen.

Kampf der Kulturen?

von **Udo Wolter**

▶ Samuel Huntington hat einmal zum Selbstverständnis der Türkei als »Brücke zwischen islamischer Welt und dem Westen« bemerkt, daß Brücken künstliche Gebilde seien, die leicht einstürzen können. Der Ideologe des angeblich unvermeidlichen »Clash of Civilisations«, auf deutsch typischerweise mit »Kampf der Kulturen« übersetzt, könnte sein Weltbild derzeit bestätigt sehen. Die Tage der »türkisch-islamischen Synthese«, einer von den Militärs im Nationalen Sicherheitsrat (NSR) geförderte Verbindung von rechtskemalistischem Nationalismus und kontrollierter Re-Islamisierung, scheinen vorerst gezählt zu sein.

Der in einem der üblichen »Briefings« (dt. Befehlsempfang) von den Militärs im NSR erzwungene Sturz Erbakans, das Ausbooten der islamischen Imam-Hatip-Gymnasien durch die Verlängerung der staatlichen Schulpflicht auf acht Jahre, »Säuberungen« gegen Islamisten im Offizierskorps oder gar ein Verbotsantrag gegen Erbakans Refah-Partei werfen die Frage auf, ob sich die kemalistischen Militärs auf ihre westlich-laizistischen Tugenden besonnen haben und zum Kulturkampf gegen den Islamismus blasen. So ähnlich sehen es offenbar auch einige antideutsche Linke wie Justus Wertmüller, der in antiislamischem Eifer den kalten Putsch der Generäle gleich als »Hoffnung für Kommunisten und Sozialdemokraten, selbstbewußte Frauen und Atheisten, religiöse Minderheiten und Intellektuelle« bezeichnet hat. Ähnlich wie in anderen Konflikten seit dem Ende der Blockkonfrontation ist diese vorschnelle und zwanghafte Parteinahme durch Linke fragwürdig.

Gegen jede Parteinahme spricht nicht nur die Tatsache, daß dieselben Militärs weiterhin an ihrer Kriegspolitik im Kurdistankonflikt kleben und parallel zu ihrem antiislamistischen Halali eine weitere, alle bisherigen übertreffende Invasion im Nordirak gegen die PKK und die kurdische Zivilbevölkerung durchführten. Der »Kulturkampf« der Generäle ist eher ein Schaukampf, der auch von der in der Person Çillers verkörperten Verstrickung des Sicherheitsapparates mit Drogenmafia, Konterguerilla und Politik ablenken soll. Hinter all diesen Erscheinungen zeichnet sich die tiefe Krise des nationalstaatlichen Projektes Kemalismus in der modernen Türkei ab. Angesichts dessen politischen Legitimationsverlustes beantworten die militärpolitischen Eliten panisch jede unkontrollierte gesellschaftliche Entwicklung mit Repression.

Erst wurde gegen die Linke und ab Mitte der achtziger Jahre gegen die kurdische Bewegung die Re-Islamisierung betrieben und neben dem Personal der islamischen Reaktion auch das des Faschisten Alparslan Türkes in den Sicherheits- und Staatsapparat geschleust. Als Ergebnis zeigte sich ein zunehmender Zerfall des Staates in Bandenstrukturen und der Vormarsch der sich zunehmend staatlicher Kontrolle entziehenden Islamisten. Gegen diese wird jetzt wieder die staatsautoritäre Karte gezogen, während der Knoten Konterguerilla – Mafia – Staat unbehelligt bleibt, da hier ja der Militärstaat gegen sich selbst vorgehen müßte. Der agressive Nationalismus der Rechtsextremen hat seine Rolle für die herrschenden Eliten noch lange nicht ausgespielt. Die inszenierten Scharmützel und militärischen Drohgebärden in der Ägäis und auf Zypern zeigen dies ebenso wie der exzessiv nationalistische Diskurs der staatsoffiziellen Medien.

Der »Kulturkampf« der Generäle ist ein Schaukampf

Zwischen den bröckelnden Fundamenten des kemalistischen Narrativs der türkischen Moderne sprießen neu-alte Identitäten auch jenseits aller machtpolitischen Einflußnahme. Die entfremdenden Auswirkungen der forcierten warenkapitalistischen Vergesellschaftung im Zeichen von Globalisierung und Neoliberalismus befördern identitäre Sehnsüchte nach Aufgehobensein in den imaginierten ethnisch-kulturellen und religiösen Gemeinschaften des Kurdentums, des Alewismus und eben des Islam. Das hat natürlich nicht zuletzt handfeste wirtschaftliche Gründe: Massenverarmung, Migration sowie die Tatsache, daß etwa die Hälfte der Bevölkerung ihr Auskommen im sogenannten Informellen Sektor finden muß. Und genau hier hat die Refah-Partei mit paternalistischer Sozialarbeit die völlig fehlenden sozialen Sicherungssysteme zu ersetzen gesucht und damit ihre Basis in den Armutsvierteln der Geçekondus geschaffen.

Doch der Islamismus in der Türkei ist durchaus kein monolithischer Block. Dem Populismus der Refah stehen islamische Orden wie der Naksibendi gegenüber, die in den rechtskonservativen Parteien wie DYP und ANAP über politischen Einfluß verfügen, oder das islamistische Wirtschaftsimperium des Fetullah Gülen, der sich betont überparteilich darstellt. Schließlich gibt es eine aufgeklärt intellektuelle islamische Strömung, die die Theorien der westlichen Postmodernen ebenso fleißig rezipiert wie die Gesellschafts- und Kulturkritik eines Benjamin oder Adorno. Das macht die islamistische Ideologie der Refah und der Orden jedoch nicht sympathischer und sollte kein Anlaß für Linke sein, ihre materialistische Kritik an religiös inspirierten philosophischen Deutungssystemen als »eurozentrisch« über Bord zu werfen. Genausowenig ist die blinde Freude darüber angebracht, daß die Refah mit ihren Mobilisierungsversuchen zur Abwehr der gegen sie gerichteten Angriffe bisher ziemlich eingebrochen ist und gerade mal halb so viele DemonstrantInnen auf die Straße brachte wie die säkularen Kräfte. Es bedarf eines genauen Blickes, in welchem Verhältnis zum autoritären Militärstaat und seiner kemalistischen Nationalideologie die jeweiligen säkularen Kräfte stehen. Erst daraus läßt sich deren Bedeutung für die Chancen emanzipatorischer Veränderungen in der Türkei beurteilen.

Von einem Kulturkampf zwischen Islamisten und kemalistischen Laizisten, bei dem sich irgendwie auf Seiten der »Guten« Partei nehmen läßt, kann jedenfalls keine Rede sein. Richtiger ist da schon die von Jörn Schulz in der »Kommune« gestellte Frage, ob es »um die Konkurrenz zweier Eliten, um die Kontrolle über die Gesellschaft oder um den Kampf demokratischer Kräfte gegen jede Form des autoritären Zwangsstaates« geht. Und dieser Kampf einer emanzipatorischen gesellschaftlichen Opposition hätte dann natürlich auch etwas mit politischer Kultur zu tun.

▶ **Udo Wolter** ist Mitarbeiter des **iz3w**.

Konsum ohne Monsun

50 Jahre unabhängiges Indien (Teil II)

von **Eberhard Weber** und **Susanne van Dillen**

Im Juni 1991 begann in Indien die Umsetzung von Strukturanpassungsmaßnahmen. Damit wurde der vom ersten indischen Premierminister Nehru eingeschlagene Weg eines Sozialismus zwischen den Blöcken endgültig aufgegeben. Mit dem neoliberalen Kurs ist Indien nun, 50 Jahre nach der formalen Unabhängigkeit des Landes, abhängiger vom Weltmarkt als je zuvor. Zudem rückt anstelle von Verteilungsgerechtigkeit mehr und mehr die Förderung der Mittelschichten in den Mittelpunkt der Wirtschafts- und Finanzpolitik.

▶ Die kürzlich von der Weltbank veröffentlichte Studie 'India: Achievements and Challenges in Reducing Poverty' scheint zu belegen, daß durch die Strukturanpassungspolitik nicht nur die wirtschaftliche Rezession überwunden werden konnte, sondern auch die Zahl der unterhalb der Armutsgrenze lebenden Menschen stark zurückgegangen sei. Belegt wird diese Behauptung allerdings nicht, und dem Zahlenmaterial der Studie zufolge schien die Zahl der 1994 unterhalb der Armutsgrenze lebenden Inder weitaus höher zu sein als vor der Strukturanpassung. Das würde aber bedeuten, daß eine Entwicklung umgekehrt worden wäre, die seit den frühen 70er Jahren zu einer langsamen Verringerung der Armut in Indien geführt hatte.

Bereits wenige Monate nach Umsetzung der ersten Strukturanpassungsmaßnahmen wurde ihre Tragweite für die Ärmsten deutlich. Im Dezember 1991 berichteten die Zeitungen über Hungertote im Bundesstaat Andhra Pradesh. An sich nichts Ungewöhnliches in einem Land, in dem Hungersnöte Jahrhunderte lang zur Realität gehörten, in einem Land, dessen Landwirtschaft trotz aller Verbesserungen nach wie vor von den Launen des Monsuns abhängt. Gleichzeitig meldete die indische Presse aber die dritte Rekordernte hintereinander und große Reisexportsteigerungen. Es mag auch verwundern, daß die Opfer nicht in den trockenen, sondern in den fruchtbaren und landwirtschaftlich hochentwickelten Gebieten Andhra Pradeshs zu beklagen waren, und daß sie ausschließlich der Berufsgruppe der Handweber angehörten.

Die Ursachen für die Tragödie sind schnell aufgezählt. Die mächtige Spinnerei-Lobby hatte bei der indischen Regierung die Lockerung der Exportbeschränkungen für Baumwollgarne, den Rohstoff der Weber, durchsetzen können. Anstatt die heimische Nachfrage zu befriedigen, verdreifachte sich bereits zwischen 1987 und 1990 das Exportvolumen. Bis 1991 hatten sich die Rohstoffpreise für die Weber um bis zu 270% verteuert. Sie konnten nicht mehr rentabel wirtschaften, zumal der Markt mit billigeren Produkten aus industrieller Fertigung überschwemmt wurde. Parallel dazu stiegen die Lebenshaltungskosten stark an – trotz der Rekordernten vor allem bei den Grundnahrungsmitteln. Zur Hungerkatastrophe entwickelte sich die Situation, als Anfang Juli 1991 die indische Regierung – als erste Maßnahme ihrer neuen Wirtschaftspolitik – die indische Rupie um 20% abwertete und gleichzeitig Exportbeschränkungen für Baumwollgarne ganz abschaffte. In kurzer Zeit erhöhten sich erneut die Exporte und das Binnenangebot wurde reduziert. Die Produktionskosten für die Weber schnellten abermals in die Höhe. Das Monatseinkommen halbierte sich auf 300 Rupien und reichte nicht mehr aus, auch nur die wichtigsten Dinge des (Über)Lebens zu kaufen.

Garnelen für Devisen

▶ Die Weltbank aber spricht von ersten Erfolgen ihres wirtschaftlichen Stabilisierungsprogrammes in Indien. Man könnte dem sogar zynisch beipflichten, denn die Aktien an der Börse in Bombay waren nie so hoch wie derzeit, der Konsumrausch der Mittelschichten hält mittlerweile gänzlich unabhängig von der landwirtschaftlichen Produktion und den Preisen für Grundnahrungsmittel unvermindert an. Tatsächlich ist die neue Wirtschaftspolitik in sich schlüssig. Der im Ausland hochverschuldete Staat steht unter dem Zwang, Devisen mit Produkten zu erwirtschaften, die nicht erst Importe teurer Produktionsanlagen voraussetzen. So werden die natürlichen Ressourcen des Landes zu Schleuderpreise auf den Weltmarkt geworfen. Das gilt nicht nur für die Baumwolle. Der Ausverkauf ohne Rücksicht auf soziale und ökologische Auswirkungen läßt sich z.B. auch anhand der Garnelenzucht demonstrieren.

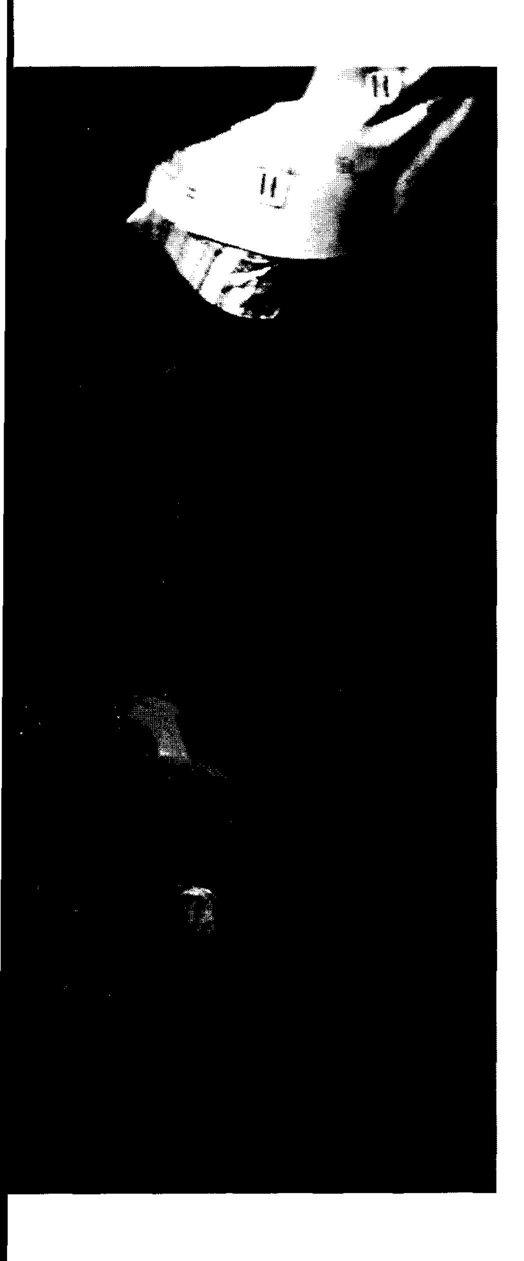
Hochproduktive Garnelenfanggebiete, vor allem die Brackwasserseen und Lagunen an der Ostküste Indiens, haben in jüngster Zeit die Aufmerksamkeit der Großindustrie auf sich gezogen. Seit Mitte der 80er Jahre führt das in vielen Regionen zu heftigen Auseinandersetzungen mit lokalen Gruppen. Im indischen Bundesstaat Orissa etwa hatte die



Die im Dunkeln...

Landesregierung 400 ha Land am Chilika-See zu einem extrem niedrigen Preis an den mächtigen TATA-Konzern verpachtet. Das Wasser für die Garnelenteiche sollte aus dem See bezogen werden. Von den lokalen Fischern am Chilika-See wurde befürchtet, daß das Projekt ihre Lebensgrundlage zerstören würde, da die Wasserentnahme die zunehmende Verlandung des Sees bewirkt. Nach heftigen Protesten der lokalen Bevölkerung und einer Umweltverträglichkeitsprüfung wurde das Projekt erst einmal auf Eis gelegt.

In Tamil Nadu sehen sich Landarbeiter und Kleinfischer durch die Förderung von Aquakulturen seitens der Landesregierung bedroht. Die sozialen Folgen kamen erstmals an die Öffentlichkeit, als eine Protestversammlung von Landarbeitern von der Polizei mit Waffengewalt aufgelöst und 35 Hütten von Landarbeitern niedergebrannt wurden. Unzureichende Regenfälle und die Entstehung für den Export produzierender Garnelenfarmen an der Küste hatten die Landwirtschaft im nördlichen Teil des Cauvery-Deltas erheblich gestört. Nach knapp zwei Jahren waren die Bodenpreise von 17.500 Rs/ha auf



über 200.000 Rs/ha angestiegen. Die meisten der etwa 14.000 dort lebenden Landarbeiterfamilien sind heute arbeitslos und gezwungen, das Gebiet zu verlassen.

Diese Konflikte sind regional begrenzt, und die Betroffenen haben kaum Macht, sich gegen die Wirtschaftsinteressen der Landesregierung und der Großindustrie durchzusetzen. Das betrifft auch die Meeresfischerei. Dort stehen sich seit mehr als 30 Jahren traditionelle Kleinfischer und Fischer mit mechanisierten Trawlerbooten in einem unerbittlichen Kampf um Ressourcen gegenüber. Mittlerweile haben sich die beiden Parteien jedoch gegen einen neuen Feind zusammengeschlossen: die Tiefseefischerei. 1992 gab es in Indien nur 171 tiefseetaugliche Fangboote, die zumeist in den flacheren Küstengewässern fischten. Inzwischen vergibt die indische Regierung vermehrt Fanglizenzen an ausländische Unternehmen, und die Zahl der Boote erhöhte sich auf 680. 1993 wurde beschlossen, weitere 2.000 Lizenzen an indische und ausländische Unternehmen zu vergeben, »to boost marine food exports«.[1]

Handweber, die durch härteste Arbeit gerade noch ihr Überleben verdienen können; Landarbeiter, die durch Exportfabriken ihre Beschäftigung verlieren, während andere sich eine goldene Nase am Verkauf von Schalentieren verdienen; Kleinfischer, deren Netze leerbleiben, weil große Fangschiffe frische Fische für Supermarktregale oder für Mastfutter in hiesigen Hühnerfarmen fischen – Folgen des verniedlichend »Strukturanpassung«, »Exportorientierung« oder »Liberalisierung« genannten Wirtschaftskonzeptes. Hinter den gepriesenen »komparativen Standortvorteilen« von »Billiglohnländern« verbergen sich hemmungslose Ausbeutung und fortgesetzte Mißachtung der Menschenrechte mit in Kauf genommener Todesfolge.

Ausverkauf zu Schleuderpreisen

► Doch wenn Waren produziert werden sollen, muß es auch Käufer geben. Und in einem Land, in dem hunderte von Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze leben, gibt es sie auch, die Superreichen, die Reichen und die Mittelschichten. Die Strukturanpassung soll dafür sorgen, daß diesen Menschen nicht das Geld für den Konsum ausgeht. Inzwischen schätzt man die indische Mittelschicht auf 350-400 Millionen Menschen. Ein riesiger Markt, zumal die meisten von ihnen vor zehn Jahren noch nicht davon zu träumen wagten, sich jemals einen gebrauchten Schwarzweiß-Fernseher leisten zu können. In den vergangenen zehn Jahren schnellten jedoch die Löhne in vielen Sektoren in die Höhe. Im Frühjahr 1993 wurde etwa den Piloten von Air India nach einem Streik eine Verdoppelung ihres Gehalts von 75.000 auf 150.000 Rs im Monat gewährt. Zum Vergleich: Ein Landarbeiter kann froh sein, wenn er 1.000 Rupien im Monat zusammenbekommt – falls er überhaupt eine Beschäftigung findet.

Die erwerbsfähige Bevölkerung Indiens hat während des achten Fünf-Jahres-Plans (1992-1997) um etwa 35 Millionen Personen zugenommen. Bis zum Jahr 2002 müßten zur Vollbeschäftigung 94 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Zusätzliche Arbeitsplätze hatte aber schon die kapitalintensive Wirtschaftspolitik der 80er Jahre kaum gebracht (s. Teil I des Beitrages). Die Maßnahmen der Strukturanpassung haben daran wenig verändert. Zwischen 1991 und 1995 wurden von ausländischen Firmen in Indien Direktinvestitionen in Höhe von etwa 4,5 Mrd. US-$ getätigt. Mehr als die doppelte Summe wandten ausländische Firmen aber auf, um sich in bereits existierende Unternehmen ein- oder diese aufzukaufen. Damit relativiert sich die Bedeutung der ohnehin weit hinter den Erwartungen der indischen Regierung zurückgebliebenen Auslandsinvestitionen. Anstatt daß neue Produktionsstätten aus dem Boden schossen, haben sich in vielen bestehenden Betrieben lediglich die Eigentumsverhältnisse verändert, und zumeist wird in Rationalisierungsmaßnahmen investiert, um die veralteten und häufig personell überbesetzten Unternehmen gewinnträchtiger zu machen. Glaubt man den Statistiken, dann hat zwischen 1992 und 1997 die Zahl der Industriearbeiter im privaten Sektor gerade mal um 21.000 zugenommen, während gleichzeitig die Industrieproduktion stetig wuchs.

Tax-holidays sind das Mittel gegen Steuerhinterziehung

Der Staat zieht sich derweil als Unternehmer weiter zurück und überläßt der Privatwirtschaft das Feld. Schließung der kranken Staatsbetriebe und Privatisierung der gesunden zu Schleuderpreisen lautet die Devise. Der Schaden für den indischen Staat, der durch die Umwandlung vieler Betriebe in Aktiengesellschaften entstand, läßt sich kaum beziffern.[2] Bei den privatisierten Betrieben handelt es sich z.T. um Unternehmen, die auch nach internationalem Standard effizient und profitabel wirtschafteten, wie etwa die *Bharat Elektronics Ltd* – ein Unternehmen, das im großen Umfang im Rüstungsbereich tätig ist und über modernste Technologien verfügt –, die staatliche Ölfördergesellschaft *Hindustan Petroleum* und das Kraftanlagenunternehmen *Bharat Heavy Electricals Ltd (BHEL)*. Auf diese Art sollen Löcher im Staatshaushalt gestopft und Schulden zurückgezahlt werden. Die ursprüngliche Zielsetzung, aus dem Verkaufserlös die kranken Staatsbetriebe zu sanieren sowie Abfindungszahlungen und Umschulungsprogramme für entlassene Arbeiter zu finanzieren, wurde aufgegeben.

In einer nächsten Runde sollen auch Dienstleistungsunternehmen in die Privatisierung eingeschlossen werden, so z.B. das Banken- und Versicherungswesen, die Eisenbahnen sowie Post und Telekommunikation. Im Versicherungsbereich steht die Privatisierung unmittelbar bevor. Ausländische Versicherungsgesellschaften sollen dabei bevorzugt berücksichtigt werden. Die Versicherungsgesellschaften zählen zu den profitablen staatlichen Musterbetrieben. Ein Festhalten am staatlichen Charakter der Versicherungswirtschaft würde Indien jedoch in absehbarer Zeit in Konflikt mit den Dienstleistungsbestimmungen des neuen GATT-Abkommens bringen. Schon während der 1994 abgeschlossenen GATT-Verhandlungen hatten die USA Indien wirtschaftliche Sanktionen angedroht, falls das Land nicht bereit sei, seinen Versicherungsbereich für ausländische Investoren zu öffnen.

Eine Privatisierung des Versicherungswesens würde jedoch weite Kreise ziehen. So ist die *Life Insurance Corporation of India* in vielen Bereichen wie etwa dem Wohnungsbau, der Strom- und Wasserversorgung, im landwirtschaftlichen Kreditwesen und im öffentlichen Verkehrswesen engagiert – allesamt Bereiche, die häufig »unwirtschaftlich« sind und von privaten Investoren wohl fallen-



Rezeptur für konsumfreudige Mittelschichten Foto: GTZ / G. Fischer

gelassen oder gewinnbringend umstrukturiert würden. Angesichts der notwendigen hohen Infrastrukturinvestitionen bei vielen Unternehmen im Dientleistungsbereich lassen sich Gewinne aber nur durch erhöhte Preise erzielen, was die ärmere Bevölkerung noch mehr vom Entwicklungsprozeß ausgrenzen wird.

Die Regierung weigert sich indessen, Schulden und Kapitalmangel anstatt durch den Verkauf von staatlichen Unternehmen durch erhöhte Besteuerung der Einkommen der (Groß)Industrie, der privilegierten städtischen Mittelschichten und der ländlichen Eliten zu vermindern. Ihr Klientel wird weiter gehätschelt und kann sich selbst dann vor staatlicher Verfolgung relativ sicher wähnen, wenn die Grenzen der Legalität überschritten werden. Verschiedene Autoren weisen z.B. darauf hin, daß »Schwarzgeld« in Indien einen großen Anteil am Volkseinkommen ausmacht. Der Staat hat jedoch recht »ungewöhnliche« Wege eingeschlagen, um »Schwarzgeld« und Steuerhinterziehung zu bekämpfen: Die Besteuerungslimits werden derart in die Höhe geschraubt, daß kaum noch eine Privatperson in Indien Einkommenssteuer, geschweige denn Vermögenssteuer, zahlen muß. Industriebetriebe können trotz hoher Rendite von der Senkung der Gewerbesteuersätze, von verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten und zeitweiser vollkommener Befreiung von der Steuerzahlung (tax-holiday) profitieren.

Die Vorstellungen, die hinter dem neoliberalen Kurs stehen, sind auch hierzulande hinlänglich bekannt. Wie soll denn eine Wirtschaft wachsen, heißt es, wenn man Konsumenten und Investoren das Geld mittels Steuern aus der Tasche zieht? Schließlich kurbeln wohlsituierte städtische Konsumenten, und nicht ausgemergelte Landarbeiter, die Wirtschaft an. Vom Geschenk der Steuersenkungen haben jedoch diejenigen, die schon bislang so arm waren, daß sie gar keine Steuer zahlen mußten, wenig. Im Gegenteil: Geringere Steuereinnahmen, niedrigere Importzölle und höhere Exportsubventionen verringern die Möglichkeiten des Staates, in soziale Sektoren wie Bildung, Gesundheit, Armutsbeseitigung, Arbeitsbeschaffung zu investieren. Statt dessen vertraut man immer mehr der Fähigkeit der Menschen, sich selbst zu helfen. Hinter dem Slogan »Hilfe zur Selbsthilfe« steckt aber meist die Resignation des Staates hinsichtlich der Schaffung eines Gegengewichtes zur selektierenden Marktwirtschaft.

7 Minister in 13 Jahren

► Indien kann in den vergangenen 50 Jahren auf viele Fortschritte verweisen – Wettersatelliten und eigene Mittelstreckenraketen, ein riesiges Heer hervorragend ausgebildeter Menschen, die heute weltweit als qualifizierte Arbeitskräfte geschätzt werden, oder die Erhöhung der durchschnittlichen Lebenserwartung, die im Jahr der Unabhängigkeit gerade 33 Jahre betrug. Dennoch sind es gerade diese Erfolge und der partielle Reichtum, die die gleichzeitige Armut von hunderten Millionen Menschen zu einem krassen Unrecht machen. In Indien zeigt sich in eklatanter Form, was sich weltweit in und zwischen den Nationen feststellen läßt: die Reichen werden reicher, die Armen ärmer. Die Ungleichheit prägt sich umso tiefer in das Bewußtsein ein, je mehr sich das Lebensniveau vieler Inder westlichen Standards nähert. Der Vergleich der eigenen trostlosen Situation mit dem offensichtlich Möglichen schafft Unzufriedenheit. Es ist daher kein Zufall, daß in den vergangenen 13 Jahren, in einer Zeit also, in der Indien die höchsten Wachstumsraten während 50 Jahren Unabhängigkeit verzeichnete und in der die Konsumwünsche vieler plötzlich in Erfüllung gingen, sieben Premierminister amtierten. Das sind fast doppelt so viele wie in den 37 Jahren davor – und wie es scheint, wird man sich bald wieder einen neuen Premierministernamen merken müssen.[3]

Dennoch haben in 50 Jahren Unabhängigkeit von kurzen Intermezzi abgesehen, die demokratischen Institutionen verglichen mit anderen unabhängig gewordenen Staaten leidlich funktioniert. Diese zumindest formale Demokratie steht aber zusammen mit der Stabilität einer ganzen Region infrage, falls es bei fortgesetzter wirtschaftlicher Modernisierung und Expandierung nicht gelingt, das Schicksal von mehreren hundert Millionen Menschen entscheidend zu verbessern – und das ist nicht zu erwarten. Das indische Beispiel zeigt vielmehr, daß bei dem weltweit erreichten Produktivitätsniveau hunderte Millionen Menschen in den Ländern des Südens, aber zunehmend auch in den Industrienationen überflüssig werden. In Indien ist die Beseitigung der Armut als primäres politisches Ziel bereits in weite Ferne gerückt. Von den Visionen eines Mahatma Gandhis, der im Wiederaufbau der von Kolonialismus und interner Ausbeutung deformierten Dörfern die Basis für ein starkes Indien sah, ist inzwischen ebensowenig mehr etwas zu verspüren wie von Nehrus Vorstellungen eines industrialisierten Landes, in dem der Staat soziale Verantwortung für die gesellschaftlich schwächsten Gruppen übernimmt. Bei aller Unterschiedlichkeit der beiden Politiker, die den Unabhängigkeitskampf und die ersten Jahre der Unabhängigkeit geprägt haben, waren sie sich doch darin einig, daß in Indien Ausbeutung und Unterdrückung allmählich verschwinden mögen.

Anmerkungen:

1 In der Regel sind die Fänge dieser Schiffe nicht für den indischen Markt bestimmt. Im Rahmen von Gemeinschaftsbeteiligungen (joint ventures) besteht sogar eine Verpflichtung zum vollständigen Export.

2 Eine Schätzung kann höchstens anhand der Differenz zwischen Verkaufspreis und späterem Marktwert der verkauften Aktien vorgenommen werden. So wurde eine Aktie der Bharat Petroleum Coporation Ltd (BPCL) zum Preis von etwa 240 Rs an private Investoren abgegeben. Ihr späterer Marktwert belief sich auf 1250 Rs.

3 Zur Entwicklung der politischen Landschaft bis Mitte 1996 siehe iz3w Nr. 214.

► **Susanne van Dillen** und **Eberhard Weber** sind Geographen. Von E. Weber ist gerade erschienen: Globalisierung und Politische Ökonomie der Armut in Indien (Bezug über **iz3w**).

Kommunikation durch Röhren

Burma und Thailand kooperieren in Sachen Wirtschaft und Menschenrechte

von **Reiner Bürgin**

Im Frühjahr erreichte der inzwischen 48 Jahre andauernder Bürgerkrieg in Burma einen neuen Höhepunkt. Über 30.000 Menschen flohen vor der Offensive der Militärjunta gegen die Karen National Union, eine der letzten ethnischen Widerstandsgruppen. Die Oppositions- und Demokratiebewegung in Burma wird weiterhin unterdrückt. Derweil begrüßte die ASEAN Burma zusammen mit Laos im Juli als Neumitglied in der Wirtschaftsvereinigung und sorgte so für die internationale Legitimation des Regimes.

▶ Seitdem Burma 1948 seine Unabhängigkeit von der britischen Kolonialherrschaft erklärte, herrscht Bürgerkrieg.[1] Zahlreiche ethnische Minderheiten wehren sich gegen Unterdrückung und Verfolgung durch verschiedene burmesische Regime und kämpfen für kulturelle und politische Autonomie. In den letzten zehn Jahren geschieht dies gemeinsam mit der von großen Teilen der burmesischen Bevölkerungsgruppe getragenen Oppositions- und Demokratiebewegung.

Obwohl die verschiedenen Widerstandsgruppen seit 1948 stetig an Territorium gegenüber der burmesischen Zentralmacht verloren, änderte sich das Kräftegleichgewicht bis in die späten 80er Jahre hinein nicht grundlegend. Während das burmesische Militär im wesentlichen die Zentralebene, die Verwaltungszentren der halbautonomen Minderheitengebiete und wichtige Verkehrsverbindungen kontrollierte, konnten die Kontrahenten ihre Territorien in den überwiegend bergigen Grenz- und Randgebieten des Landes behaupten und zum Teil selbstbestimmt verwalten. Das hinderte das burmesische Regime am Zugang zu relativ großen Gebieten mit bedeutenden natürlichen Ressourcen wie Teak und Erzvorkommen. Darüberhinaus wurde ein erheblicher Teil des Handels zwischen Burma und den Nachbarländern von den Widerstandsgruppen kontrolliert und für die eigene Finanzierung genutzt. Erst gegen Ende der 80er Jahre kam es zu einer deutlichen Verschiebung der Kräfteverhältnisse. Dem burmesischen Militär gelang es zunehmend, den Widerstand in die Defensive zu drängen. Die ethnischen Minderheiten verloren Territorium, wichtige Handelsplätze und Grenzübergänge und sahen sich immer mehr zu Guerillataktiken oder Waffenstillstandsabkommen mit SLORC gezwungen.

Offensive gegen Karen

▶ Die Karen, eine fünf bis sieben Millionen Menschen zählende, überwiegend im Irrawaddy Delta und im thailändisch-burmesischen Grenzgebiet siedelnde ethnische Minderheit, haben in diesen Auseinandersetzungen zwischen burmesischem Militär und den verschiedenen Widerstandsgruppen seit jeher eine zentrale Rolle gespielt. Bis zum Frühjahr dieses Jahres kontrollierte die KNU (Karen National Union) größere Gebiete entlang der thailändischen Grenze und konnte als eine der letzten ethnischen Minderheiten den Widerstand gegen das Militärregime aufrecht erhalten. Seit Mitte der 80er Jahre mußten dennoch über 80.000 Karen nach Thailand fliehen.[2]

Im Januar '97 überfielen alliierte Einheiten[3] mit Unterstützung des SLORC (State Law and Order Restoration Council) drei Karen-Flüchtlingslager in Thailand, von denen zwei weitgehend zerstört und mehrere Menschen getötet wurden. Die »Reaktion« des Militärs und der Regierung Thailands auf die Übergriffe, die innerhalb ihres Territoriums stattfanden, war so zurückhaltend, daß Regierung und Militär in der thailändischen Presse dafür wochenlang heftig kritisiert wurden, bis hin zu Vorwürfen der Absprache und Kooperation mit dem burmesischen Militär.

Unmittelbar nach einem Treffen zwischen burmesischen und thailändischen Militärs auf höchster Ebene, startete am 10. Februar dann SLORC die alljährliche Trockenzeitoffensive gegen die Karen. In diesem Jahr ganz offensichtlich mit dem inzwischen wohl auch weitgehend erreichten Ziel, die beiden letzten von der KNU entlang der thailändischen Grenze kontrollierten Gebiete unter ihre Kontrolle zu bringen. Ergebnis dieser Offensive und der damit verbundenen Kämpfe: Ca. 30.000 Karen flüchteten nach Thailand, wo inzwischen weit über 100.000 Flüchtlinge Schutz suchen. Die Fluchtgründe liegen in massiven Menschenrechtsverletzungen durch SLORC-Truppen, die von Plünderung und Brandschatzung über Deportation, Zwangsarbeit und Zwangsrekrutierungen bis hin zu Vergewaltigungen, Folter und Mord reichen.



Karen-Flüchtlingslager in Thailand

Nach der Flucht können sich die Flüchtlinge in Thailand keineswegs sicher fühlen. Neben den Zwangsrepatriierungen in Kampfgebiete durch das thailändische Militär während der Offensive im Frühjahr ist es immer wieder zu Überfällen auf provisorische und etablierte Flüchtlingslager in Thailand gekommen. Darüberhinaus werden die Flüchtlinge auch durch Drohungen der für die Lager zuständigen Militärs sowie Äußerungen führender thailändischer Politiker verunsichert. Die Angst davor, nach Burma zurückgeschickt zu werden, kommt in Gesprächen immer wieder deutlich zum Ausdruck. Thailand verweigert derweil bis heute den Flüchtlingen im thailändisch-burmesischen Grenzgebiet den offiziellen Flüchtlingsstatus, so daß der UNHCR dort nicht tätig werden darf. Die dringendste Grundversorgung wird durch internationale Hilfsorganisationen wie das Burmese Border Consortium (BBC) und Médicins Sans Frontières (MSF) geleistet, die unter restriktiven Auflagen arbeiten.

Thailändisch-burmesischer Klüngel

▶ Die Entwicklung der letzten Jahre und die jüngsten Ereignisse folgen einer »inneren Logik«. Von Beginn der 60er bis Ende der



Fotos: Reiner Bürgin

80er Jahre fungierten die im Widerstand zur burmesischen Zentralmacht stehenden ethnischen Minderheiten in Burma entlang der thailändischen Grenze quasi als »natürliche« Verbündete Thailands. Sie bildeten eine Art Pufferzone gegenüber möglichen territorialen Interessen Burmas sowie kommunistischer Einflüsse und Ideologie aus Burma. Ende der 80er Jahre trafen verschiedene Ereignisse und Entwicklungen in Burma und Thailand zusammen, die zu einer Veränderung dieser Situation führten.

Nach Massendemonstrationen für Demokratie in ganz Burma im August 1988, die durch das Militär niedergeschlagen wurden, trat General Ne Win, der das Land mit seiner »Burmese Socialist Program Party« seit 1962 als Militärdiktatur quasikommunistisch regiert hatte, in den Hintergrund. Im September 1988 setzte er ein von ihm handverlesenes Gremium von Generälen ein, das SLORC. Die von SLORC versprochenen Wahlen fanden mit etwas Verspätung 1990 tatsächlich statt. Sie endeten mit einem überwältigenden Sieg der von Aung San Suu Kyi geführten »National League for Democracy« (NLD). Unter dem Vorwand einer fehlenden Verfassung verweigert SLORC der NLD allerdings bis heute die Regierungsgewalt auszuüben. Parteimitglieder werden immer wieder unter Druck gesetzt, inhaftiert, gefoltert und ermordet.

Obwohl davon ausgegangen wird, daß Ne Win im Hintergrund weiterhin die Fäden zieht, hat sich seit der Machtübernahme durch SLORC doch ein entscheidender Wandel der Politik vollzogen. Zum einen ist die kommunistische Ideologie praktisch völlig in den Hintergrund getreten, zum anderen findet im Zusammenhang mit wirtschaftlichen und militärischen Interessen der Militärjunta in einzelnen Bereichen eine vorsichtige Öffnung des Landes statt.

Cash ...

► Gleichzeitig wuchs in Thailand Ende der 80er Jahre die Hoffnung, zum neuen »Tiger« in Südostasien zu werden. 1988 startete der damalige Premierminister Chatchai Choonhavan seine »battlefield to markets«-Politik mit dem Ziel, die Konflikte mit den Nachbarländern zu beenden und den wirtschaftlichen Austausch mit diesen zu fördern, um so Zugang zu deren Ressourcen und Märkten zu erhalten. In den vorangegangenen Jahrzehnten war die wirtschaftliche Entwicklung Thailands nicht zuletzt durch den Raubbau an den eigenen natürlichen Ressourcen erkauft worden. Mit dem zunehmenden Bewußtsein für diesen Zusammenhang und die damit verbundenen Probleme rückten die noch weitgehend ungenutzten Ressourcen der Nachbarländer immer stärker in das Blickfeld thailändischer Wirtschaftsinteressen. Zum Beispiel Holz: Nach verheerenden Landrutschen im Süden Thailands 1988, die auf die Abholzungen und den Plantagenanbau zurückgeführt wurden und zahlreiche Menschenleben forderten, wurde Anfang 1989 ein Einschlagsverbot in öffentlichen Wäldern erlassen, um die noch verbliebenen Bestände zu schützen.[4] Seither wird fast der gesamte legale Holzbedarf Thailands aus den Nachbarländern gedeckt.

... and collaboration

► Vor diesem Hintergrund brach der damalige Oberbefehlshaber der thailändischen Armee General Chavalit mit seinem offiziellen Besuch Burmas im Dezember 1988 die internationale Isolierung SLORCs. Ergebnis des Besuchs waren großzügige Holzeinschlags- und Fischereikonzessionen in Burma für verschiedene Firmen, die unter der Kontrolle damaliger führender thailändischer Militärs und Politiker standen. Als »Gegenleistung« lieferte man etliche hundert burmesische Studenten aus, die nach den Augustaufständen in Thailand Zuflucht gesucht hatten.

Die Devisen aus diesen Konzessionen und Geschäften wurden von SLORC ganz überwiegend in die Verstärkung und Modernisierung des Militärs gesteckt. Für den Widerstand der ethnischen Minderheiten bedeutete das eine deutliche Verschiebung der Kräfteverhältnisse. Im Zuge des Holzeinschlags wurde zudem der Zugang zu den von ethnischen Minderheiten kontrollierten Gebieten verbessert. Die für den Holztransport erforderlichen Allwetterstraßen ermöglichten es dem burmesischen Militär, die Kämpfe nun auch in der Regenzeit fortzusetzen. Eine zur Festlegung der Konzessionsgebiete durchgeführte Luftaufklärung scheint von den Burmesen auch zur Aufklärung der von den Karen kontrollierten Gebiete im thailändisch-burmesischen Grenzgebiet genutzt worden zu sein.

Die eingangs geschilderten jüngsten Ereignisse fügen sich nahtlos in die Logik des »Spiels der Mächtigen«. General Chavalit ist heute Premierminister Thailands, und die wirtschaftlichen Interessen Thailands in Burma haben neue Dimensionen angenommen. Unter den gemeinsamen Projekten spielt das Yadana-Gas-Projekt derzeit eine herausragende Rolle. Das Milliarden Dollar schwere Geschäft sieht Gaslieferungen aus dem Yadana-Gasfeld im Golf von Martaban nach Thailand über einen Zeitraum von 30 Jahren vor. Es wird in Zukunft Burmas wichtigste Devisenquelle darstellen. Die Lieferungen sollen Mitte 1998 aufgenommen werden. Den Vertragspartnern Total (Frankreich), Unocal (USA), PTT (Thailand) und Myanmar Oil (Burma) drohen erhebliche Konventionalstrafen im Falle von Verzögerungen.

SLORC hatte bereits Anfang der 90er Jahre damit begonnen, den Korridor für die überwiegend durch die Gebiete der ethnischen Minderheiten der Mon und Karen führenden Pipeline freizuräumen und zu sichern. Dies geschah durch Waffenstillstandsverhandlungen mit den Mon, umfangreiche Zwangsumsiedlungen von Dorfgemeinschaften, militärische Offensiven gegen die in dem Gebiet stationierten Einheiten der KNU sowie starke Truppenpräsenz entlang der Pipeline-Route. Die diesjährige Offensive gegen die Karen hatte ganz offensichtlich den Zweck, den Korridor für die Gasröhren endgültig freizuräumen. Das Verhalten des thailändischen Militärs – etwa die Deportationen von Flüchtlingen durch thailändisches Militär aus dem Pipeline-Korridor auf thailändischer Seite – legt nahe, daß die Offensive in enger Absprache zwischen burmesischem und thailändischem Militär erfolgte.

Das Yadana-Projekt soll darüberhinaus auch lediglich der Auftakt ambitionierter Pläne thai-burmesischer Kooperation um den Drei-Pagoden-Paß und den Bongti-Paß in der Provinz Kanchanaburi herum sein. Geplant sind zudem der Bau zweier Fernstraßenverbindungen zwischen Burma und Thailand, Holzeinschlagskonzessionen, die Ausbeutung von Blei und Antimonvorkommen, die Anlage eines Industriezentrums in Burma, vor allem aber auch der gemeinsame Bau eines Tiefseehafens bei Tavoy im Golf von Martaban, der die Verschiffung von thailändischen Waren nach Europa erheblich verkürzen und verbilligen soll. Thailand setzt seine wirtschaftliche Zukunft betreffend ganz

offensichtlich große Hoffnungen auf die Ressourcen und Märkte Burmas, was auch sehr deutlich darin zum Ausdruck kommt, welche Bedeutung den Verhandlungen über Grenzangelegenheiten geführt werden.

ASEAN und die »westlichen Werte«

▶ Die wirtschaftliche und politische Stärkung der Region Südostasien sowie das Ziel, kommunistischen Einflüssen entgegenzuwirken, waren und sind die Grundlagen des Zusammenschlusses der südostasiatischen Staaten in der ASEAN. Die Absicht, Burma noch in diesem Jahr zusammen mit Laos und Kambodscha[5] zum 30jährigen Jubiläum ASEANs aufzunehmen, wurde Ende 1996 deutlich. Der forcierte Beitritt Burmas trotz internationaler Proteste und Vorbehalte, insbesondere der USA und der EU, erkärt sich aus unterschiedlichen Gründen.

Zum einen wird vermutet, daß es einzelnen ASEAN-Führern darum geht, ihre Unabhängigkeit und Stärke gegenüber Kritik von außen, insbesondere der USA, unter Beweis zu stellen, und zum anderen, daß die Entscheidung vor allem von Mitgliedsstaaten mit tendenziell vergleichbaren autoritären Staatsstrukturen durchgesetzt wurde. Eine nicht unerhebliche Rolle hat sicher auch die Befürchtung gespielt, daß sich Burma in Zukunft noch stärker als bisher China zuwenden könnte. Von Bedeutung war nicht zuletzt auch der Wunsch, zum 30jährigen Jubiläum sämtliche südostasiatischen Staaten und potentielle Kandidaten unter das Dach der ASEAN zu bringen.

Verteidigt wird die Aufnahme Burmas und die damit verbundene Legitimation der Militärdiktatur gegenüber »westlicher« Kritik in der Regel auch mit dem bekannten Verweis auf vermeintlich spezifisch »asiatische Werte«, die sich nicht mit westlichen Demokratie- und Menschenrechtsvorstellungen decken, sowie mit dem Konzept des »konstruktiven Engagements«, d.h., daß wirtschaftliche Entwicklung zur Entstehung einer Mittelschicht führen soll, die dann die Demokratisierung des Landes herbeiführen wird.

Wie »konstruktives Engagement« im Falle Burmas konkret aussieht, zeigt die Entwicklung der thailändisch-burmesischen Beziehungen – und es spricht wenig dafür, daß sich das im Rahmen der ASEAN wesentlich ändern wird. Die Machteliten der Länder treffen und ergänzen sich in ihren Interessen des Machterhalts und der Profitorientierung. Das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten der Partner bestimmt die Grenzen für »konstruktives Engagement«, bei dem Demokratie oder Menschenrechte erklärtermaßen keine primäre Rolle spielen. Vielmehr individuelle Streben nach größtmöglichem materiellem Profit und Macht sowie der Glaube daran, daß tendenziell unbegrenztes Wachstum und wirtschaftliche Entwicklung letztendlich schon irgendwie zur Auflösung der mit dem Profit- und Machtstreben einhergehenden Ungerechtigkeiten führen wird, das Vorgehen.

Daß sich also zumindest in punkto Geschäft und Geschäftsideologie kein Graben zwischen »westlichen« und »asiatischen« Werten auftut, läßt sich auch an den Argumenten westlicher Wirtschaftsvertreter gegen die staatlichen und nichtstaatlichen Aufrufe zum Boykott von SLORC ersehen.[6] Eine unter dem Namen USA ENGAGE zusammengeschlossene Antisanktionskoalition zahlreicher US-Firmen und Wirtschaftverbände betonte zum einen den Verlust der Konkurrenzfähigkeit. Zum anderen erklären sie wie ihre aisatischen Kollegen, daß das aus der Verfolgung ihrer wirtschaftlichen Interessen resultierende Wachstum früher oder später von ganz allein zu gerechten Verhältnissen führen würde. Außerdem träfen Boykottmaßnahmen allein diejenigen, die unterstützt werden sollten.

Tatsächlich aber bedeutet wirtschaftliche Entwicklung in Burma derzeit vor allem Ausbeutung natürlicher Ressourcen und Profite für die militärischen Machthaber zur Stärkung ihrer Position und zu ihrer persönlichen Bereicherung. Vor diesem Hintergrund ruft auch die demokratisch legitimierte Oppositionsbewegung ebenso wie der ethnische Widerstand zu Boykottmaßnahmen auf und hat sich gegen die Aufnahme Burmas in die ASEAN unter den derzeitigen Verhältnissen ausgesprochen.

Anmerkungen:

1 1989 wurde Burma von der SLORC-Regierung in Myanmar umbenannt. Von der Oppositionsbewegung wurde die Umbenennung überwiegend abgelehnt.

2 Zur Entwicklung des Konflikts bis Anfang 1996 siehe iz3w Nr. 212.

3 Es handelte sich dabei um Einheiten der sogenannten Democratic Karen Buddhist Army (DKBA), einer kleinen bewaffneten und von SLORC unterstützten Gruppe, die sich 1994 aufgrund interner Auseinandersetzungen von der KNU abspaltete.

4 Nach offiziellen Angaben sollen derzeit noch knapp über 20% der Landesfläche bewaldet sein, der tatsächliche Anteil dürfte aber schon erheblich darunter liegen.

5 Aufgrund der derzeit instabilen innenpolitischen Situation in Kambodscha wurde dessen Beitritt inzwischen bis auf weiteres verschoben.

6 Nachdem die EU im März 1997 aus Protest gegen Kinder- und Zwangsarbeit Burma von den Zollvergünstigungen ausgeschlossen hat und in den USA einzelne Universitäten, Städte und Bundesstaaten in Burma investierende Firmen boykottierten, erlies die amerikanische Regierung nach einer erneuten Verhaftungswelle unter NLD-Mitgliedern im April ein Verbot neuer Investitionen US-amerikanischer Firmen in Burma.

▶ **Reiner Bürgin** ist Ethnologe. Er beschäftigt sich mit der Sozio-Ökonomie der Waldnutzung in den Tropen und arbeitet derzeit zusammen mit Karen-Gruppen in thailändischen Gebieten nahe der burmesischen Grenze.



Kein Frieden ohne Gleichheit

Ein Essay über die Zukunft Palästinas

Foto: R. Maro/version

von **Edward W. Said**

► Obwohl ich in New York und somit in großer Entfernung vom Nahen Osten lebe und schreibe, gab es für mich nie eine wirkliche Trennung von der arabischen Welt, in der ich geboren wurde und aufgewachsen bin. Im Jahre 1948 mußte meine gesamte Familie aus Palästina fliehen. Wir lebten in Ägypten – wo ich meine Jugend verbrachte, im Libanon, in Jordanien und in den Vereinigten Staaten. Ob ich wollte oder nicht, das Schicksal des exilierten und entrechteten palästinensischen Volkes war auch mein Schicksal, obwohl meine Lebensumstände im Vergleich zur Situation derer, die immer noch staatenlos und unter Militärbesatzung leben, sehr glücklich gewesen sind. Auf der anderen Seite ist es meiner Ansicht nach aber auch so, daß dieser Abstand eine Perspektive und eine gewisse Freiheit ermöglicht, durch die man Dinge sehen und beurteilen kann, die für diejenigen, die inmitten schnell sich entfaltender Ereignisse leben, nicht wahrnehmbar oder schwer einzuschätzen sind.

Ich bin immer der Meinung gewesen, daß es für den arabisch-israelischen – und besonders den palästinensisch-zionistischen – Konflikt keine militärische Lösung geben kann. Ich glaube aufrichtig an die Versöhnung zwischen im Widerstreit miteinander stehenden Völkern und Kulturen und habe mir in meinem Werk das Ziel gesetzt, diese Versöhnung zu unterstützen. Die Art von Versöhnung, die wirklichen Frieden bringen kann, kann es aber nur zwischen Gleichen geben, zwischen Partnern, deren Unabhängigkeit, Zielstrebigkeit und innerer Zusammenhalt ihnen erlauben, den anderen wirklich zu verstehen und mit ihm Kompromisse einzugehen.

In der gegenwärtigen Situation ist es Israel gelungen, die Araber – und insbesondere die erschöpften Palästinenser – davon zu überzeugen, daß Gleichheit unmöglich ist und daß es Frieden nur zu den von Israel und den Vereinigten Staaten diktierten Bedingungen geben kann. Jahre der erfolglosen Kriege, des leeren Kriegsgeschreis, mangelnder Mobilisierung der Bevölkerung sowie der Inkompetenz und Korruption auf allen Ebenen haben das Leben unserer Gesellschaften ausgeblutet, das ohnehin schon durch die fast vollständige Abwesenheit echter Demokratie und der mit einer solchen einhergehenden Hoffnung gelähmt ist. Wir alle müssen die Schuld für dieses kolossale Versagen auf uns nehmen. Gesegnet mit enormen natürlichen und menschlichen Ressourcen, hat die arabische Welt einen Niedergang ihrer Leistungen in fast allen Bereichen erlebt: Während des letzten Jahrzehnts ist das Bruttosozialprodukt gesunken, die landwirtschaftliche Produktion ist niedriger als zuvor, die Reserven an Geld und Ressourcen sind geschwunden, und eine ganze Serie von Bürgerkriegen (im Libanon, am Golf, im Jemen, im Sudan und in Algerien) haben einen Großteil der Vitalität unserer Gesellschaften aufgezehrt. Zeitgenössische arabische Beiträge zum Fortschritt von Wissenschaft und Forschung gibt es praktisch überhaupt nicht; das gleiche gilt für die internationale Debatte in den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften. Unsere besten Schriftsteller, Intellektuellen und Künstler wurden entweder zum Schweigen gebracht und eingeschüchtert oder befinden sich im Gefängnis oder im Exil. Der arabische Journalismus hat einen historischen Tiefpunkt erreicht. Unpopuläre Meinungen werden selten geäußert, und in fast allen unseren Gesellschaften haben die Medien im wesentlichen nur die Funktion, die regimetreue Version der Realität zu verbreiten. Zugleich ist die Dauerhaftigkeit der Strukturen von Regierung und Macht in unseren Ländern einzigartig; sie haben beinahe zwei Generationen ohne wesentliche Veränderungen überstanden. Für all das kann nur zum geringsten Teil der Imperialismus oder der Zionismus

verantwortlich gemacht werden. Die große Frage, die wir alle beantworten müssen, ist: Warum haben wir einen derart unannehmbaren Zustand so lange geduldet?

Mythos Amerika

► Es ist nach alledem nicht überraschend, wenn die arabische ebenso wie die palästinensische Elite sich jetzt Richtung Amerika orientiert, allerdings weniger am realen als vielmehr an einem mythischen Amerika. Es hat mich schon oft schockiert und amüsiert, wie wenig von »Amerika« in der arabischen Weit wirklich bekannt ist, während zur gleichen Zeit eine Vielzahl von Angriffen und Analysen, die sich mit Amerika und dem Westen befassen, die arabischen Leser mit einer Unmenge von Desinformationen und verzerrten Darstellungen versorgen. Dieses Phänomen hat sich seit dem Ende des Ost-West-Konflikts noch verstärkt. Zudem geht man davon aus, daß wir, da die Vereinigten Staaten als einzige Supermacht übriggeblieben sind, ihren Befehlen gehorchen und uns Wort für Wort an ihren Verlautbarungen orientieren müssen. Begleitet wird dies oft von einer paradoxen und blinden Feindseligkeit gegenüber den Vereinigten Staaten, als ob Amerika und die Amerikaner sich auf extrem simple Stereotypen reduzieren ließen.

Bedauerlicherweise herrscht unter vielen arabischen Führern eine Sklavenmentalität vor: für sie ist ein freundlicher Empfang in Washington der Gipfel ihres politischen Lebens. Man kümmert sich wenig darum, wie die amerikanische Politik und Gesellschaft tatsächlich funktionieren; noch weniger ist über die Politik Amerikas gegenüber der Dritten Welt bekannt, deren Bilanz absolut schändlich ist, oder darüber, wie sich die internen Krisen der USA auf ihre Außenpolitik auswirken. So ist die vom nahöstlichen »Friedensprozeß« ins Auge gefaßte Pax Americana von den Arabern widerspruchslos akzeptiert worden, ohne daß es eine angemessene Koordination unter ihnen oder eine wirkliche Vorbereitung hinsichtlich der Details und des anvisierten Ergebnisses des Prozesses gegeben hätte. Zusätzlich ist für mich verblüffend, wie das wenige, was über die Vereinigten Staaten bekannt ist, auch noch auf Annahmen beruht, die nicht stichhaltig und letzten Endes unangemessen sind. Die wichtigste dieser Annahmen ist, die US-Politik ziele auf eine Förderung des Wohls der arabischen Völker.

So spricht beispielsweise Yassir Arafat immer noch von seinem »Freund« Bill Clinton, obwohl dieser »Freund« – wie alle seine Vorgänger in den letzten Jahren – Israel bedingungslos unterstützt, sich weigert, die Gewalttätigkeit der israelischen Siedler zu verurteilen und keinen Finger für das Wohlergehen der Palästinenser oder das der PLO rührt. Ende 1993 und Anfang 1994, als die israelischen Truppen den Gazastreifen teils verließen, teils sich dort umgruppierten, hat dies der Kongreß mit 180 Millionen Dollar unterstützt, und zwar zusätzlich zu den fünf Milliarden Dollar, die Israel ohnehin jährlich erhält. Die USA betrachten die PLO weiterhin quasi als terroristische Organisation und wenden sich auch gegen einen palästinensischen Staat. Zudem hat Amerika unter Clinton seine Politik dahingehend geändert, daß es nunmehr Israels Annexion von Jerusalem und den Ausbau seiner über 200 illegalen Siedlungen billigt. Die von der PLO abgegebenen offiziellen Einschätzungen Israels – dessen Regierung von einem ständig gefügigen Arafat mit endlosen Vertrauensbekundungen bedacht wird – sind ebenso töricht wie unbegründet. Gleichzeitig hat es nie eine koordinierte arabische Informations- und Kulturpolitik gegeben, die das Ziel verfolgt hätte, sich an das amerikanische Volk zu wenden, das zum Großteil gegen die Nahostpolitik seiner Regierung eingestellt ist.

Brotkrumen vom Tisch der Großen

► Nirgends sind diese Ungereimtheiten mehr in Erscheinung getreten als in Palästina, dessen Sache ich seit 1977 als Mitglied des Palästinensischen Nationalrats (PNC) vertreten habe. Im Jahre 1991 trat ich von diesem Posten zurück. Es hatte sich gerade herausgestellt, daß ich unter einer sehr ernsten Krankheit leide, aber davon abgesehen war ich der Meinung, daß die Bedingungen, die wir für die Teilnahme an der Nahost-Friedenskonferenz von Madrid akzeptiert hatten, verheerend waren. Ich hatte auf unserer Sitzung in Algier 1988 für die Zweistaatenlösung gestimmt. Im Jahre 1991 kristallisierte sich für mich jedoch nicht nur heraus, daß unsere Führung dabei war, die Erfolge der Intifada achtlos zu verschleudern, sondern auch, daß Arafat und einige seiner engsten Berater bereits eigenmächtig entschieden hatten, jeden Brotkrumen zu akzeptieren, den die Vereinigten Staaten und Israel vielleicht für sie vom Tisch fallen lassen würden, nur um als Teil des »Friedensprozesses« zu überleben. Die großen Verluste, die aus der verfehlten Politik der PLO-Führung während der Golfkrise und ihrer ständigen Mißwirtschaft mit nie zur Rechenschaft vorgelegten Guthaben und Geldern resultierten, trieben diese Führung schließlich dazu, in panischer Flucht nach vorne die verschiedenen nationalen Ziele und rechtlichen Prinzipien zugunsten der sogenannten Interimslösungaufzugeben, die von Yitzhak Shamir vorgeschlagen und von George Bush und James Baker unterstützt wurde. Wir erreichten keine Anerkennung unserer Selbstbestimmung, keine Garantie für zukünftige Souveränität, kein Repräsentationsrecht, keine Erwähnung von Reparationen. (...)

Damit war jedoch der Tiefpunkt noch nicht erreicht, denn die am 13. September 1993 auf dem Rasen des Weißen Hauses feierlich begangene Osloer Prinzipienerklärung erwies sich als noch um einiges schlimmer. Zum ersten Mal in unserer Geschichte hatte unsere Führung in bezug auf unsere Selbstbestimmung, auf Jerusalem und auf die Flüchtlinge einfach kapituliert und zugestimmt, daß diese Themen Teil einer nicht näher festgelegten Reihe von »Verhandlungen über den endgültigen Status« bilden sollten. Zum ersten Mal in unserer jüngeren Vergangenheit hatten wir der Aufteilung unseres Volkes – für dessen Einheit wir als nationale Bewegung seit 1948 gekämpft hatten – in Bewohner der besetzten Gebiete und sämtliche anderen Palästinenser zugestimmt, wobei diese anderen heute mehr als 55 Prozent der palästinensischen Bevölkerung darstellen; diese befinden sich nun in einer getrennten, minderwichtigen Kategorie, die vom Friedensprozeß ausgeklammert wird. (...) Wir wissen inzwischen auch, daß die palästinensische Seite keine Berater in Rechtsangelegenheiten zur Verfügung hatte, die ihr beim Abschluß eines immerhin bindenden internationalen Abkommens hätten helfen können, und daß die winzige Schar der palästinensischen Geheimunterhändler

► **Edward W. Said** wurde 1935 in Jerusalem geboren; ab 1948 lebte er in Kairo, dann in den USA. Er ist Professor für Anglistik und Vergleichende Literaturwissenschaft an der Columbia Universität in New York. Said machte sich vor allem als brillanter Kulturkritiker einen Namen und wurde auch im iz3w gewürdigt (so in Nr. 206 zu seinem Band »Kultur und Imperialismus«). Berühmt wurde er 1978 mit dem Buch »Orientalismus«, einer Abrechnung mit der westlichen Wahrnehmung der von ihr so genannten »orientalischen« Gesellschaften.

Mit Spannung hat die Redaktion deshalb auf Saids Essays über Israel und Palästina gewartet. Allerdings stellt sich heraus, daß auch ein brillanter Essayist über Tagespolitik hauptsächlich Profanes zu schreiben weiß. Das muß am Wesen der Politik liegen. Dennoch enthält der Text interessante Gedankenanstöße zum Friedensprozeß und bemerkenswerte Innensichten auf die palästinensische Führung. Einigermaßen bestürzend ist es jedoch, daß Saids intellektuelles Niveau ihn vor Nationalismus nicht schützt. Der Text dokumentiert neben Saids Verschwörungstheorien, dem Gerede von feindlicher moralischer Infiltration oder von Verrat und Korrumpiertheit durch vom israelischen Geheimdienst unterwanderte Eliten, vor allem sein politisches Denken in nationalistischen und völkischen Kategorien. *(Mit nationalistischem Denken in postkolonialen Theorien setzt sich u.a. am Beispiel E. Saids der Artikel 'Nation hybrid' in diesem Heft auseinander.)* die redaktion

aus unvorbereiteten, schlecht ausgebildeten »Guerilla«-Führern ohne demokratisches Mandat bestand, die sich unter Ignorierung der Resolutionen des Palästinensischen Nationalrats daran machten, das gesamte Gebäude des palästinensischen Widerstands einzureißen – all das ohne eine vernünftige Landkarte, ohne wirkliches Wissen über die Daten und Fakten und ohne ernsthafte Aufmerksamkeit dafür, mit wem man es im Falle Israels schließlich zu tun hatte und was die eigentlichen Interessen des palästinensischen Volkes sind.

Die darauffolgenden Ereignisse und Abkommen haben die Richtigkeit meiner Auffassungen gezeigt, obwohl mir lieber wäre, ich hätte unrecht gehabt. Als die Osloer Prinzipienerklärung öffentlich verkündet wurde, sah ich sie als ein Instrument der Kapitulation an, und als ich vom Büro Präsident Clintons eingeladen wurde, der Zeremonie vor dem Weißen Haus beizuwohnen, lehnte ich mit dem Hinweis ab, daß der 13. September für alle Palästinenser ein Tag der Trauer sein sollte. Die Bilanz seit der Unterzeichnung des Abkommens spricht für sich selbst. Es ist klar, daß wir als Volk in unserem Kampf für die Wiederherstellung unserer Rechte vorläufig versagt haben. Israel hat seine Siedlungen behalten und seine Armee in nur sehr geringfügiger Weise umgruppiert. Es kontrolliert das Land, das Wasser, die Sicherheitsangelegenheiten sowie die Außenpolitik der palästinensischen »Selbstregierungs«-Behörde. Was aber den amerikanischen Friedensprozeß und die begleitenden Feierlichkeiten so vulgär und unerträglich machte, war die Tatsache, daß die palästinensische Führung die ganze Zeit vorgab, einen großen Sieg errungen zu haben und ihr Handel mit Israel uns wirkliche Unabhängigkeit bescheren. Wenn Israel immer noch das Recht hat, den Zugang zum Gazastreifen und nach Jericho und die Ausreise von dort zu kontrollieren, wenn es allen verabschiedeten Gesetzen und sämtlichen Postenbesetzungen der Palästinensischen Regierungsbehörde zustimmen muß, können wir wohl kaum von Unabhängigkeit sprechen. Um wieviel würdiger und bewundernswerter wäre es gewesen, die Niederlage einzugestehen und das palästinensische Volk dazu aufzurufen, sich zusammenzuschließen, um aus den Trümmern heraus einen Neuanfang zu versuchen.

Heuchelei, Schmeichelei, Selbsttäuschung

► Bei alledem bildete ein zwingender Imperativ die Triebkraft für mein Schreiben, nämlich die Notwendigkeit, die Wahrheit aufzudecken und nicht der Sprache der Heuchelei, Schmeichelei und Selbsttäuschung das Feld zu überlassen. Ich bin überzeugt, daß die meisten Palästinenser die totale Unwürdigkeit unserer Situation empfinden. Israelische Soldaten hindern unser Volk an der Fortbewegung in Gebieten, die angeblich unser Territorium sind, sie töten unschuldige Zivilisten, foltern Gefangene zu Tode, stehlen unser Land, sperren unsere Menschen ein, zerstören ihre Häuser und Felder, während die israelische Regierung ihre neuen Siege als Erfolge von Frieden und Menschlichkeit ausgibt. Was mich aber am meisten bedrückt, ist das Fehlen einer Sprache, die kritisch ist und gleichzeitig unserer Verantwortung gerecht wird. Warum sagen PLO-Vertreter im Privatgespräch das eine – zum Beispiel, Arafat sei größenwahnsinnig – und dann im Fernsehen das genaue Gegenteil davon? Warum empfinden es unsere Intellektuellen nicht als ihre Pflicht, die Wahrheit über die Fallgruben des Gaza-Jericho-Abkommens aufzudecken und zu sagen, daß wir ein Abkommen unterzeichnet haben, das Israel mit unserer Zustimmung die Kontrolle über unsere Angelegenheiten gibt? Vielleicht haben zu viele von uns die im größten Teil der arabischen Welt vorherrschenden Normen verinnerlicht, daß man nämlich immer einem Herren dienen muß, daß man den eigenen Schutzherren verteidigen, seinen Feind dagegen angreifen muß und daß man Sorge dafür tragen muß, nicht die eigenen Chancen auf eine gute Karriere und auf reichliche Belohnung zu beeinträchtigen. Die Sprache ist zu Parolen und Gemeinplätzen degeneriert.

Warum sagen PLO-Vertreter privat, Arafat sei größenwahnsinnig, und im Fernsehen das Gegenteil?

Zu einem gewissen Teil ist diese Unsicherheit das Resultat der moralischen und intellektuellen Infiltration unserer Reihen durch Israel und die Vereinigten Staaten, so daß das Ziel eines oder einer arabischen beziehungsweise palästinensischen Intellektuellen inzwischen nicht mehr so sehr der Kampf für die Unabhängigkeit seines oder ihres Volkes ist, sondern darin besteht, von israelischen Politikern und Akademikern akzeptiert zu werden, ein Stipendium von der Europäischen Gemeinschaft zu bekommen oder zu einer Konferenz in Paris oder New York eingeladen zu werden. Was man in der gegenwärtigen arabischen und palästinensischen Kultur vermißt, ist ein moralischer oder intellektueller Standard, aufgrund dessen Wahrheit und Lüge unterschieden werden können und dem die Intellektuellen ohne Rücksicht auf Gewinn oder Prestige folgen. Vielleicht legt auch der erstarkende Islamismus, für den ich keine Sympathien hege, von diesem Mangel Zeugnis ab.

Die Zeichen für die Zukunft sind nicht günstig. Kurz nachdem Yassir Arafat Anfang Juli 1994 nach Gaza kam, wurde aus zuverlässiger Quelle berichtet, daß fünf, sechs oder möglicherweise sogar sieben Geheimdienste – von denen viele mit dem Shin Bet oder dem Mossad verflochten sind – für ihn spionierten; seit dieser Zeit hat sich ihre Zahl weiter erhöht! Menschen sind zu Tode gefoltert worden, Zeitungen wurden verboten; Arafats Gegner werden systematisch verfolgt. Und trotzdem hält er sich an der Macht, und die meisten seiner Leute ertragen entweder schweigend seine Herrschaft oder versuchen, sich in ihrem Rahmen eine Position zu sichern. Seine Auswahl bei der Postenbesetzung ist nicht nur bezüglich der Vergangenheit, sondern auch hinsichtlich der Gegenwart beschämend. Er ernennt seinen Botschafter in Tunis, einen Mann, dessen Büro 1992 vom Mossad infiltriert wurde, zum obersten Koordinator für die Geheimdienste und die innere Sicherheit. Der Militärkommandeur von Jericho ist exakt derselbe Mann, der 1982 im Südlibanon der Desertion und der Feigheit bezichtigt worden war. Aus dem Hauptquartierder PLO hört man Berichte über Korruption im großen Stil, an der diverse internationale Betrüger beteiligt sind.

Und Arafat erklärt vor der Welt, daß er sich von Israel »gedemütigt« und »frustriert« fühlt, obwohl er doch jedes der Abkommen, die er mit Israel geschlossen hat, persönlich unterzeichnet hat. Was hat er denn erwartet, als er ein Abkommen mit dem Unterdrücker seines Volkes unterzeichnete und die Vergangenheit dieses Volkes, seine zukünftigen Rechte und gegenwärtigen Hoffnungen mit einem Federstrich mißachtete?

Wohlmeinende Kritiker haben mir gegenüber die Auffassung vertreten, ich habe meine Kritik der innerpalästinensischen Verhältnisse zu persönlich geführt und mich in unfairer Weise auf die Persönlichkeit und Einzelfigur Yassir Arafats konzentriert. Es ist, zum Teil aufgrund der Geschichte der Kolonialisierung, der wir unterworfen wurden, unsere Tragödie als Volk und Bewegung, daß wir kaum institutionelle Mechanismen, keine Zivilgesellschaft und keine vernünftigen Verfahren der Rechenschaftspflicht sowie der Korrektur falscher Entscheidungen besitzen. Statt dessen haben wir einen allmächtigen Regenten, der ungeachtet einer langen Liste von Fehlschlägen immer noch im Amt ist. Das wesentliche Resultat des Gaza-Jericho-Abkommens besteht darin, daß es Arafat und eine kleine Gruppe seiner alten Freunde wieder in Positionen relativer Macht und Autorität befördert hat; dies mag wohl den speziellen Zwecken des »Friedensprozesses« dienlich sein, den palästinensischen Interessen dient es jedoch nicht.

Im Gazastreifen und in Jericho herrschen heute Chaos und Verzweiflung. Die Israelis sind mit Sicherheit froh, den Gazastreifen los zu sein (die Probleme dort sind derart groß und seine Bevölkerung so aufsässig, daß Rabin einmal offen sagte, er wünsche, der Gazastreifen möge im Meer versinken) und sehen nun voller Befriedigung zu, wie eine unzureichend ausgestattete, unterbesetzte und erbärmlich unfähige Palästinensische Regierungsbehörde sich erfolglos abmüht, die Krankenhäuser offen und versorgt zu halten, die Lehrergehälter zu bezahlen, eine Müll-



Bestellt und nicht abgeholt: die palästinensische Zivilgesellschaft Foto: R. Maro/version

abfuhr sowie sonstige öffentliche Dienstleistungen auf die Beine zu stellen. Und all das unter der uneingeschränkten Oberherrschaft desselben alternden Fedayin, der nicht willens ist, Autorität zu delegieren, Wahlen ständig hinausschiebt und über das Fehlen von Geld tobt und schimpft, was ihm lediglich die Forderung einträgt, er habe Israels Sicherheit zu garantieren, dessen Gegner zu zerschmettern und als der neue Militärgouverneur des Gazastreifens zu agieren.

Armut und bleibende Abhängigkeit

▶ Ich bin nach wie vor davon überzeugt, daß es unmöglich ist, Yassir Arafat zu ändern. Er erfüllte seine Funktion als palästinensischer Führer bis zur Unterzeichnung des Abkommens vom 13. September 1993, für die er allein Lorbeer und Verantwortung beanspruchen kann. Es besteht kein Zweifel, daß Israel, die Vereinigten Staaten, die Europäer und die Araber ihn heute brauchen: Seine Präsenz in Gaza soll die Dauerhaftigkeit eines Abkommens gewährleisten, das die Abhängigkeit und die Unterordnung der Palästinenser sicherstellt. Das ist der Grund, weshalb er soviel internationale Unterstützung genießt. Der Gazastreifen könnte allmählich erfolgreich eine separate Unabhängigkeit erlangen, auch wenn Arafat im April 1995 den Vorschlag von Shimon Peres ablehnte, den Gazastreifen in einen unabhängigen Staat zu verwandeln. Auf der anderen Seite können wir heute, da Jordanien sein eigenes Abkommen mit Israel unterzeichnet hat, sicher sein, daß ein winziges palästinensisches Protektorat oder Bantustan im Westjordanland, das zwischen den beiden neuen Verbündeten eingeklemmt ist, mehr und mehr niedergedrückt werden wird. Armut und das Fehlen jeder wirklichen Unabhängigkeit werden sein bleibendes Schicksal sein, obwohl die Israelis ironischerweise natürlich niemand anderen als Arafat für die Durchsetzung des Friedens und die Gewährleistung der »Sicherheit« von über 300.000 israelischen Siedlern (einschließlich derer in Ostjerusalem) verantwortlich machen, von denen viele gewalttätig sind und bei ihren Verbrechen von der israelischen Armee gedeckt werden. In der Zwischenzeit sind seit September 1993 laut israelischen Angaben weitere 8.000 Hektar palästinensischen Landes enteignet oder zu »Sicherheits«-Zonen erklärt worden.

Davon abgesehen ist wohl klar, daß die Führung, die ein Abkommen mit der israelischen Besatzungsmacht unterzeichnet hat, entweder aus eigener Initiative zurücktreten oder durch ein auf Wahlen beruhendes Verfahren aus dem Amt entfernt werden muß. Ich bin der Meinung, daß wir unser eigenes Argumentieren und Handeln lahmlegen, wenn wir es auf die verfehlte Voraussetzung gründen, diese Friedensabkommen mit Israel stellten einen Anfang dar, auf dem wir für die Zukunft aufbauen können. Zu was können Vereinbarungen wie das Kairo-Abkommen vom 4. Mai 1994 denn sonst führen als zur weiteren Legalisierung der israelischen Kontrolle über die besetzten Gebiete? Ich sehe sehr wohl, daß diese Abkommen eine neue Realität darstellen, aber was wir jetzt brauchen, ist eine offene Debatte aller Palästinenser und engagierten Araber über die Zukunft unserer Region. Ich denke, daß nicht-israelische wie israelische Juden, ebenso wie Amerikaner und Europäer, die einem wirklichen Frieden im Nahen Osten verpflichtet sind, sich als Teil dieser Debatte fühlen sollten. Wir Palästinenser müssen immer noch eine Position gegenüber unserer Geschichte und den möglicherweise vergeblichen Opfern der letzten hundert Jahre finden. Und wir dürfen Palästina nicht länger nur einfach als ein kleines Stück Territorium zwischen Mittelmeer und Jordan begreifen, sondern als eine Idee, die über viele Jahre die arabische Welt zum Nachdenken über und zum Kampf für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und eine andere Art von Zukunft als die angeregt hat, die ihr mit Gewalt und aufgrund des Fehlens eines arabischen Willens zur politischen Selbstbehauptung aufgezwungen worden ist.

▶ *Dieses Essay ist ein Vorabdruck aus dem im Oktober erscheinenden Buch:* Edward W. Said, Frieden in Nahost? Essays über Israel und Palästina. *Es erscheint im Palmyra Verlag und kostet 34,- DM. Wir danken dem Verlag für die freundliche Genehmigung der Veröffentlichung.*

Versuche der Errichtung von Weltherrschaft sind – historisch betrachtet – nichts Neues. Und immer präsentierten sich die Weltenlenker und ihre Ideologen als Beglücker ihrer Untertanen. Die Idee von Global Governance (im Deutschen meist als »Weltordnungspolitik« bezeichnet) scheint daran nahtlos anzuknüpfen. Nein, nein rufen da die linksliberalen Sympathisanten von Global Governance. Vokabeln wie Herrschaft und Untertanen kommen in unseren Überlegungen nicht vor. Eine institutionalisierte Weltregierung etwa in Form einer aufgemotzten UNO oder ein Weltsuperstaat seien nicht gemeint. Was aber ist dann Global Governance?

Wie der Name schon vermuten läßt, beziehen sich die Vertreter der Idee von Global Governance auf die Globalisierung. Diese habe die Welt so grundlegend verändert, daß neue Ordnungsformen zu ihrer Bewältigung entstehen müßten. Zu den nunmehr neu zu ordnenden Entwicklungen zählen sie die Folgen der marktwirtschaftlichen Durchdringung der Welt und den mit der globalen Deregulierung angeblich einhergehenden Bedeutungsverlust des klassischen Nationalstaates. Sie verweisen auf die Zunahme grenzüberschreitender Flüchtlings- und Migrationsbewegungen, auf globale Umweltzerstörungen, die mediale und touristische Schrumpfung der Welt im »global village« und die Entstehung einer multi-kulturellen Weltzivilgesellschaft. Unabhängig davon, wie neu diese Erscheinungen der vielbeschworenen Globalisierung tatsächlich sind (vgl. die Themenschwerpunkte Globalisierung I und II, **iz3w** Nr. 216/218), wächst offenbar das Bedürfnis nach neuen politischen Regulationsformen für die deregulierte, ökonomisch, kulturell und ökologisch zunehmend interdependente »Eine Welt«.

Die Spanne derer, die da nach Governance rufen, ist breit. Sie reicht von konservativen Ordnungspolitikern bis zu linksliberalen NGOs und Intellektuellen. Während erstere jedoch mit der Errichtung neuer globaler gouvernementaler Institutionen keinerlei ideologische Probleme haben kritisieren letztere die bereits bestehenden Institutionen als zu hierarchisch, starr und undemokratisch. Sie sind bemüht, sich von totalitären Weltstaatsüberlegungen zu distanzieren. Global Governance verstehen sie als ein Reformkonzept, das herrschende Politikformen herausfordert: Global agierende Netzwerke verschiedenster Akteure – von traditionellen staatlichen Institutionen über internationale Regime bis hin zur internationalen Zivilgesellschaft – müßten die Weltprobleme lösen.

Beispielhaft führen die linksliberalen Vordenker von Global Governance vermeintlich einstimmige Forderungen wie die nach Umweltschutz, einem Atomwaffentestverbot oder der Einhaltung der Menschenrechte und des Friedens auf Erden an. Die Bewältigung dieser Probleme werden von ihnen als Menschheitsfragen aufgefaßt. Dem liegt die Vorstellung eines Gattungsinteresses, eines einheitlichen Weltgewissens zugrunde. An diesem Punkt wird deutlich, daß die Global Governance-Adepten in ihrem Bedürfnis nach einem in Netzwerken entstehenden ethischen Konsens der Weltgemeinschaft von Machtverhältnissen und der Herrschaftsförmigkeit von Politik abstrahieren. Diese existieren aber auch in zivilgesellschaftlichen Netzwerken und an Runden Tischen. Auch hier setzen sich Ideologien, Denkformen, Normen und Interessen gegen andere durch, und hier wird nun als Menschheitsinteresse legitimiert, was die bestehenden ungleichen Verhältnisse lediglich variiert.

Denn die Suche nach Formen von Global Governance läuft auch bei ihren kritischen Vertretern auf eine Reformierung hinaus: Die bislang hauptsächlich nationalstaatlich verfaßte Ordnungspolitik soll in eine modernisierte effizientere, den sich globalisierenden Kapitalismus lediglich zähmende Variante transformiert werden, die einem von allen Menschen geteilten humanistisch-aufgeklärten »Weltbürgertum« verpflichtet ist. Global Governance könnte somit als Versuch bezeichnet werden, der in der vergangenen Zeit erfolgten Deregulierung der Akkumulationsregime auf nationalstaatlicher Ebene eine angemessene Form der globalen Regulationsweise folgen zu lassen, damit sich eine neue stabile (postfordistische) kapitalistische Formation herausbildet.

Der Themenblock reflektiert die Grundgedanken von Global Governance. Und weil die propagierte Global Governance trotz aller gegenteiliger Absichtserklärungen in die Institutionalisierung von Weltpolitik – und zwar unter den bestehenden Verhältnissen – münden wird, spielen wir ihre Funktionsweise anhand aktuell international agierender Institutionen und Akteure wie der UNO, der WTO, den NGOs und anhand der Fragen von internationaler Strafgerichtsbarkeit und Katastrophenhilfe durch. Aufmerksamen LeserInnen wird nicht entgehen, daß die Beiträge kein einheitliches Bild vermitteln. Vor dem Hintergrund der vielfältigen real existierenden globalen Krisen pendeln sie zwischen der Annahme, daß die Welt eine ganz andere sein müßte, um andere Institutionen und Akteure hervorzubringen, und dem Versuch, die bestehenden doch auf ihre Reform- und Lösungsfähigkeit abzuklopfen.

Es ist kein Zufall, daß wir in der Diskussion um Global Governance kaum auf Stimmen aus dem Süden gestoßen sind, obwohl die linksliberalen globalen Gouvernanten gerade diesen doch mehr Mitsprache und Entscheidungsmacht geben wollen. In den meisten Ländern des Südens, wo der Staat nicht einmal ein Minimum seiner Funktionen erfüllt, geht es weiterhin primär um ein nationalstaatliches Good Governance. Ist Global Governance also nichts weiter als ein neuerliches Herrschaftsprojekt des Nordens?

die redaktion

Globale Gouvernanten
Die Vordenker einer neuen Weltordnung



von **Christian Stock**

Im deutschsprachigen Raum ist die Idee der 'Global Governance' bislang nur von wenigen wissenschaftlichen Institutionen systematisch aufgegriffen worden. Eine Ausnahme bildet das Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) in Duisburg, das unter der Leitung von Franz Nuscheler und Dirk Messner die Arbeit der Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF) wissenschaftlich begleitet. An den Konzeptionen dieses 'think tank' einer sozialdemokratisch orientierten bundesdeutschen Entwicklungs- und Friedenspolitik lassen sich exemplarisch die Probleme darstellen, in die sich die linksliberale Global Governance-Debatte verstrickt.

► In einem jüngst erschienenen Aufsatz von Franz Nuscheler und Dirk Messner kommen idealtypisch verschiedene Argumentationsstränge der Global Governance-Debatte zum Tragen.[1] Wenig überraschend ist, daß Messner/Nuscheler die Notwendigkeit von Global Governance mit drei Thesen begründen, die in der derzeitigen Debatte über die Weltlage von nahezu allen politischen Strömungen aufgegriffen und die lediglich unterschiedlich theoretisch fundiert werden: Die Globalisierungsthese, die These vom Bedeutungsverlust des Nationalstaates und die Defizitthese. Demnach befinden wir uns heute in einer Phase, in der nicht nur ökonomische Austauschbeziehungen und technologische Entwicklung zunehmend globalisiert sind, sondern auch die Krisen und Probleme, die daraus erwachsen. Messner/Nuscheler benennen z.B. Arbeitslosigkeit, Armut, Kriminalität, Drogen, Umweltzerstörung, Bürgerkriege und Wanderungsbewegungen. Aus den Globalisierungstendenzen resultiert nach Messner/Nuscheler ein »komplexes System wechselseitiger Abhängigkeiten«, in das alle Staaten und Gesellschaften verwickelt seien. Aus den Risiken der Globalisierung ergäbe sich ein »steigender Regelungs- und Kooperationsbedarf, aber auch gemeinsame Interessen an Sicherheit, wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung sowie globaler Umweltpolitik«.

An dieser Stelle bringen Messner/Nuscheler die These vom Bedeutungsverlust des Nationalstaates und die daraus resultierende Defizitthese ins Spiel. Neben der »Staatenwelt« seien wichtige andere Akteursgruppen in der »Weltgesellschaft« entstanden: die »Wirtschaftswelt« aus transnationalen Unternehmen, die global vernetzte »Medienwelt« und die »weltweit vernetzte Bewegung von Nichtregierungs-Organisationen«. Während die nationalstaatliche Politik sich also erhöhtem Problemdruck und zunehmendem Einfluß konkurrierender Akteure ausgesetzt sieht, ist sie »auf die Herausforderungen der Globalisierung bisher nicht oder nur ansatzweise vorbereitet«. Die traditionelle (Außen-) Politik täte immer noch so, als könnten die »Probleme von morgen mit den nationalstaatlichen Politikmodellen von gestern beantwortet werden«. Da auch die bisherigen Formen des internationalen Krisenmanagements etwa im Rahmen der G 7 oder des UN-Sicherheitsrates den Herausforderungen nicht gerecht würden, sei die Frage der Regierbarkeit zum »zentralen Problem der Welt« geworden. Jedoch nicht nur die »staatliche Steuerungsfähigkeit« erodiert nach Ansicht von Messner/Nuscheler, sondern die gesamte Politik befindet sich in einer »Misere«, die demokratischen Staaten die Legitimation zu entziehen drohe. Schon aus einem »aufgeklärten Eigeninteresse« müßte der Nationalstaat nach einem Ordnungsmodell suchen (räumlich Global Governance), das ihm Handlungskompetenz zurückzugewinnen verspricht.

Der Nationalstaat: Ein Opfer der Globalisierung?

► Bereits diese kurze Analyse der gegenwärtigen Situation, in die Messner/Nuscheler ihre Vorstellungen von einer zukünftigen Global Governance einbetten, ist ausgesprochen problematisch. Die von Messner/Nuscheler angesprochenen globalen Probleme entstehen nicht quasi urwüchsig aus der anonymen »Dynamik der Weltwirtschaft«, die über die hilflosen Nationalstaaten hinwegfegt, sondern sind Folge der bewußten, politisch gewollten Durchsetzung kapitalistischer Globalisierung. Diese ist das konkrete Resultat einer neoliberalen Politik, die im Thatcherismus und in den Reagonomics ihren endgültigen Durchbruch erlebte und die seit 1989 nahezu globale Reichweite besitzt. Die Stärkung transnational operierender Kapitalfraktionen, die Auflösung der fordistischen Klassenkompromisse der Wirtschaftswunderzeit und die Ablehnung keynesianischer, staatlich orientierter Wirtschaftssteuerung wurden ideologisch und politisch mit allen Mitteln vorangetrieben. Die Durchsetzung neuer Formen des Kapital-Arbeits-Verhältnisses (wie z.B. die »Flexibilisierung« der Lohnarbeit) wurden teilweise mit autoritärer Regierungsintervention durchgesetzt. Die daraus resultierende soziale Desintegration und Auflösung des Sozialstaates sowohl im nationalen wie im globalen Maßstab wird von den herrschenden politischen Klassen überall in Kauf genommen.

Vor diesem Hintergrund bleibt die zentrale Funktion des bürgerlichen Nationalstaates, nämlich die Bestandswahrung der ökonomischen Verhältnisse mittels des Gewaltmonopols und der rechtlichen Sanktionierung der sozialen und ökonomischen Beziehungen, unangetastet. Die modernen Nationalstaaten bedienen sich lediglich immer neuer politischer Formen, um ihre Funktion wahrzunehmen. Ob jedoch als autoritärer »Sicherheitsstaat« oder als neoliberal verfaßter »nationaler Wettbewerbsstaat«: Ziel bleibt, die Expansionstendenzen des Kapitalismus politisch zu optimieren. Zu dieser Optimierungsstrategie gehört die Durchsetzung neuer effizienterer Formen des Managements der Probleme, die der entfesselte Weltmarkt mit sich bringt. Die sich verstärkt abzeichnenden kooperativen und (neo-) korporatistischen Strategien unter partieller Aufgabe staatlicher Souveränität in einzelnen Politikbereichen zugunsten von internationalen Regimen und einzelnen Teilen der 'Zivilgesellschaft' bedeuten aber keineswegs, daß Staaten ihren Regulierungsanspruch aufgeben oder er ihnen durch die »Weltwirtschaft« und die »Globalisierung« aus den Händen gerissen wird. Vielmehr wird der – politisch gewollte – Verzicht auf Einflußnahme in manchen traditionellen Bereichen der Wirtschaftspolitik mehr als wettgemacht durch die Erschließung neuer Einflußbereiche, etwa in der Umweltpolitik (vgl. H.J. Burchardt, iz3w Nr. 218, S. 24-26).

Die von Messner/Nuscheler konstatierten Globalisierungskrisen sind nur sehr bedingt auch die Krisen bestehender Institutionen. Allenfalls die UNO ist davon betroffen, und das vor allem, weil nationalstaatliche Machtansprüche etwa seitens der USA mit dem institutionellen Interesse der UNO kollidieren. Entgegen der nicht nur von Messner/

Nuscheler vertretenen Meinung gibt es keinen Gegensatz zwischen ökonomischer 'Globalisierung' und nationalstaatlichen Ökonomien, zwischen nationalstaatlicher und supranationaler Regulation sowie zwischen staatlicher und gesellschaftlicher Regulation. Die globalen Konfliktlinien verlaufen demnach nicht zwischen Weltwirtschaft und Nationalstaat oder zwischen Staaten und (Welt-) Gesellschaft, wie die Autoren nahelegen, sondern zwischen starken und schwachen Kapitalfraktionen, zwischen metropolitanen und peripheren Ökonomien, zwischen Kapital und Arbeit und zwischen herrschenden und marginalisierten Klassen.

Doch um eine solche Analyse der kapitalistischen Entwicklung bemühen sich Messner/Nuscheler mit keinem Wort. Die bei ihnen implizit vorgenommene strikte Trennung der Sphären Nationalstaat, (Welt-) Gesellschaft und (Welt-)Wirtschaft verhindert die Einsicht, daß sie nur als Ganzes zu verstehen sind. Stattdessen erwecken die Autoren die Illusion, der zu »entarten« drohende »Casino- und Spekulationskapitalismus« ließe sich im Rahmen einer Global Governance ökologisch und sozial bändigen.

Die Säulen der Global Governance-Architektur

► Die Neudefinition der Rolle des Staates und die zukünftige Rolle der »Welt-Bürgergesellschaft« ist in den Überlegungen von Messner/Nuscheler zentral. Ihnen zufolge geht es bei Global Governance nicht um die Etablierung einer Weltregierung, um 'global government' oder um die 'Weltinnenpolitik' einer nichtexistenten 'Einen Welt', sondern eher um eine »Weltföderation mit einem notwendigen Minimum an Zentralstaatlichkeit«. Trotz der Betonung neuer, nichtstaatlicher Akteure und zwischenstaatlicher Kooperation bleibt der Nationalstaat also auch in einer Global Governance die letztlich maßgebliche Instanz. Die von den Autoren angestrebte Übertragung von Handlungskompetenzen von der nationalen Ebene auf lokale, regionale und globale Organisationen und die daraus folgende »geteilte Souveränität« wird aber nicht dazu führen, daß die Herrschaftsförmigkeit von Politik verringert oder gar aufgehoben wird. Sie wird nur in neue Formen und prozessurale Verfahrensregeln gegossen. Messner/Nuscheler erhoffen sich daß die Nationalstaaten an »Steuerungsfähigkeit« gewinnen und »wichtige Funktionen« besser wahrnehmen können: die des »Interdependenzmanagers«, der zwischen gesellschaftlichen Akteuren und Interessen vermittelt; die des »Moderators«, der »gesellschaftliche Such- und Lernprozesse initiiert, forciert und überwacht« (sic!); die des »Impulsgebers« und die der »gesellschaftlichen Integrationsinstanz«. Wie der Staat hier von Messner/Nuscheler als politisches Neutrum konstruiert wird, der angeblich zwischen den konfligierenden Interessen verschiedener gesellschaftlicher Akteure vermittelt, ist überwältigend, geht allerdings auf eine langjährige sozialdemokratische Tradition zurück. [2]

Neben Nationalstaaten, die ihre Handlungsfähigkeit zurückgewinnen sollen, gehören auch »starke Regionen und Kommunen« zu den Säulen der »Global Governance-Architektur«. Messner/Nuscheler stimmen eine Lobeshymne auf »föderale Organisationsstrukturen« an, wie sie z.B. in Deutschland über »gute Ausgangsbedingungen« verfügten. Doch gerade die Wirklichkeit kommunaler und föderaler Politik in diesem Lande zeigt, daß die von Messner/Nuscheler erhoffte »Mitwirkung der betroffenen Menschen« die Ausnahme bleibt und oligarchische Entscheidungsstrukturen dominant sind. Wie diese sich in einer zukünftigen Global Governance auflösen sollen, bleibt das Geheimnis der Autoren.

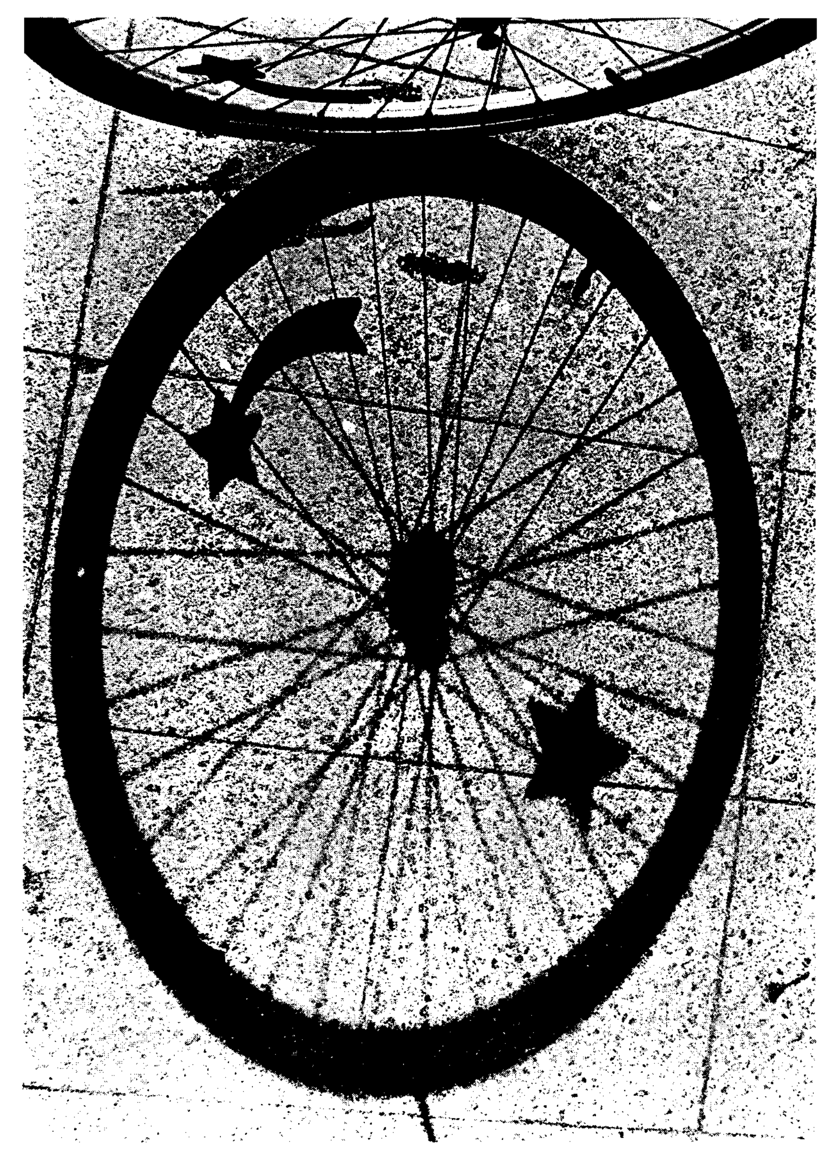
Ähnliches gilt für die supranationale, regionale Kooperation, eine weitere Säule der Global Governance. Messner/Nuscheler heben die EU vorbildhaft als »fortgeschrittenes Laboratorium für die Fähigkeit zu Global Governance« hervor, weil »nationale Engstirnigkeiten« durch »europäische Sichtweisen und ein wachsendes Gemeinschaftsbewußtsein ergänzt oder sogar überlagert« würden. Wie dies in der Praxis aussieht, beweist zum Beispiel die Flüchtlingspolitik der »Festung Europa« auf das deutlichste: Hier wird nationalstaatlich verfaßter Rassismus und Ausgrenzungswahn lediglich übertragen auf eine supranationale, europäische Ebene, die die »Lösung« des Flüchtlingsproblemes effizienter erledigt als die Einzelstaaten. Die euphemistische Einschätzung der EU ist den Autoren aber selbst unheimlich, so daß sie darauf hinweisen, daß die EU auch »alle Probleme von Global Governance« verdeutlicht: Bürokratisierung, Koordinationsprobleme, Dominanz von Hegemonen, Legitimations- und Demokratiedefizite sowie der Verlust von nationalen Identitäten und Eigenheiten. Wie diese (und andere nichterwähnte) Probleme und Widersprüche der Global Governance jedoch gelöst werden sollen, wollen Messner / Nuscheler nicht diskutieren. Sie beschränken sich auf die vage Forderung nach »politische(m) Reformwillen und intellektuelle(r) Kreativität«. Mit diesen Allgemeinplätzen diskreditieren Messner/Nuscheler ihr Global Governance-Konzept selbst.

Die Unausgegorenheit der Vorstellungen von Messner/Nuscheler setzt sich fort in ihren Äußerungen zur UNO, die ebenfalls eine wichtige Säule der Global Governance darstellen soll. Einerseits konstatieren sie die »Ohnmacht der VN bei der Bewältigung globaler Probleme«, andererseits heißt es, sie seien »das bedeutendste politische Forum der Weltgesellschaft«. Die beiden einzigen halbwegs konkreten Vorschläge hinsichtlich einer als notwendig erachteten UNO-Reform sind die Weiterentwicklung der UNEP in Richtung einer globalen Umweltbehörde »nach dem Vorbild von GATT/ WTO« sowie die Bildung einer zweiten Kammer in der UN-Vollversammlung, die aus Vertretern der »Gesellschaftswelt« zusammengesetzt sein soll. Dies dürfe aber nicht auf die »Oligarchisierung reicher und gutorganisierter NGOs hinauslaufen«. Genau das aber ist bei nahezu allen Weltkonferenzen und NGO-Treffen zu beobachten gewesen, die von Messner/Nuscheler als die »Keimzellen der 'internationalen Zivilgesellschaft'« angesehen werden.

Die Autoren vermeiden es zwar, ein allzu enthusiastisches Hohelied auf die Zivilgesellschaft anzustimmen, doch wird ihr eine weitere Hauptrolle bei der politischen Neugestaltung der Welt zugewiesen. Als »Korrekturinstanz« sollen die zivilgesellschaftlichen Akteure einen »produktiven Beitrag zur politischen Steuerung leisten« und dabei unter anderem auch »Kontroll- und Korrektivaufgaben« gegenüber staatlichen Steuerungsansprüchen wahrnehmen. Wer an dieser Stelle glaubt, die Zivilgesellschaft sei eine quasi oppositionelle Instanz nicht ausreichend repräsentierter gesellschaftlicher Gruppen, irrt. Denn Messner/Nuscheler zählen zur Zivilgesellschaft neben den 'klassischen' NGOs wie Umweltorganisationen auch Unternehmensverbände oder Gewerkschaften, also Akteure, die nicht nur im bundesdeutschen Korporatismus auch bislang schon ein wesentlicher Faktor sind. Wie vor dem Hintergrund der einschlägigen Erfahrungen mit korporativen Strukturen die Aussage getroffen wird, die »Überlagerung und Ergänzung von Aktivitäten von Parlamenten, staatlichen Institutionen und privaten Organisationen können zu deren wechselseitiger Demokratisierung beitragen«, ist ein weiteres Rätsel, das die Autoren aufgeben. Selbst die bürgerliche Politikwissenschaft beurteilt die derart entstehende Interessenverquickung sehr skeptisch, weil sie auf Filz und finanzstarkes Lobbying von Verbänden und anderen pressure groups hinausläuft. Es steht zu befürchten, daß eine Global Governance die ohnehin schon zu beobachtende Transnationalisierung korporativer Strukturen verstärkt, ohne daß es dabei zu ihrer Demokratisierung kommt. Messner/Nuscheler thematisieren dieses Problem jedoch nicht näher.

Wer kann sich die Fahrkarte leisten?

► Machen sich Messner/Nuscheler schon über die Rolle der Zivilgesellschaft auf nationalstaatlicher Ebene fatale Illusionen, so wird ihr Konzept noch nebulöser, wenn es um die »internationale Zivilgesellschaft« geht. Sie konkretisieren an keiner Stelle auch nur annähernd, wie marginalisierte Gruppen in einer Global Governance an Einfluß und Durchsetzungsmacht gewinnen können. Messner/Nuscheler sprechen zwar davon, daß die Machtstrukturen in der »Welt-Bürgergesellschaft« asymmetrisch sind. Aber



Netzwerk und Knotenpunkt Foto: R. Maro / version

allein die unreflektierte Verwendung dieses Begriffes verdeutlicht, daß sie die ungleiche Machtverteilung bürgerlicher Gesellschaften und die selektive Konstituierung ihrer Mitglieder nicht hinreichend wahrnehmen wollen. Selbst vor dem formalen Recht sind die rund 6 Mrd. Menschen als »Staats-« oder »Weltbürger« nicht gleichgestellt. Flüchtlinge, Staatenlose, Arbeitsmigranten, Angehörige ethnischer Minderheiten, in manchen Ländern sogar die Frauen bleiben von den Bürgerrechten ausgeschlossen. In der gesellschaftlichen Realität entscheidet ohnehin vor allem die Stellung im ökonomischen Produktionsprozeß über die Teilhabe an Herrschaft.

Marginalisierten Gruppen – insbesondere den breiten Unterschichten im Süden – fehlen sämtliche Voraussetzungen für die Teilhabe an Global Governance – wie der Zugang zu Telekommunikation, wirtschaftliche Sanktionsmacht, Bildung oder Sprachkenntnisse. Allein deshalb werden sie nicht an globalen Entscheidungsprozessen mitwirken können, gleich ob sie von ihnen betroffen sind oder nicht. Die beschworenen NGO-Netzwerke ändern daran herzlich wenig. Man führe sich nur einmal die NGO-Teilnehmerliste des Klimagipfels in Berlin im Jahr 1995 vor Augen: Dort nahmen 124 NGO-Mitglieder aus Europa teil, 36 aus den USA, 17 aus Afrika, 10 aus Südostasien und 5 aus Lateinamerika. Durch diese auf den meisten internationalen NGO-Treffen zu beobachtende Ungleichverteilung werden nicht nur die Interessen lokaler Gemeinschaften aus dem Süden, sondern ganzer Weltregionen marginalisiert. [3] Abgesehen davon ist der Einfluß der NGO-Netzwerke auf die Realpolitik ohnehin denkbar gering. Peter Wahl ist zuzustimmen, wenn er schreibt, daß »die medial vermittelte Spektakularität der Aktionen von NROs« nicht den Blick dafür verstellen darf, daß diese der »am meisten überschätzte politische Akteur der neunziger Jahre« sind. [4]

Messner/Nuschelers Vorschläge laufen darauf hinaus, daß die künftigen Entscheidungsträger in einer Global Governance sich aus jenen Klassen rekrutieren, die auch heute im Sattel sitzen: weltweit agierendes Kapital und politische Klassen vor allem aus dem Norden. Bestenfalls wird der Einfluß der Bildungseliten auf diese Klassen steigen. So ist in Bezug auf die von den Autoren verwendete Metapher »Einige Schienen in Richtung Global Governance sind bereits verlegt« zu fragen: Wer wird sich denn die Fahrkarte leisten können, um in den Zug einzusteigen? [5]

Bürgerlicher Utopismus

► Die Global Governance-Konzeption von Messner/Nuscheler liest sich wie das Programm eines bürgerlichen Utopismus und Idealismus. Es vermittelt die Hoffnung, daß die Weltprobleme gelöst werden können, wenn nur alle Akteure sich auf eine gemeinsame Weltethik und Gattungsinteressen besinnen und sich endlich zusammenraufen in kooperative, netzwerkartig organisierte Strukturen. Diese Vorstellungen haben große Ähnlichkeiten mit kommunitaristischen Vorstellungen, die lediglich auf die transnationale Ebene übertragen werden. Begriffe wie »Welt-Gemeinwohl«, »globale Verantwortungsethik« oder »Gemeinschaftsbewußtsein« deuten darauf hin. Messner/Nuscheler setzen sich damit dem gleichen Vorwurf aus, wie er zu Recht gegen die Kommunitaristen erhoben wird: Die Negierung oder Verharmlosung der bestehenden antagonistischen Interessen, Konflikte und Konkurrenzverhältnisse. Dies kommt schon in der Wortwahl von Messner/Nuscheler zum Ausdruck. Es ist kein Zufall, daß Begriffe wie 'Rassismus', 'Patriarchat', 'Klassen', 'Nord-Süd-Konflikt' oder 'Dritte Welt' von ihnen nicht verwendet werden. Ihre wenigen Hinweise darauf, daß es »mächtige Staaten« und »schwächere Mitglieder der Weltgesellschaft« gibt, lassen jegliches Bewußtsein für die Frage vermissen, warum die Verhältnisse so sind, wie sie sind.

Die ersatzweise von Messner/Nuscheler in die Debatte eingebrachte »Weltethik« – die »kulturelle Dimension von Global Governance« – ist hingegen ein weiterer problematischer Aspekt in ihrer Argumentation. Denn die Konstitutierung einer »Weltethik« bedeutet die uneingeschränkte Universalisierung von Werten und Normen. Die von Messner/Nuscheler implizit zugrundegelegte Universalität der Menschenrechte sowie die Notwendigkeit eines »wachsende(n) Fundament(es) an gemeinsamen Werten« sollen von mir nicht mit kulturrelativistischen Argumenten zurückgewiesen werden. Man sollte sich aber wenigstens darüber im klaren sein, daß die sich bisher abzeichnenden globalen Wertemuster inklusive der Vergötterung des Götzen 'Markt' ausnahmslos dem westlichen Fundus entstammen. Messner/Nuscheler erwähnen mit keiner Silbe die möglichen Gefahren der globalen Normierung von Werten, die leicht in totalitäre Denkformen umschlagen kann, wie sie in den negativen Utopien von George Orwell und anderen kritisiert wurde. Auch jenseits von Kulturrelativismus und Identitätspolitik läßt sich feststellen, daß es vielschichtige subkulturelle und dissidente Wertvorstellungen gibt, die



Weltordnungspolitik auf wackligen Beinen

Foto: R. Maro/version

eine »Weltethik« herausfordern, ja diese sogar überflüssig machen.

Spätestens an dieser Stelle werden sich die LeserInnen fragen, was es bringt, ein Konzept schlecht zu machen, das trotz aller Mängel wenigstens versucht, Reformstrategien zur politischen Bewältigung der Globalisierungskrisen zu entwerfen. Doch technokratische Netzwerkgesellschaften, erhöhte Steuerungsfähigkeit, oligarchische Runde Tische, Welt-Bürgergesellschaft, globalisierungskompatibel getrimmte Nationalstaaten und ähnliches sind nichts, worauf eine emanzipatorische Perspektive aufbauen könnte. Ihr kann es nicht um die Neugestaltung von Staatlichkeit und politischer Regulation gehen, sondern um deren Überwindung.

Anmerkungen

1 Dirk Messner / Franz Nuscheler, Global Governance, Herausforderungen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, in: Senghaas, Dieter (Hrsg.) 1997, Frieden machen, Frankfurt a.M., S. 337-361.

2 Angesichts der normativ aufgeladenen Überhöhung des Staates verwundert es nicht, daß Messner/Nuscheler unbekümmert fordern, das vereinigte Deutschland solle als einer der wichtigsten 'Global Player' »fühlbare Beiträge zur internationalen Strukturbildung leisten« und Abschied von einer »ausschließlich nationalen Macht- und Interessenpolitik« nehmen. Hier wird ermuntert, was keiner Ermunterung mehr bedarf: Die Steigerung des deutschen Einflusses in der Weltpolitik.

3 vgl. Achim Brunnengräber, 'Global Governance' oder die Notwendigkeit eines neuen Globalkonzeptes – diskutiert am Beispiel der internationalen Klimapolitik, S. 281, in: Altvater, E. u.a. (Hrsg.), Vernetzt und verstrickt, Nicht-Regierungs-Organisationen als gesellschaftliche Produktivkraft, Münster 1997, S. 257-292.

4 Peter Wahl, Mythos und Realität internationaler Zivilgesellschaft. Zu den Perspektiven globaler Vernetzung von Nicht-Regierungs-Organisationen, S. 293, in: Altvater u.a. 1997, a.a.O., S. 293-315

4 Genaugenommen müßte es nicht »Schienen« und »Fahrkarte« heißen, sondern »Startbahnen« und »Flugticket«. Denn die 'internationale Zivilgesellschaft' mit ihrem Konferenztourismus ist ein Jet-Set-Zirkus, keine Bahnreisegesellschaft.

▶ **Christian Stock** ist Mitarbeiter des **iz3w**.

Die Kommission für Global Governance

▶ Die von Willy Brandt initiierte »Commission on Global Governance« veröffentlichte 1994 unter dem Titel »Our Global Neighbourhood« einen Bericht, der eine »Vision« für eine Weltordnung am Übergang ins 21. Jahrhundert unter den Zeichen der Globalisierung von ökonomischen, ökologischen, kulturellen und politischen Zusammenhängen entwerfen sollte.

Die neue Weltordnung soll auf einer Verzahnung von lokalen, regionalen und globalen Entscheidungsebenen beruhen, in die neben Staaten und internationalen Organisationen auch Akteure der »Zivilgesellschaft« eingebunden werden. Zwischen dem Prinzip der Souveränität der Nationalstaaten auf der einen und den Menschenrechten der Bevölkerung auf der anderen Seite müsse bei der Weiterentwicklung des Völkerrechts ein Kompromiß gefunden werden. In der Sicherheitspolitik befürwortet die Kommission präzisere Kriterien in der UN-Charta für humanitäre Interventionen, die Aufstellung einer UN-Schutztruppe und eine präventive zivile Friedenspolitik. Eine nachhaltige Welthandelsordnung müßte durch eine Weltsozialordnung, durch umfassende Entschuldung und den Abbau von für den Süden nachteiligen Zollschranken ergänzt werden. Globale Rechtsstaatlichkeit soll durch die Stärkung des UN-Menschenrechtsbeauftragten sowie die Einrichtung eines permanenten, rechtlich bindenden Internationalen Gerichtshofes und Strafgerichtshofes gestärkt werden.

Detaillierte Reformvorschläge für die UNO beinhalten unter anderem die Erweiterung des Sicherheitsrates sowie die Übertragung der »Treuhandschaft« über die »globalen Gemeingüter«, wie z.B. den Weltraum, die Atmosphäre und die Weltmeere, an den Treuhandrat, in dem auch NGOs vertreten sein sollen. Für 1998 soll eine UN-Konferenz über Weltordnungspolitik einberufen werden.

Zwar haben die Vorschläge der Kommission durch ihre illustre Besetzung einen gewissen Einfluß auf die internationale Debatte. Jedoch stellen sie im wesentlichen eine Zusammenfassung der sozialdemokratischen oder demokratisch-liberalen Debatte um eine neue Weltordnung dar. Deshalb enthält die »Vision« keine radikal neuen Denkansätze. Angesichts der real existierenden internationalen Machtverhältnisse ist bereits das Hoffen auf die Umsetzung der propagierten Reformen fast utopisch.

▶ *In Deutschland wurde der Kommissionsbericht 1995 von der Stiftung für Entwicklung und Frieden unter dem Titel »Nachbarn in Einer Welt« und eine Kurzfassung vom Institut für Entwicklung und Frieden herausgegeben. Im Internet ist der Bericht unter www.cgg.ch abrufbar.* **Dieter Reinhardt**

Posemuckel goes global

Mit Global Governance auf gute Nachbarschaft?

von **Ulrich Brand**

Bei Global Governance scheint es sich um ein ähnliches Schwammwort wie bei dem auf der Weltumweltkonferenz in Rio geprägten Begriff der »nachhaltigen Entwicklung« zu handeln. Dennoch: Steht »nachhaltige Entwicklung« für die durchaus reale Notwendigkeit einer anderen globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik, so zeigt die Debatte um Global Governance, daß sich die Bedingungen, die Reichweite und die Akteure von Politik verschoben haben.

► In der sozialwissenschaftlichen Debatte um Global Governance ist der von James N. Rosenau und Ernst-Otto Czempiel 1992 herausgegebene Sammelband *Governance without Government. Order and Change in World Politics* ein wichtiger Ausgangspunkt. Eines macht der Band sehr deutlich: Es gibt keinen einheitlichen Begriff von Governance. Konsens ist, daß Governance sowohl staatliche Institutionen wie auch informelle und nicht-staatliche Politiken und Akteure einschließt. Dabei geht es weniger um fest geregelte Prozesse als um mehrheitlich oder zumindest von den Mächtigen akzeptierte Vorgehensweisen. Dieser informelle Charakter bedeutet auch, daß Governance nur funktioniert, wenn die beteiligten Akteure in der Kooperation einen gewissen »Sinn« erkennen. Während also *Government* auf formale Autorität zurückgreifen kann bzw. muß, hängt *Governance* von gemeinsamen Zielen ab.

In der bundesdeutschen sozialwissenschaftlichen und politiknahen Diskussion geben vor allem Dirk Messner und Franz Nuscheler den Ton an. Sie knüpfen an den wesentlichen, unten dargestellten Ergebnissen der Global Governance-Kommission (siehe auch Kasten auf S. 22) an und sehen »Handlungsdefizite« in der Staatenwelt. Global Governance biete einige Ansatzmöglichkeiten zum Problem der Regierbarkeit (vgl. auch den Beitrag von Christian Stock in diesem Heft). Für Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf steht das Auftreten neuer Akteure der »zivilen Gesellschaft« im Mittelpunkt. Governance als globales Netzwerk von Akteuren, die jeweils den Problemen angemessene Politikformen entwickeln, trage der größeren gegenseitigen Abhängigkeit einerseits und der größeren Heterogenität der betroffenen Menschen und Gesellschaften andererseits Rechnung.[1]

Politisch in Fahrt kam die Debatte um Global Governance mit der Publikation der Diskussionsergebnisse der *Commission on Global Governance*, die davon ausgeht, daß das »mit der Charta der Vereinten Nationen geschaffene internationale System der Erneuerung bedarf«. Governance wird prozeßhaft als »die Gesamtheit der zahlreichen Wege, auf denen Individuen sowie öffentliche und private Institutionen ihre gemeinsamen Angelegenheiten regeln (...) und kontroverse Interessen ausgleichen« definiert, wobei sowohl formelle Institutionen und mit Durchsetzungsmacht versehene Herrschaftssysteme als auch informelle Regelungen umfaßt werden.

Staaten und deren Regierungen blieben zwar die wichtigsten öffentlichen Institutionen »zur Behandlung von Fragen, die die Weltgemeinschaft als Ganzes betreffen«, aber es gebe kein ordnungspolitisches Modell etwa in Form einer Weltregierung oder eines Weltföderalismus. Vielmehr handle es sich um »einen dynamischen und komplexen Prozeß interaktiver Entscheidungsfindung, der sich ständig weiterentwickelt.« In der Stärke der Zivilgesellschaft zeige sich »die gewachsene Macht und Fähigkeit der Menschen, ihr Leben zu gestalten und ihre Rechte einzufordern«. Die Idee eines »globalen Ethos der Bürger« wird entwickelt, »nach dem sich das Handeln in der einen Welt richten soll«. Schließlich wird der Begriff des Netzwerks als globaler Aktionsrahmen eingeführt. Politische Maßnahmen auf jeweils geeigneten Ebenen müßten auf einem »klaren Bekenntnis zu den in der Zivilgesellschaft verwurzelten Prinzipien der Gerechtigkeit und Demokratie beruhen.«



Geringe Tiefenschärfe

► Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Global Governance stellt den Versuch dar, reale politische Prozesse, die sich schon seit einiger Zeit vollziehen, begrifflich zu verdichten. In einem Atemzug mit dieser Zeitdiagnostik wird aber gleichzeitig ein neues Leitbild skizziert, die beschreibende mit der normativen Ebene vermischt. Bei solchen Vorstellungen zu einer »neuen Weltordnung« ist es zum einen wichtig, zu untersuchen, wer den Begriff mit welchen Absichten in die Diskussion bringt. Zum anderen sind die angesprochenen Probleme ernst zu nehmen. Über reine Kritik hinaus geht es um eine politische Einschätzung der Diskussion.

Die Protagonisten der Debatte um Global Governance bleiben bei der Suche nach den Gründen der Veränderungen seltsam ahistorisch. Probleme werden lediglich benannt – wie es dazu kam und welchen Anteil jene haben, die sie nun mit Global Governance lösen wollen, bleibt verschwiegen. Kein Wunder, denn in der Kommission haben ja ranghohe PolitikerInnen aus aller Welt gesessen. Dementsprechend wird die neoliberale Globalisierung und der Zwang zur Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit auch nicht in Frage gestellt. Vielmehr handelt es sich um den Versuch einer Re-Stabilisierung der durch den Neoliberalismus destabilisierten Verhältnisse.

In Hinblick auf »Regierbarkeit« werden Veränderungen hin zu horizontalen Politikmodellen identifiziert. Die TeilhaberInnen an diesen Prozessen organisieren demzufolge ihren Austausch nicht mehr über den Staat, sondern in Kooperation mit diesem (wobei Staat früher als neutrales Steuerungsinstrument und heute als neutraler Akteur verstanden wird und nicht als Herrschaftsverhältnis). So wird in diversen Schaubildern dann auch suggeriert, daß im Zentrum Global Governance stehe und sich darum herum in gleichen Teilen Nationalstaaten, UN-Organisationen, Unternehmen, Zivilgesellschaft, lokale Politik, internationale Regime und anderes gruppierten. Dabei wird die völlig unterschiedliche Verteilung an finanziellen und politischen Machtressourcen und die Herrschaftsförmigkeit der internationalen Politik und politischen Ökonomie systematisch ausgeblendet.[2]

Ebenso schwammig bleibt die Konstruktion einer »internationalen Zivilgesellschaft«. Auffallend ist der damit verbundene emphatische Demokratiebegriff. Partizipation, Zivilgesellschaft und Demokratie werden jedoch rein technokratisch und funktionalistisch danach bewertet, inwieweit sie zur Wettbewerbsfähigkeit und Ressourcenmobilisierung beitragen. Wenn behauptet wird, daß die Fähigkeit der Menschen zur Gestaltung ihrer eigenen Lebensverhältnisse zugenommen hätte, trifft das vielleicht auf die Eliten oder eine metropolitane Mittelklasse zu, aber kaum auf die breite Mehrheit der Bevölkerung. Hiermit wird das Problem der demokratischen Regelung gesellschaftlicher Prozesse und politischer Verfahren in einer globalisierten Welt deutlich.«Zivilgesellschaft – ja

bitte!« – so könnte ein Motto der Global Governance-Debatte lauten. Allerdings als ein zu den bestehenden Machtverhältnissen komplementäres und nicht als grundlegend kritisches Potential.

Zu hinterfragen ist auch der enge Bezug von Global Governance auf »Ordnung«. Das neoliberale Draufhauen auf soziale Errungenschaften, die Deregulierung der Kontrollen für Kapital, die immer mehr Menschen erfassende Arbeitslosigkeit und der parallel stattfindende Abbau von sozialen Sicherungssystemen – das alles hat für die davon betroffenen Menschen relativ wenig mit »Ordnung« zu tun. Zudem muß in neoliberalen Zeiten gefragt werden, wer es denn überhaupt nötig hat, zu »kooperieren« und auf welche Art und Weise. Etwa das von Standorten umworbene Kapital, das die Investitionsbedingungen festlegt? Können indische KleinbäuerInnen oder das für Investitionen »unattraktive« Städtchen Posemuckel überhaupt genügend Verhandlungsmacht aufbringen, um als Kooperationspartner ernst genommen zu werden?

Schließlich nehmen die DiskussionsteilnehmerInnen für sich in Anspruch, »Menschheitsinteressen« zu vertreten. Schon im Begriff des Bürgers deutet sich an, daß es Klassen-, Geschlechter- oder andere Ungleichheitsverhältnisse nicht mehr gibt. Der Krisenbegriff bleibt daher sehr unscharf. Mal scheint die Menschheit in der Krise, mal das Zivilisationsmodell. Bei genauerem Hinsehen geht es aber um die Krise der bestehenden Herrschaftsverhältnisse, um ihre Legitimität und Funktionalität im Sinne bestimmter Interessen. Hinter dem Wunsch nach »Ordnung« steht vor allem die Angst der Eliten, daß gesellschaftliche Entwicklungen nicht mehr innerhalb bestehender Herrschaftsstrukturen gesteuert werden können. Das Grundrezept lautet »kooperative Problemlösung«. Darin klingt jedoch die Annahme an, Probleme innerhalb bestehender Strukturen und Interessenlagen »managen« zu können.

Rosa Governance-Brille

▶ Trotz dieser kritischen Aspekte kann die beginnende Debatte um Global Governance nicht nur ideologiekritisch abgestempelt werden. Ein zeitgemäßes emanzipatorisches Verständnis von Internationalismus muß sich mit den dahinter stehenden Problemen auseinandersetzen. Bemerkenswert ist zudem, daß die Debatte um Global Governance vor allem im politisch linksliberalen Spektrum geführt wird. Dort wird den mit dem neoliberalen Projekt entstandenen Problemen zunehmend nicht mehr nur die alte »fordistische« Ordnung entgegengehalten, sondern auch nach neuen Politikformen gesucht. Daß dabei in der Regel die neoliberalen »Sachzwänge« der Effizienz und Wettbewerbsorientierung als unumstößlich angenommen werden, ist das größte Problem hinsichtlich der augenblicklichen »Definitionsverhältnisse«.

Im Mittelpunkt einer Auseinandersetzung mit dem Global Governance-Konzept sollte die Analyse und Kritik sich restrukturierender Herrschaftsverhältnisse und die Suche nach alternativen Formen stehen. In dieser Hinsicht sind die meisten Beiträge zu Global Governance wenig hilfreich, vermitteln sie doch den Eindruck, daß die Verhältnisse so sind, wie sie sein sollten. Durch die Governance-Brille scheint alles etwas rosiger, und die paar Korrekturen werden die aufgeklärten Eliten auch noch in den Griff bekommen. Beim Kampf um mehr Demokratie und Gerechtigkeit ist aber genau von dieser Seite wenig zu erwarten. Die Gestaltung der weltweiten Verhältnisse weiterhin den TechnokratInnen in Unternehmen, Staat, Universitäten und anderswo zu überlassen, heißt, die »Logik« der Konkurrenz zwischen Kapitalen und zwischen Standorten nicht in Frage zu stellen, sondern ihr allenfalls reibungslosere politische und legitimatorische Mechanismen zur Verfügung zu stellen. Global Governance eben.

Anmerkungen

1 Im Gegensatz zu den meisten anderen Beiträgen vermeiden Altvater/Mahnkopf eine zu euphorische Verwendung des Governance-Begriffs und sind daher von der unten formulierten Kritik an der Global Governance-Diskussion auch weitgehend auszunehmen.

2 Gerade die dürftigen Ergebnisse der diversen Weltkonferenzen wie auch der schnelle Bedeutungsgewinn der Welthandelsorganisation haben gezeigt, wie hochvermachtet und intransparent internationale Politik und »ökonomischen« Prozesse sind (vgl. auch den Beitrag von Klaus Wardenbach in diesem Heft).

Literatur

Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit, Grenzen der Globalisierung, Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, Münster 1996, 15. Kapitel

Messner, Dirk/Nuscheler, Franz, Global Governance. Herausforderungen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, in: Dieter Senghaas, Frieden machen, Frankfurt/M. 1997, S. 337ff.

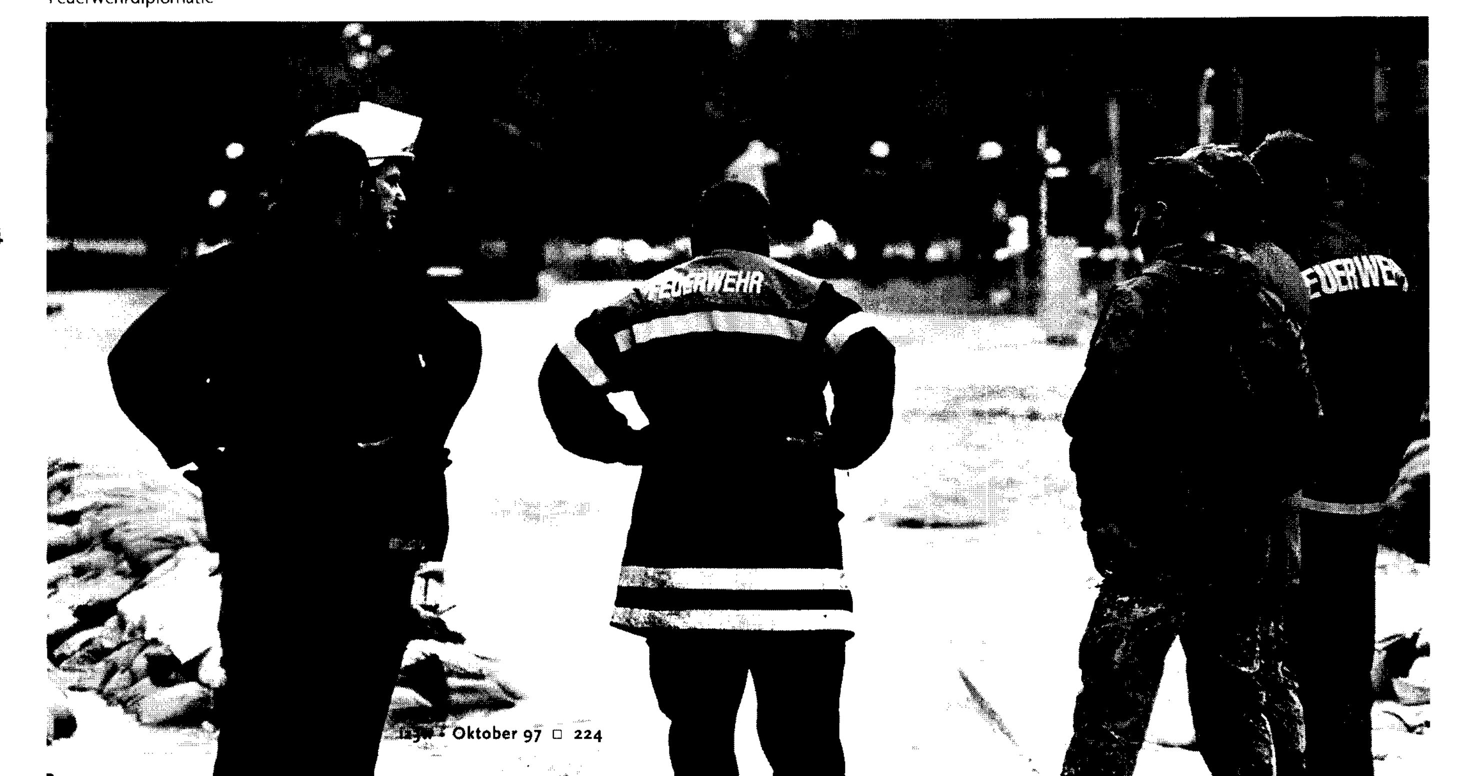
Rosenau James N./Czempiel, Ernst-Otto (eds.), Governance without government: order and change in world politics, Cambridge 1992

The Commission on Global Governance, Nachbarn in Einer Welt, Bonn 1995

▶ **Ulrich Brand** arbeitet an der Uni Frankfurt zum Thema Nichtregierungsorganisationen und globale Umweltpolitik und ist in der internationalistischen Gruppe Penumbra aktiv.

Feuerwehrdiplomatie

Foto: S. Orge/version



The good, the bad and the global

Staaten und NGOs: Gemeinsam zur Global Governance?

von **Anja Ruf**

Nichtregierungsorganisationen wollen mehr Gewicht und Einfluß in der UNO und anderen globalen Organisationen. Über die nötigen Veränderungen und ihr Verhältnis zum Staat denken Frauen-NROs des Südens jedoch anders als Befürworter von Global Governance-Konzepten aus dem Norden.

▶ »Internationale Beziehungen« sind längst nicht mehr nur die Beziehungen zwischen einzelnen Nationalstaaten. Unter dem Stichwort »Global Governance« – nicht ganz treffend als »Weltordnungs-« oder »Weltinnenpolitik« übersetzt – wird seit Anfang der 90er Jahre ein Konzept diskutiert, das nichtstaatliche Organisationen einbezieht. Grundlage der Reflexion über globale Probleme und Lösungen ist der 1995 vorgelegte Bericht der Commission on Global Governance mit dem Titel »Our Global Neighbourhood«. 22 der 28 Kommissionsmitglieder waren Männer, meist aus hohen politischen Ämtern. Wangari Maathai, Begründerin des Green Belt Movement Kenias, war einzige Vertreterin der NROs. Dennoch: Die Ergebnisse dieser Zusammenarbeit sind vom Leitgedanken globaler Nachbarschaft getragen. Governance wird dabei definiert als »kontinuierlicher Prozeß, durch den kontroverse oder unterschiedliche Interessen ausgeglichen und kooperatives Handeln initiiert werden kann«.

Nicht jeder Global Governance-Vertreter versteht darunter dasselbe: Frauen des Südens gelangen in der Auseinandersetzung mit der globalen Wirklichkeit zu anderen Resultaten als Männer des Nordens. Als Beleg für diese These möchte ich einerseits DAWN[1] (Development Alternatives with Women for a New Era), das bekannteste Netzwerk von Frauen des Südens, andererseits die Global Governance-Entwürfe von Franz Nuscheler und Dirk Messner[2] herausgreifen. Wesentliche Unterschiede der jeweiligen Entwürfe sind zum einen in der vorgesehenen Rolle des Staates und zum anderen in der Bedeutung dynamischer Veränderungsprozesse und den Veränderungen selbst erkennbar.

Staat und Global Governance

▶ Franz Nuscheler und Dirk Messner begeben sich auf die Suche nach den »Organisationselementen und Säulen einer Weltordnungspolitik« (so der Titel ihres zentralen Aufsatzes). Das Bild der Säulen erinnert an Karthago, Rom oder Athen. Im heutigen Zeitalter von Datenautobahnen und virtuellen Realitäten, von nicht-stofflichen Finanztransaktionen rund um den Globus, von krisenhaften Erosionen und Zerfallserscheinungen, aber auch von neuartigen hochkomplexen Verknüpfungen, verliert es seinen Sinn. Global Governance als säulengestützte Weltordnungspolitik – klingt darin nicht eine anachronistische Sehnsucht nach Ordnung und Statik an? Von der spricht auch das Bild einer soliden, trag- und funktionsfähigen Global Governance-Architektur, das Messner/Nuscheler ebenfalls verwenden.

Architektur mit Säulen – das waren Tempel, Kaiserpaläste, Finanzpaläste, Wahrzeichen von Herrschaft. Der Bericht der Commission on Global Governance bemühte sich – wenngleich der UN eine besonders bedeutsame Rolle zugeschrieben wurde – noch um ein gleichberechtigtes Neben- und Miteinander aller Akteure. In der deutschen Diskussion jedoch tritt der Staat in den Mittelpunkt: Als Organisationskern von Global Governance wird der Nationalstaat angesehen. Die NROs hingegen werden als Keimzellen der Zivilgesellschaft betrachtet, die in diesem Modell lediglich als Korrekturinstanz zur Staatenwelt gedacht wird.

Funktionsfähige Staaten?

▶ DAWN fordert von Staaten wie von internationalen Organisationen Transparenz, Rechenschaftspflichtigkeit und Good Governance ein. Mit diesem Vokabular scheint das Süd-Netzwerk von dem Global Governance-Konzept nicht weit entfernt. Wie aber sieht das konkrete Verhältnis zum Staat aus?

DAWN hält es für wichtig, wer Governance wie und mit welchem Interesse definiert. Die Organisation von Frauen aus Afrika, Asien und Lateinamerika klagt die Bretton Woods-Institutionen IWF und Weltbank dafür an, daß sie den Staaten des Südens die Kürzung von Staatsausgaben sowie die Öffnung der Ökonomien für den Fluß privaten Kapitals vorgeschrieben haben. Dies habe zu Schwächung und Zusammenbruch der Staaten beigetragen. DAWN zielt demgegenüber mit ihrer Kritik auf funktionsfähige, lebensfähige, demokratische Staaten, die in der Lage sind, ihre vitalen Aufgaben wahrzunehmen und eine verantwortliche Politik im Interesse der armen Bürger und ihrer Grundbedürfnisse zu machen. Denn auch wenn die NROs vielfältige Aufgaben wahrnehmen können, so können und wollen sie doch den Staat nicht in allen Bereichen ersetzen.

In Ländern wie etwa Nigeria geht es – so Bene Madunagu von DAWN – darum, daß der Staat überhaupt funktioniert, d.h. daß z.B. die Lehrer bezahlt werden und die Schulen geöffnet sind. Anderswo müssen die Strukturen der politischen Macht beeinflußt werden. Srilatha Batliwala, eine indische DAWN-Frau, vertritt eine Strategie des Eintritts in politische Strukturen – einschließlich politischer Parteien, Gewerkschaften und der Institutionen von Governance. Als Beispiel führt sie ein Experiment in Karnataka an. Dort wurden für die Institutionen der Dorfdemokratie (Panchayat Raj) Quoten eingeführt – sowohl »Scheduled Caste«- und »Scheduled Tribe«-Quoten als auch Frauenquoten. Spezielle Frauengruppen – die »Sanghas« – qualifizieren Frauen für die Arbeit in den Panchayat-Körperschaften. Die dezentralisierten Modelle der Dorfdemokratie stehen der Erosion unabhängiger politischer Strukturen durch die neue globale und nationale Wirtschaftsordnung entgegen.

Mit dieser beschäftigt sich DAWN kritisch, und entwickelt dabei Staatsvorstellungen, die auf den ersten Blick Übereinstimmungen mit denjenigen aufweisen, wie sie im hiesigen Global Governance-Konzept stecken. Denn Global Governance basiert auf der Idee von »starken« Staaten. »Stark« ist dabei nicht im Sinne der Verstärkung autoritärer Tendenzen gemeint – gemeint sind Staaten, die in der Lage sind, nach innen destruktive Wirkungen globaler Verhältnisse auf die nationalen Gesellschaften abzuwehren, und nach außen Problemlösungskapazitäten zu entwickeln. Dennoch unterscheiden sich Ausgangspunkt und Zielsetzungen. DAWNs Überlegungen und Aktivitäten zielen darauf ab, Rahmenbedingungen für alternative Entwicklung zu schaffen – lokal, national und global. Der kapitalistischen Marktwirtschaft wird aus der Sicht von Frauen des Südens eine Vision menschen- und frauengerechter Entwicklung entgegengestellt. Eine sozial gerechte Weltwirtschaft, wie sie die Süd-Frauen fordern, würde also das Ende der staatlichen Macht des Nordens bedeuten – mindestens der auf Ausbeutung und einer dominanten



Ein praktisches Verhältnis zum Staat? Hannan Ashrawi und palästinensiche NRO-Aktivistinnen Foto: R. Maro/version

Rolle im globalen Wirtschaftssystem beruhenden Macht. Würde Global Governance tatsächlich auf den Typus von »Stärke« im Sinne von Problemlösungskompetenz und sozialer Verantwortung abzielen, so müßte zugleich die Idee der Nationalstaaten als entscheidende Säulen einer Global Governance-Architektur aufgegeben werden. DAWN hat in Beijing ein Schaubild globalen Wandels vorgelegt. Ähnlich wie das hiesige Global Governance-Modell enthält es Handlungsebenen: Markt, Staat, Zivilgesellschaft, die ihrerseits in die Mikro-, Meso- und Makroebene untergliedert sind. Die Nationalstaaten stehen im DAWN-Modell zwischen dem (Welt-)markt und der internationalen Bewegung. Die Zivilgesellschaft ist in diesem Modell kein den Nationalstaaten untergeordneter Faktor, sondern Hauptakteurin der Transformation. Nicht von »Global Governance« sprechen Frauen des Südens also, sondern von »Transformation«: bei der Weltfrauenkonferenz einer der meistgehörten Begriffe. Doch worin liegen die Unterschiede?

Transformation statt Global Governance

► Hierzulande verschiebt sich der Prozeßcharakter von Global Governance unmerklich, aber dennoch deutlich in Richtung auf einen Projektcharakter. Mit solch schwer faßbaren, vagen, flüchtigen Dingen wie einer sich ständig weiterentwickelnden Entscheidungsfindung läßt sich bei uns wohl schlecht Politik machen. Es dominiert das Bedürfnis nach dem Greifbaren, Handhabbaren – dem Projekt eben. Franz Nuscheler und Dirk Messner entwerfen Global Governance als ein »Projekt« und gelangen so fast zwangsläufig zum Staat als Träger und Säule dieses Projektes. Global Governance zielt nicht darauf ab, Herrschaft abzuschaffen. Es bedeutet vielmehr die »Neudefinition von Souveränität, die – verstanden als selbstbestimmte Herrschaftsgewalt nach innen und außen – durch die Globalisierung unterminiert wird« (Messner/Nuscheler). Das eigentlich Neue am Projekt von Global Governance sei die »Akzeptanz geteilter Souveränitäten durch Übertragung von Handlungskompetenzen auf lokale und globale Organisationen zur Lösung von Problemen, die Nationalstaaten nicht mehr im Alleingang lösen können.« Daß sie zwar als Problemlöser einbezogen werden, die Souveränitäten bislang aber keineswegs geteilt sind, ist in den letzten Jahren die Erfahrung vieler NROs.

Die Idee einer Transformation geht mit diesem Ungleichgewicht ganz anders um: Transformiert werden sollen nicht nur die Institutionen, sondern auch und vor allem die ihnen zugrundeliegenden wirtschaftlichen und politischen Prozesse. Gehen wir noch einmal zurück nach Indien, zum Empowerment von Frauen in politischen Strukturen: Auch hier ist Transformation ein entscheidender Begriff. Srilatha Batliwala analysiert die Erfahrung von Karnataka in Hinblick darauf, wie die untergeordnete Position von Frauen nachhaltig geändert werden kann. Die Lösung bestehe nicht einfach darin, in korrupten, unkontrollierbaren politischen Institutionen repräsentiert zu sein – »das Wesen der Politik und die Art und Weise, wie politische Macht ausgeübt wird, muß transformiert werden«. Sie propagiert den Einzug einer »kritischen Masse« von Frauen in die Politik: Nur durch eine ausreichend hohe Anzahl von Frauen mit radikalem, feministischem Bewußtsein sei die Kultur und Funktionsweise politischer Institutionen wirklich zu beeinflussen. Zugleich müsse eine strategische Verbindung zwischen der Frauenbewegung und Frauen in der Politik geschaffen werden. Als verändernde Kraft sehen die NROs selbstbewußt sich selber an. Dabei wird immer wieder auf die Bedeutung einer globalen Bewegung Bezug genommen. »Nach Beijing sollte es keinen Zweifel daran geben, daß eine starke globale Frauenbewegung existiert, die sich aus vielen Bewegungen in allen Teilen der Welt zusammensetzt. Es sollte außerdem kein Zweifel daran bestehen, daß alle Fragen Frauenfragen sind.« Das schreibt Susan Davis von WEDO, einer internationalen Frauenorganisation mit Sitz im Norden (in New York), jedoch mit einem internationalen, mehrheitlich aus Frauen des Südens bestehenden Team. WEDO organisierte in den letzten Jahren den Frauen-Caucus bei den Weltkonferenzen. Ziel der Arbeit von WEDO: die Verknüpfung der Frauenbewegungen untereinander und mit den verschiedenen Sektoren der Zivilgesellschaft. Und das gemeinsame Politikmachen mit anderen länder- und kontinentübergreifenden Netzwerken – auf dem Level internationaler Politik.

Netze im Fluß

► Das Verhältnis zum Staat ist hier also einerseits ein ganz praktisches (oder auch pragmatisches) – das der »advocacy« für die eigenen Ziele. Zum anderen ist es aber auch ein visionäres, das die eigentliche Souveränität nicht beim Staat, sondern beim Volk sieht, dem der Staat dienen soll. Der »Organisationskern« globaler Veränderung in Richtung tragfähiger Verhältnisse ist in dieser Sichtweise nicht der Nationalstaat, sondern eine sich verbreiternde, vielfältiger werdende Frauenbewegung. Verknüpft durch Netzwerkstrukturen, reflektiert sie ihre Erfahrungen auf den unterschiedlichen Ebenen (lokal,

national, regional, überregional) und setzt sie in koordiniertes politisches Handeln um. Die Ergebnisse dieses Handelns werden dann wiederum in den verschiedenen Netzwerkebenen vermittelt, diskutiert, weitergetragen. Der Schwerpunkt der NRO-Netzwerke liegt auf der eigenständigen politischen Organisierung entlang alternativer Ansätze und Visionen; Gestaltungsmacht jedoch erwächst aus der Einflußnahme auf die herrschende Realität.

Der theoretische und praktische Ausgangspunkt von Reflexion und Handeln sind die Erfahrungen der armen Frauen des Südens, die Lebensbedingungen der »grassroots«, mit denen und in deren Interesse Politik gemacht wird. Auch wenn dieses Modell im tatsächlichen Leben sicher nicht widerspruchsfrei ist und immer die Gefahr besteht, daß einzelne NROs sich von der Basis loslösen und zu Elite-NROs entwickeln: Die globale Bewegung ermöglicht es, das Spannungsfeld zwischen dem Utopischen und dem Realpolitischen aufrechtzuerhalten und beide Pole sinnvoll zu integrieren – in Allianzen für den globalen Wandel.

Statt der Zentrierung auf den Staat wie im Global Governance-Konzept also dessen Herausforderung im Rahmen alternativer Entwicklungsvisionen. Politikverständnis und Praxis der Frauen-NROs stellen damit auch eine Herausforderung dar für die hiesigen Debatten. Das Politikverständnis der Frauenorganisationen ist ein dynamisches; wesentliches Element des Wandels ist die sich entwickelnde Bewegung, die sich nicht künstlich in ein Konzept, ein Projekt, eine Ordnung pressen läßt. Bewegung ist das Gegenteil von Stillstand und Statik. Während im von Männern geführten Diskurs nach Konzepten und festumrissenen Modellen gesucht wird, stellen Frauen des Südens Prozesse in den Vordergrund. Sonia Corrêa von DAWN, kürzlich in einem Interview: »Wir haben nicht 'das Modell', um die Entwicklungsherausforderungen, die vor uns liegen, zu lösen. Wir sprechen von Prozessen, und wir haben Prinzipien und Strategien. Die Idee der sozialen Gerechtigkeit und der Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern ist fundamental, als Leitidee unserer Bemühungen um Zukunft.«

Anmerkungen:

1 DAWN: Markers on the Way: The DAWN Debates on Alternative Development. Platform for the Fourth World Conference on Women, Beijing, September 1995

2 Nuscheler, Franz und Dirk Messner (Hrsg): Weltkonferenzen und Weltberichte. Ein Wegweiser durch die internationale Diskussion. Verlag J.H.W. Dietz, Bonn 1996.

▶ **Anja Ruf** ist Journalistin und lebt in Frankfurt. Teile dieses Beitrags gehen auf ihren Artikel in *epd-Entwicklungspolitik 23/24/1996* zurück.

Cross-border und Cross-cultural

Internationale Frauen-Netzwerke

von **Anja Ruf**

▶ Die Prozesse des Austauschs, der Verbindung, der Vernetzung, der Koordination und der gemeinschaftlichen politischen Intervention haben zwei Wirkungsrichtungen: die »cross-border«- und die »cross-cultural«-Organisierung. Die Notwendigkeit, in der sich globalisierenden Welt politische Wirkung zu erzielen, war Motor für eine Vernetzung über internationale Grenzen hinweg, entlang gemeinsamer Problemstellungen und Zielsetzungen. Ein historisch neuartiges Wechselverhältnis bildete sich heraus: Lokal und national gemachte Erfahrungen wurden international reflektiert, aus den internationalen Debatten entstand ein neuer Referenzrahmen für Denken und Handeln, und es wurde versucht, aus der sich internationalisierenden Perspektive heraus auf nationale Politik einzuwirken. Dabei spielen große Allianzen eine tragende Rolle; in die Gesamtheit der Vernetzungsprozesse gehören aber genauso kleinere oder unbekanntere Gruppen. So haben z.B. schwarze Frauen in den USA, Europa und in Ländern des Südens eine Dachorganisation, unter der sich Netzwerke und Projekte verschiedenster Art zusammenfinden – zu Geschichte, Kultur, Menschenrechten, Gesundheit, politischer »Leadership«, aber auch Trainingsprojekte für Flüchtlings- und Einwandererfrauen.

Denken in Netzwerken kann auf zentrale Säulen verzichten

Die Organisierung in die Tiefe der Kulturen und Gesellschaften und die Weite des Raumes hinein – das »Connecting across Cultures and Continents« – ist diejenige Seite der Vernetzungsprozesse, die von westlichen Denkbahnen und Politikmustern weit entfernt ist. Fernab vom Verfassen von Lobbydokumenten oder Strategiebildung im westlichen Sinne, hat sie unmittelbar mit der Unterdrückung, den Wünschen und Hoffnungen von Frauen in unterschiedlichen Kulturen, Gesellschaften, Lebensverhältnissen zu tun. Die Auseinandersetzung mit den bewahrenswerten Zügen von Tradition und Kultur, aber auch mit heutigen politischen Erfordernissen findet innerhalb spezifischer Netzwerke wie etwa denen indigener Frauen statt, zugleich aber auch zwischen ihnen.

Internationale Vernetzung erfordert deswegen ein Denken in Verbindungen und Respekt vor Verschiedenheit und kulturellen Besonderheiten. Die Womens Action Agenda 21, ein Dokument, das während des Frauenkongresses für einen Gesunden Planeten in Miami 1991 (im Vorfeld von UNCED) produziert wurde, nennt als ersten Punkt »Solidarität und Vielfalt als grundlegende Prinzipien des Respekts für die Unterschiede zwischen Kulturen, zwischen Frauen und zwischen Menschen und der Natur«. Die indische Feministin Corinne Kumar spricht von »unerwarteten Verbindungen, die möglich werden durch einen Dialog unter dem Paradigma der Vielfalt.« Jenes Paradigma wendet sich gegen universelle, homogenisierende Wahrheiten, die blind sind gegenüber der Pluralität von Kulturen. Kumar plädiert dabei nicht für Kulturrelativismus, sondern für einen »Third Space«, in dem jenseits von westlichem Universalismus und von Kulturrelativismus Frauen sich im internationalen Dialog zukunftstaugliche Werte und Visionen schaffen.


Foto: S. Orge/version



Das Weltgericht des Freihandels

Die WTO als Graue Eminenz der Globalisierung

von **Klaus Wardenbach**

Wenn von »global governance« die Rede ist, dann meinen ihre Befürworter damit die Errichtung vernünftiger Regeln und Institutionen zum friedlichen Zusammenleben in der Weltgesellschaft. Die Kritiker wittern hinter diesem Konzept aber meist die Weltherrschaft im Tarnanzug, eine Art Weltregierung durch Großmächte, die ihren Herrschaftsanspruch bloß humanitär verbrämen will. Herrschaft wird dabei allzu leicht auf Staatsgewalt reduziert. Die Art von »neuer Weltordnung«, die sich über die globalen Märkte vermittelt, entgeht dabei dem kritischen Blick.

► »Global governance« ist längst Realität, nur eben nicht als Zusammenballung staatlicher Herrschaft, sondern als Rücknahme staatlicher Kontrolle und Steuerungsfähigkeit, als Herrschaft des totalen Marktes. Die Staatsfeinde sitzen heute in den Regierungen und verkünden ihr Credo aus Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung. Beseelt von neoliberaler Ideologie sind sie tatsächlich davon überzeugt, daß nur die Rückbesinnung auf die Reinform des Kapitalismus irgendwann einmal allen Erdbewohnern Arbeit und Wohlstand bringen wird. Und da auch Deregulierung international organisiert sein muß, verhandelten die Regierungen in der sogenannten Uruguay-Runde des GATT acht lange Jahre, um dann am 1. Januar 1995 die Welthandelsorganisation (WTO) aus der Taufe zu heben. Nachdem es im ersten Anlauf 1947, kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, mit der Gründung einer internationalen Handelsorganisation nicht geklappt hatte und von den Bretton-Woods-Organisationen nur IWF und Weltbank übriggeblieben waren, war der zweite Anlauf kurz nach Ende des Kalten Krieges erfolgreicher. Für die meisten Bundesbürger dürfte die WTO auch zweieinhalb Jahre nach ihrer Gründung eine ziemlich unbekannte Größe geblieben sein. Im Unterschied zu irgendwelchen Kabinettsrangeleien in der Regierung Kohl und zu sommerlichen Profilierungsversuchen der Opposition erscheint sie nicht auf den Titelseiten der Zeitungen oder in der Tagesschau. Nur wenn ein Schiedsgericht der WTO über ein sensibles Thema urteilt, wie im Juni über das Importverbot für hormonbehandeltes Rindfleisch aus den USA, regt sich die Öffentlichkeit, und die WTO ist einen Tag lang in den Schlagzeilen.

Monopoly-Spielregeln

► Dabei sind nicht die Einzelurteile im WTO-Streitschlichtungsverfahren das eigentliche Problem, sondern die Regeln, nach denen die WTO-Schiedsgerichte (auch »Panels« genannt) urteilen. Diese Regeln sind nur dem Prinzip des Freihandels verpflichtet. Schutzvorschriften für Umwelt, Verbraucher, soziale Standards oder Menschenrechte gelten als unerlaubte Handelshemmnisse, weil »protektionistisch«. Die WTO kennt – anders als ihr Vorläufer, der GATT-Vertrag – eine rechtlich verbindliche Streitschlichtung, den sogenannten »Dispute Settlement Body (DSB)«. Das entsprechende WTO-Übereinkommen beschreibt detailliert den Ablauf eines Streitschlichtungsverfahrens, das – inclusive Berufungsmöglichkeit – im Normalfall ungefähr ein bis eineinhalb Jahre dauert. In rund 70 verschiedenen Fällen wurde das DSB bisher angerufen. Es erklärte so unterschiedliche Regelungen wie US-Standards für

umweltfreundlicheres Benzin, die japanische Alkoholbesteuerung, die EU-Bananenmarktordnung und eben auch das erwähnte europäische Importverbot für Hormonfleisch als unvereinbar mit dem WTO-Vertrag. Ändern die verurteilten Staaten ihre nationalen Gesetze nicht, drohen empfindliche Geldstrafen. Im Falle des Importverbots für Hormonfleisch bezifferte der Verband der US-Rindfleischproduzenten die Höhe dieser Entschädigung auf rund 250 Millionen Dollar jährlich.

Die WTO fungiert also als oberstes Weltgericht in Handelsfragen und verfügt auch über das nötige Arsenal an Zwangsregeln, um ihre Entscheidungen durchzusetzen. Außenhandelskommissar Sir Leon Brittan, der die EU in der WTO in Genf vertritt, hat diese Funktion immer lobend als »rules based system« hervorgehoben, als Durchsetzung von gleichen Regeln für alle statt der Herrschaft der großen Handelsmächte. Aber sind die Regeln für alle gleich? Die EU hat ihre Klage gegen das »Helms-Burton«-Gesetz der USA, das wegen seiner extraterritorialen Auswirkungen klar gegen die WTO-Prinzipien des Freihandels verstößt, im April 1997 sang- und klanglos zurückgezogen. Das von den US-Abgeordneten Jesse Helms und Dan Burton eingereichte (und unter Federführung exilkubanischer Kreise in Miami entstandene) Gesetz soll das US-Embargo gegen Kuba weiter verschärfen, indem es allen Staaten und Unternehmen Sanktionen androht, die mit Kuba Handel treiben oder dort investieren. Die USA hatten – ihre Niederlage vor Augen – das gesamte Panel-Verfahren boykottiert. Sie hatten den Handel mit Kuba zu einer Frage ihrer »nationalen Sicherheit« erklärt, über die nicht verhandelt werden könne. Sie hatten sogar angedroht, die WTO ganz zu verlassen, sollte es zu einer Verurteilung kommen. Die Europäer, die das Panel-Verfahren nicht aus Solidarität mit Kuba beantragt hatten, sondern weil in den USA ähnliche Gesetze gegen Wirtschaftsbeziehungen mit Lybien und dem Iran in Vorbereitung sind, ließen sich also erpressen und stimmten einer Aussetzung des Panel-Verfahrens zu. Als Gegenleistung erhielten sie das Versprechen von Präsident Clinton, bestehende europäische Investitionen auf Kuba von der US-Sanktionsdrohung auszunehmen.

Die USA sind der Staat, der die WTO-Streitschlichtung am intensivsten nutzt. An mehr als 50% aller im Sommer 1997 aktiven oder bereits entschiedenen Panel-Verfahren waren die USA als direkter Kläger beteiligt. Noch in keinem einzigen Fall hat ein afrikanisches Entwicklungsland den DSB in Anspruch genommen. Kleine Entwicklungsländer können sich überhaupt keinen ständigen Vertreter in Genf leisten. Sierra Leone, eines der ärmsten Länder Afrikas, war deshalb auf keinem der Vorbereitungstreffen zur ersten Ministerkonferenz der WTO in Singapur (9. - 13. Dezember 1996) vertreten. Und der Repräsentant der Windward Islands aus der Karibik, die wirtschaftlich fast völlig vom Bananenexport nach Europa abhängig sind, wurde bei der ersten Panel-Verhandlung gegen die EU-Bananenmarktordnung im November 1996 des Saales verwiesen mit dem Argument, daß er kein festangestellter Staatsbeamter sei. Auch dies gehört nämlich zur Weltordnung à la WTO: Weder NGOs als Vertreter der Zivilgesellschaft noch Parlamentsabgeordnete, sondern ausschließlich Regierungsvertreter sind bei ihren Treffen zugelassen. Alle Sitzungen finden hinter verschlossenen Türen statt, und alle Dokumente sind erst einmal geheim.

Bananenrepublik ade!

► Aber folgenreicher als diese Ungleichheit bei der Regeldurchsetzung, folgenreicher auch noch als die Interpretationshoheit über diese Regeln, die bei den ausschließlich aus der Ministerialbürokratie und aus dem Kreis der Wirtschaftsjuristen rekrutierten Panel-Listen liegt, sind die Regeln selbst. Der amerikanische Verbraucheranwalt Ralph Nader hat dies schon in seiner Kampagne gegen die Unterzeichnung des WTO-Vertrags im US-Kongreß im Jahre 1994 auf die Kurzformel gebracht: »stronger enforcement of bad rules«.

Aus Sicht der US-Umwelt- und Verbraucherschutzbewegung bedroht die WTO mit ihrer Verabsolutierung des Freihandels vor allem das Prinzip der demokratischen Willensbildung, d.h. die Gesetzgebung in Washington genauso wie die Gesetzgebung in den Bundesstaaten und in den lokalen Körperschaften. Der erste Spruch der Berufungsinstanz in einem Panel-Verfahren, der sich im Frühjahr 1996 gegen ein US-Umweltgesetz zur Senkung der Abgaswerte bei Benzin bezog, schien die größten Befürchtungen der Umweltschützer zu bestätigen und wurde von ihnen mit einem bitteren »We told you so!« kommentiert. Auch wenn dieses Gesetz bei näherer Betrachtung nicht als purer Ausdruck ökologischer Interessen gewertet werden kann, sondern eher eine Art Kompromiß zwischen Ökologiebewegung und US-Ölindustrie darstellte, folgte auf die Aburteilung dieses Gesetzes durch die WTO natürlich kein Gesetz mit höheren ökologischen Standards. Der Globalisierungsprozeß und die damit einhergehende Verabsolutierung des Konkurrenzprinzips im Weltmaßstab führt dazu, daß Standards im Arbeits- und Umweltschutz nur als unerwünschte Kostenfaktoren betrachtet und umgangen oder immer weiter abgesenkt werden. Die WTO verstärkt diesen Prozeß, indem sie die Tendenz zum direkten Weltmarkt-Vergleich verstärkt und zudem nationale Regulierungen als unerlaubte Handelshemmnisse aus dem Wege räumt.

Die WTO betrachtet Standards in Arbeits- und Umweltschutz als unerwünschte Kostenfaktoren

Auch ein Handelsboykott zur Durchsetzung der grundlegenden politischen und sozialen Menschenrechte wird nach WTO-Recht in Zukunft kaum mehr möglich sein. Am 20. Juni 1997 hat die EU ein Panel-Verfahren gegen ein seit Juni des Vorjahres gültiges Gesetz von Massachusetts beantragt, das allen Firmen, die Handel mit Burma treiben oder dort investieren, den Zugang zu öffentlichen Aufträgen verwehrt. Anders als das Helms-Burton-Gesetz droht dieses Gesetz nicht mit Strafen über die Landesgrenzen hinaus, sondern stellt lediglich eine Selbstbindung für die eigene Regierung dar. Auch teilt die EU die Bedenken wegen der Menschenrechtssituation in Burma und hat der dortigen Militärdiktatur in einem langwierigen Verfahren wegen systematischem Einsatz von Zwangsarbeit auch sämtliche nach dem Allgemeinen Präferenzsystem (APS) gewährten Zollvorteile entzogen. Aber seit Januar 1996 ist bei der WTO ein Abkommen über »government procurement«, also öffentliches Beschaffungswesen, in Kraft, das zwar bisher nur von 24 Industriestaaten unterzeichnet wurde, aber diesen Staaten (und in den USA auch verschiedenen lokalen Untergliederungen) eine internationale öffentliche Ausschreibung ihrer Aufträge zwingend vorschreibt. Hierin wird einer der großen Zukunftsmärkte vermutet – weshalb man auf dem WTO-Gipfel im Dezember 1996 auch die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zum staatlichen Beschaffungswesen beschloß.

In Singapur wurden darüberhinaus die Einrichtung von Arbeitsgruppen zu den Themen Wettbewerb und Investitionen beschlossen. Eine Arbeitsgruppe wird in der WTO nie ohne Hintergedanken eingerichtet. Unter dem Etikett »Wettbewerb« will man darüber beraten, wie die letzten noch existierenden Monopole, die zur Grundversorgung der Bevölkerungen der jeweiligen Ländern dienen sollten, zerschlagen werden können, z.B. im Telekommunikationsbereich oder im Schienenverkehr.[1] In der Arbeitsgruppe »Investitionen« sollen Regeln erarbeitet werden, die die völlige Freiheit von Transnationalen Konzernen (TNK) gegenüber staatlichen Kontrollen sicherstellen sollen.

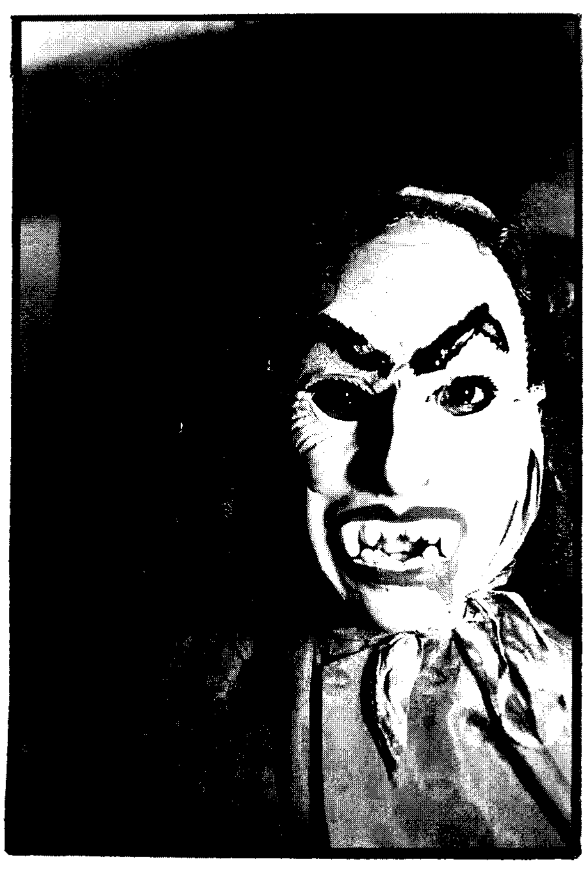
Zur Zeit wird innerhalb der OECD, der Organisation der 29 reichsten Industriestaaten, der Entwurf eines »Multilateralen Abkommens über Investitionen« (MAI) diskutiert. Wegen des Streits über das Helms-Burton-Gesetz der USA haben sich die Verhandlungen verzögert, so daß das MAI vermutlich erst Anfang 1998 unterschriftsreif vorliegen wird. Nach der Unterschrift unter dieses Abkommen hat kein Staat mehr die Kontrollmöglichkeit über die auf seinem Territorium getätigten Investitionen. Ein ausländischer Konzern kann dort Unternehmen gründen und nach Belieben Grundstücke und Immobilien kaufen, Plantagen errichten und einheimische Rohstoffe abbauen. Das MAI garantiert ihm die vollständige Rückführung

der erzielten Gewinne und sieht außerdem noch ein System zur Streitschlichtung (nach WTO-Vorbild) vor. Das MAI-Abkommen soll über die in Singapur beschlossene Arbeitsgruppe schrittweise auf alle WTO-Mitglieder übertragen werden. Vor allem viele ehemalige Kolonien, die zum Zeitpunkt ihrer Unabhängigkeit Regeln aufgestellt hatten, mit denen sie ausländische Investitionen von bestimmten Kriterien abhängig machten, werden dann ihre Gesetze ändern müssen.

Kritik tut not

► In Singapur wurden allerdings keine Arbeitsgruppen beschlossen, die eine weitere Regulierung des Welthandels hätten vorantreiben können. Von der internationalen Gewerkschaftsbewegung, von vielen NGOs und von den Regierungen Norwegens, Belgiens, Frankreichs und der USA (aber gegen den erbitterten Widerstand der deutschen Bundesregierung und der britischen Regierung) war die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zum Thema »Handel und Sozialstandards« gefordert worden. Diese Arbeitsgruppe sollte die Möglichkeit der Einschränkung des Freihandels bei Produkten diskutieren, die unter Verletzung der grundlegenden Arbeitsnormen hergestellt werden. Als grundlegende Arbeitsnormen gelten natürlich nicht das Lohnniveau und auch nicht die Länge des Arbeitstages, sondern grundlegende, in sieben ILO-Konventionen fixierte soziale Menschenrechte, wie Gewerkschaftsfreiheit, Abschaffung von Zwangsarbeit, Freiheit von Diskriminierung (aufgrund von Hautfarbe, Geschlecht, Religion oder politischer Meinung) und Verzicht auf industriell eingesetzte, ausbeuterische Kinderarbeit. Vor allem die diktatorisch regierten Staaten Südostasiens haben im Bündnis mit den neoliberal eingestellten Regierungen der Industrieländer die Einrichtung einer solchen Arbeitsgruppe verhindert. Statt dessen wird in der Abschlußerklärung der Singapur-Konferenz auf die alleinige Kompetenz der ILO, der aus Regierungsvertretern, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden »sozialpartnerschaftlich« zusammengesetzten Internationalen Arbeitsorganisation in Genf, verwiesen.

Wie eine Arbeitsgruppe zu Sozialstandards innerhalb der WTO gewirkt hätte, ist schwer vorherzusagen. Während in Bereichen wie Investitionen und Wettbewerb offenkundig Arbeitsgruppen eingesetzt wurden, um neue Liberalisierungsschritte voranzutreiben, wurden in anderen Bereichen wie Umwelt und Entwicklung Arbeitsgruppen eingesetzt, um Kritik abzufangen und widerstrebende Gruppen und Länder besser in die WTO einzubinden. Im Bereich »Handel und Umwelt« war auf Druck der Umweltschützer die frühere GATT-Arbeitsgruppe bei Gründung der WTO zu einem veritablen Ausschuß hochgestuft worden, der in Singapur seinen ersten Bericht an die Ministerkonferenz vorlegen sollte. Aus Sicht des Umweltschutzes war dieser Bericht jedoch eine einzige Enttäuschung. Weitere Schutzrechte für die Umwelt (durch Ausnahmeklauseln vom Freihandelsprinzip) wurden von der Arbeitsgruppe nicht vorgeschlagen. Während internationale Umwelt-NGOs die WTO schon seit ihrer Gründung auf direktem Wege angehen und auch in regelmäßigem Kontakt mit dem WTO-Sekretariat und dem zuständigen Ausschuß stehen, sind die Entwicklungs-NGOs in der Frage gespalten, ob sie die WTO als Adressatin ihrer Forderungen betrachten sollen. Zumal im Bereich der Sozialklauseln eher eine kontraproduktive Wirkung von der WTO erwartet wird, eine Verstärkung protektionistischer Praktiken der Industrieländer gegen die armen Entwicklungsländer.



Schreckgespenst Freihandel — Foto: H. Sachs/version

Einmal abgesehen davon, daß diese Furcht der gegenwärtigen Konkretion der Diskussion um soziale Menschenrechte nicht gerecht wird, und auch abgesehen davon, daß hier stärker entlang staatlicher Grenzen als entlang sozialer Gegensätze gedacht wird, erscheint es doch zweifelhaft, ob Reformforderungen die WTO wirklich legitimieren. Die Globalisierung ist ein Faktum, der Zerfall der Weltwirtschaft in autarke lokale Einheiten ist eigentlich nur noch nach einer großen Krise oder einem neuen Weltkrieg vorstellbar. Und auch dann wäre die Tendenz zum Weltmarkt nur abgeschafft, wenn gleichzeitig der Kapitalismus abgeschafft würde. Falls dieser – momentan ja eher unwahrscheinliche – Fall nicht eintritt, ist eine politische Regulierung der Weltwirtschaft allemal besser als schrankenloser Freihandel. Ob die WTO die geeignete Keimform für eine solche Regulierung darstellt, darf bezweifelt werden, da sie in ihrer gegenwärtigen Form ganz der Deregulierung gewidmet ist.

Eine WTO-Reform, d.h. mehr Transparenz und demokratische Mitwirkung, Förderung der Entwicklungsländer und Ausnahmeklauseln für Umwelt-und Verbraucherschutz oder für grundlegende soziale Menschenrechte, wie sie von vielen NGOs gefordert wird, steht natürlich immer in der Gefahr, die WTO durch minimale Änderung ihrer Regeln und Kooptation unangreifbarer zu machen. Trotzdem ist die Strategie öffentlich erhobener Forderungen an die WTO zur Zeit ohne echte Alternative. Die WTO ist zwar noch nicht, wie Martin Khor schreibt, die »heimliche Weltregierung«, aber sie ist die Graue Eminenz der Globalisierung. Alle, die sich nicht mit der Globalisierung als scheinbarer Naturgewalt abfinden wollen und nicht an die unerschöpflichen Selbstheilungskräfte des globalen Marktes glauben, müssen anfangen, sich intensiv mit der WTO auseinanderzusetzen. Entscheidend ist dabei nicht der unmittelbare Erfolg der Reformforderungen an die WTO, entscheidend ist die öffentliche Verbreitung dieser Kritik, die eine immer weiter um sich greifende Diskussion über die Grundlagen von Politik und (Welt-)Wirtschaft in Gang setzen kann. Im Sommer 1998 soll die nächste Ministerkonferenz der WTO, diesmal in Genf, stattfinden.[2] Es wäre an der Zeit, mit der öffentlichen Diskussion über den Sinn und Unsinn der WTO-Strategien schon jetzt zu beginnen.

Anmerkungen:

1 vgl. dazu den Artikel von Martin Khor, Die Globalisierungspolizisten von der WTO, in: Le Monde Diplomatique vom 22. Mai 1997

2 Zur grundlegenden Information über die Singapur-Konferenz und über verschiedene kritische Aspekte der WTO hat der grüne Europaabgeordnete Wolfgang Kreissl-Dörfler gerade ein Dossier herausgegeben, das kostenfrei in seinem Büro in Brüssel (Europ. Parlament, Rue Belliard, B-1047 Bruxelles, Fax. 0032/2/2849110) bestellt werden kann.

► **Klaus Wardenbach** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der *'Europagruppe Die Grünen'*.

Im Namen der Welt
Die UNO-Einsätze in Somalia und Rwanda



UNO-Mission Haiti '95; Foto: J. Host

von **Mathias Weber** und **Andreas Wenzel**

Als der damalige US-Präsident Bush vor dem Golfkrieg von einer neuen Weltordnung sprach, sollte die UNO im Namen der »Weltgemeinschaft« militärische Einsätze gegen »Verbrecherstaaten« tragen und legitimieren. In der Folge stiegen die allgemeinen Erwartungen an die UNO als eine neutrale Institution von Global Governance. Die Beispiele Somalia und Rwanda zeigen aber, daß die UNO und ihr Instrumentarium nicht zur Konfliktbeilegung in der Lage sind – vielleicht auch, weil sich vor Ort die einem »Weltgewissen« zugrundeliegende Aufteilung in Gut und Böse als unbrauchbar erweist.

► Die UNO stellt sich als demokratisch legitimierte Institution der internationalen Staatengemeinschaft dar. Sie proklamiert in ihrer Charta, daß sie den »Weltfrieden« und die »internationale Sicherheit« wahren, Bedrohung des Friedens verhüten und beseitigen und in Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, mit »friedlichen Mitteln« und nach den »Grundsätzen der Gerechtigkeit« vermitteln möchte. Vor dem Hintergrund dieser hehren ethischen Grundsätze werden auch militärische als friedensstiftende Maßnahmen propagiert: Peacekeeping, Peacemaking, Peaceenforcement.

Als wichtigstes Instrument der UNO zur Friedenssicherung entstand das Peacekeeping. Der Zweck von Peacekeeping-Operationen ist es, im Falle drohender gewaltsamer Auseinandersetzungen durch Installierung von Pufferzonen deren Austragung vorzubeugen, oder einen bereits laufenden Konflikt durch »Einfrieren« schnell zu beenden. Der Weg zu einer Lösung soll dadurch frei werden. Bevor der Sicherheitsrat die Zustimmung zur Stationierung von Blauhelmen erteilt, müßten sich theoretisch die Streitparteien auf eine Waffenruhe geeinigt und beide Seiten der UNO-Operation zugestimmt haben.

Das Peacekeeping-Konzept wurde vornehmlich für Konflikte zwischenstaatlicher Art entwickelt. Die Zunahme ethnisch und religiös begründeter sowie sozialer Konflikte wie etwa die massiven Menschenrechtsverletzungen und Genozide in Ex-Jugoslawien, Rwanda und Somalia offenbaren jedoch einen neuen komplizierten Konflikttypus. Die Auseinandersetzungen verlaufen häufig quer durch gemischt besiedelte Gebiete, in denen sich verfeindete Bevölkerungsteile in wechselnden Allianzen bekriegen.

Infolge dieser Entwicklungen weitete der Sicherheitsrat der UNO das sicherheitspolitische Instrumentarium auf innerstaatliche Krisen aus. Das Eingreifen der UNO in die innere Angelegenheit eines Staates ist jedoch nur über Kapitel VII der UNO-Charta möglich: Art. 39 des Kapitels erklärt, daß der Sicherheitsrat feststellen muß, »ob eine Bedrohung oder ein Bruch des Friedens oder eine Angriffshandlung vorliegt.« Ebenfalls in Kapitel VII sind Sanktionsmaßnahmen als letzte Mittel nichtmilitärischer und militärischer Art festgelegt. Eine Bedrohung des Weltfriedens durch Menschenrechtsverletzungen wurde in den Konflikten im Irak, in Somalia, Ex-Jugoslawien und in Rwanda gesehen, was Maßnahmen des Sicherheitsrates zur Folge hatte.

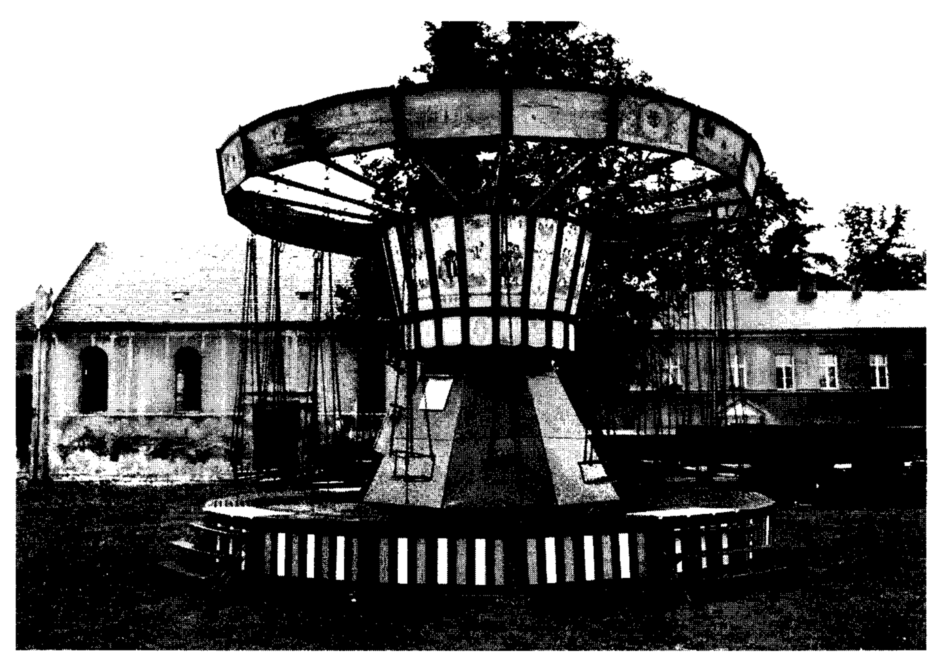
Somalia: Vom Retter zur Konfliktpartei

► Im Falle Somalias wurden in der Resolution 794 zum ersten Mal Menschenrechtsverletzungen und die Behinderung der Hilfstransporte in Verbindung mit dem Zusammenbruch der staatlichen Ordnung als Gefährdung des internationalen Friedens bezeichnet. Der Sicherheitsrat autorisierte die Entsendung von Friedenstruppen nach Somalia, um die Hilfslieferungen für die hungernde Bevölkerung zu schützen. Parallel zur Anwendung militärischer Gewalt wurde auch das Peacekeeping aktiviert. Damit wurde erstmals in der Geschichte der UNO ein Bezug zwischen »friedensbewahrenden« (Kapitel VI) und »friedensschaffenden« (Kapitel VII) Maßnahmen hergestellt.

Der Konflikt in Somalia hatte zur völligen Auflösung der staatlichen Strukturen und zum Zerfall jeglicher Ordnung geführt. Als Folge des Bürgerkriegs brach Anfang 1991 eine Hungersnot aus. Die Hilfsorganisationen waren auf sich alleine gestellt und den marodierenden Banden ausgeliefert. Der Sicherheitsrat der UNO reagierte nach langem

Zögern mit der Verabschiedung von Resolutionen in Richtung eines aktiven Eingreifens. Von der Entscheidung bis zur Entsendung von UNO-Truppen verging jedoch erneut lange Zeit. Es offenbarte sich die Schwerfälligkeit der UNO-Bürokratie, die mit der Dynamik der Konfliktlage nicht mithalten konnte. Das Hilfsprogramm lief erst an, als die Not ihren Höhepunkt schon überschritten hatte und tausende Somalis gestorben waren. Als dann das breite – von UNO-Kräften geschützte – Hilfsprogramm in Gang gesetzt wurde, hatte die Entladung militärischer Güter Vorrang vor derjenigen humanitärer Hilfsgüter. Zudem gelang die Verteilung teilweise nur in Mogadischu oder in anderen Gebieten, in denen die UNO feste Stützpunkte besaß. Von der resultierenden einseitigen Verteilung der Lebensmittel profitierten die dort ansässigen Clans.

Zum Zeitpunkt der UNO-Intervention in Somalia waren dort Aidids Milizen dabei, Ali Mahdi in die Enge zu treiben. Aidid brachte eine Zustimmung zu einem Waffenstillstand also mehr Nachteile als seinem Gegner. Er sah sich durch die UNO getäuscht, als während der Friedenskonferenz in Addis Abeba die Stadt Kismayu durch mit Mahdi verbündete Truppen erobert wurde, da Aidids Verbündete durch Entwaffnungsaktionen der UNO geschwächt waren. Die UNO sah dem zu, ging dann auf Konfrontationskurs und reagierte mit überzogenen und wahllosen Angriffen gegen Aidid und seine Milizen, die die UNO-Soldaten attackiert hatten. Eine große Anzahl von unbeteiligten Zivilisten fand dabei den Tod. Im Laufe der eskalierenden Konfrontation begingen UNO-Soldaten auch noch umfangreiche Menschenrechtsverletzungen. Es wurde gefoltert und getötet. Mit den Vergeltungsmaßnahmen gegen Aidid verließ die UNO die Rolle des vom Konsens der Kriegsparteien abhängigen unparteiischen Vermittlers beim Krisen- und Konfliktmanagement.



Rundum Leerstellen — Foto: R. Maro/version

Rwanda: Mord nach Rückzug

► Auch am Beispiel Rwandas läßt sich das Scheitern des UN-Einsatzes in einem innerstaatlichen Konflikt erkennen. Nach Angriffen der Rwandischen Patriotischen Front (FPR) aus Uganda entsandte Frankreich Anfang 1993 unter dem Vorwand, die etwa 400 in Rwanda lebenden Franzosen schützen zu wollen, 680 Soldaten nach Rwanda, die in der Folge beim Aufbau der rwandischen Armee behilflich waren. Nach dem im August des Jahres unterzeichneten Friedensabkommen von Arusha zwischen der FPR und der rwandischen Regierung verabschiedeten sich die französischen Truppen offiziell. Gleichzeitig wurde entsprechend der Sicherheitsrats-Resolution Nr. 872 ein Kontingent von 2.548 Soldaten (UNAMIR-I) nach Rwanda entsandt.

Die Anwesenheit französischer Truppen und später der UNAMIR-I-Mission setzte auf der rwandischen Seite militärische Ressourcen zur Aufstockung und Ausbildung der eigenen Truppen frei, die ansonsten zur Sicherung Kigalis und nicht von der FPR besetzter Landesteile hätten verwendet werden müssen. Seit Beginn des bewaffneten Konflikts im Oktober 1990 bis zum Genozid im April 1994 erhöhte sich die reguläre Truppenzahl von 5.000 auf etwa 25.000 Mann. Die Hutu-Milizen »Interahamwe« konnten ebenfalls in diesem Zeitraum aufgebaut werden. Ihre Zahl wurde auf etwa 50.000 bis 60.000 geschätzt.

Die UNAMIR-I-Truppe wurden zwei Wochen nach dem Beginn des Genozids vom 7. April 1994 auf 270 Mann reduziert. Nun stand den Mördermilizen Tür und Tor offen. Die UNO verhielt sich durch den Rückzug ihrer Truppen während des Genozids neutral, d.h., sie griff nicht ein. Obwohl also die Resolution 872 vom 5. Oktober 1993 die rwandische Zivilbevölkerung unter UNO-Schutz stellte, signalisierte sie durch ihren Rückzug, daß sie das Gemetzel als innerstaatliche Angelegenheit betrachtete. Die UNAMIR-Truppe wurde erst nach dem Ende des Genozids im Juli 1994 wieder auf 5.442 Soldaten aufgestockt. Dieser UNAMIR-II-Einsatz diente in erster Linie zur Versorgung der Hutu-Flüchtlingslager. Vor diesem Hintergrund wurde der UNO einseitige Parteinahme zugunsten der »génocidaires« von 1994 unterstellt. Dieses Image behielt die UNO bis zu ihrem vorzeitigen Rückzug im Mai 1996.

Fremde im eigenen Land

► Die Einsätze der UNO in den vergangenen Jahren zeigten, daß sie nicht in der Lage ist, ihre ethischen Grundsätze in der Praxis zu verwirklichen. Die für zwischenstaatliche Konfliktlösungen entwickelten Instrumentarien Peacekeeping, Peacemaking und Peaceenforcement stellten sich in Somalia und Rwanda als ungeeignet zur innerstaatlichen Konfliktlösung heraus. Beide Einsätze haben deutlich gemacht, daß ein militärisches Eingreifen die Gefahr birgt, daß der Konflikt eskaliert und die zur Friedenssicherung eingesetzten militärischen Kräfte zu einer Konfliktpartei mutieren. Und nicht zuletzt infolge der undurchschaubaren Politik der UNO-Mitarbeiter betrachteten sich Somalis und Rwander als Zuschauer und Fremde im eigenen Land. Sie fühlten sich in ein neues Kolonialverhältnis versetzt.

An der Somalia-Operation läßt sich zudem die starke Abhängigkeit der UNO von der Großmacht USA ablesen. Nicht nur im Sicherheitsrat spielen die USA eine das ob und wie von UNO-Einsätzen dominierende Rolle, sondern auch beim Einsatz vor Ort. In Somalia ging es den USA und dem damaligen Präsidenten Bush nicht vornehmlich um die Durchsetzung von Menschenrechten, sondern kurz vor den Wahlen u.a. um einen massenmedienwirksamen Auftritt als Weltenlenker.

Im Namen der Weltgemeinschaft durchgeführte UNO-Einsätze erscheinen vor diesem Hintergrund in doppelter Hinsicht fragwürdig: Zum einen hinsichtlich der Machtkonstellation innerhalb der UNO und zum anderen deshalb, weil sich die Einsätze vor Ort immer in einem machtpolitischen Spannungsfeld zwischen den Interessen der Konfliktparteien und den Hilfeleistungen für notleidende Menschen bewegen.

► Von **Mathias Weber** ist vor kurzem erschienen: Der UNO-Einsatz in Somalia. Die Problematik einer »humanitären Intervention« (Bezug über **iz3w**). **Andreas Wenzel** ist Mitarbeiter im **iz3w** und arbeitete für Caritas in Rwanda.

Angesichts unseres Jahrhunderts
Bücher zu Staatsverbrechen und globaler Rechtsstaatlichkeit

von **Jörg Später**

▶ Was hat das Bemühen, globale Rechtsstaatlichkeit zu stärken, wie es die Protagonisten einer »Global Governance« anstreben, mit einer geschichtsphilosophischen Schau unseres Jahrhunderts zu tun, die das Hamburger Institut für Sozialforschung betreibt? Nichts, sollte man zunächst meinen, beschwören doch erstere mit kaum zu überbietender Naivität eine bürgerliche Weltgesellschaft, die die Probleme der menschlichen Gattung an runden Tischen lösen soll, während zweitere mit Überlegungen zu »Gewalt und Destruktivität des 20. Jahrhunderts« die Abgründe moderner Gesellschaften kritisch auszuloten versprechen. Und doch bestehen Berührungspunkte

Das Projekt »Gewalt und Destruktivität des 20. Jahrhunderts« des Reemtsma-Instituts versucht seit einigen Jahren mit Ausstellungen, Symposien und Publikationen »im Angesicht des Jahrhunderts« das Verhältnis von Moderne und Barbarei zu reflektieren. Die Destruktivität der Moderne soll vor allem anhand der drei Makroverbrechen – Auschwitz, Gulag und Hiroshima – deutlich werden. Zwar werden diese »Zivilisationskatastrophen« nicht gleichgesetzt, aber die drei historischen Komplexe werden unter dem Allgemeinbegriff *Gewalt* subsumiert, welcher zur »Signatur des Jahrhunderts« erklärt wird.

Wenn aber Gewalt und Destruktivität die entscheidenden Merkmale unseres Zeitalters sind, und sie gleichzeitig rein positivistisch dargestellt werden, ohne einen Begriff der Gesellschaft zu entwickeln, die sie erzeugt, dann bleibt nur das positivistische Recht, um Gewalt einzudämmen. Nicht zufällig werden die Nürnberger Prozesse zum entscheidenden Ereignis für die Hamburger, der Destruktivität der Moderne mit ihren eigenen Mitteln beizukommen.

Strafgerichte gegen Menschheitsverbrechen

▶ So hat das Hamburger Institut zwei Bücher veröffentlicht, die sich mit dem Völkerstrafrecht 50 Jahre nach den Nürnberger Prozessen beschäftigen. Strafgerichte gegen *Menschheitsverbrechen* wurde von *Gerd Hankel* und *Gerhard Stuby* herausgegeben und läßt Völker- und Strafrechtler die Bedeutung von Nürnberg für die Eindämmung von Gewalt und Destruktivität aus heutiger Sicht diskutieren.

Wenn auch die politische Dimension in der Diskussion der Juristen um Möglichkeiten und Grenzen einer internationalen Strafgerichtsbarkeit weitgehend ausgeblendet wird, so benennen immerhin zwei Beiträge (von Herbert Jäger und Bernhard Graefrath) grundlegende Probleme eines internationalen Gerichts- und Strafsystems. Hier wird erahnbar, daß das Den Haager Tribunal nicht der legitime Nachfolger des Nürnberger Gerichtshofes ist. Nicht nur, weil die Umstände ihrer Einsetzung nicht vergleichbar sind und Kriegsverbrechen nicht identisch sind mit Verbrechen gegen die Menschheit. Es zeichnet sich ab, daß der Internationale Gerichtshof in Den Haag, in dem der UN-Sicherheitsrat als Gesetzgeber auftritt, nur ein zusätzliches Instrument in den Konflikten um die Neuaufteilung von Herrschaftsgebieten ist.

Der verbrecherische Staat

▶ Um Staatskriminalität und ihre mögliche Strafverfolgung geht es auch in *Der verbrecherische Staat* von *Yves Ternon*. Ternons Gegenstand sind Völkermord und völkermordähnliche Verbrechen im 20. Jahrhundert. Unter Völkermord versteht er einen von einem Staat begangenen, planmäßigen Massenmord. Mit dieser Eingrenzung wendet er sich zurecht gegen die inflationäre Verwendung des Genozid-Vorwurfs. Sein Völkermord-Begriff rekurriert auf die bisherigen Versuche, dieses Staatsverbrechen im internationalen Strafrecht zu erfassen.

Leider überfliegt Ternon die Geschichte der Völkermorde an den Juden, Armeniern, in der Ukraine, Kambodscha und Ruanda lediglich und reflektiert über das Verhältnis von Staat und Gewalt nur am Rande, quasi additiv zu seiner juristischen Argumentation und seinen historiographischen Abschnitten.

Dabei ist ein Buch über den »verbrecherischen Staat« auf einen Begriff von Staatlichkeit angewiesen. Angetreten (zumindest in der klassischen Staatstheorie von Hobbes, Locke oder Rousseau), den Naturzustand der anarchischen Gewalt zwischen den Menschen durch die Monopolisierung von Gewalt zu beenden, zeigt sich der »Naturzustand« des Staates im permanenten Versuch, die Individuen zum Staatsvolk zu homogenisieren, zum Material von Herrschaft. Daß eine solche Herstellung von Homogenität nicht nur zwanghaft ist, sondern extrem gewaltförmig sein kann, liegt auf der Hand. Andererseits zeigen gerade die von Ternon dargestellten Genozide in Kambodscha und Ruanda, daß auch der Zerfall von Staatlichkeit ausufernde Gewalt freisetzen kann (insofern sind im übrigen diese Verbrechen im Sinne Ternons eigentlich keine Genozide).

Dieser Problematik hätte sich eine Arbeit, die nicht nur rekonstruieren will, stellen müssen. Zumindest hätte sie die Grenzen der Bändigung des verbrecherischen Staates gleich mitbedacht: Ein Weltstaat und ein Weltgericht, die den kriegerischen Naturzustand zwischen den Staaten beenden und die Gewaltförmigkeit des Staates nach innen sanktionieren könnte, verlagert die Souveränität und das Gewaltmonopol nur auf eine höhere Ebene und beendet den Herrschaftscharakter von Staatlichkeit und die mit ihm verbundende Gewalt nicht.

Was also haben die Adepten von Global Governance mit den Hamburger Projektmachern gemeinsam? Statt eine kritische Theorie der Gesellschaft zu bemühen, reduziert sich die Frage der Gewalt und ihrer Eindämmung auf das Recht und damit auf den Souverän, der es durchsetzt. Nichts anderes wollte schon Thomas Hobbes. Die Exzesse seines Souveräns werden »angesichts dieses Jahrhunderts«, an dessen Ende man anscheinend nicht viel schlauer ist als zu Zeiten der Religionskriege, gerade beklagt.

▶ *Gerd Hankel/Gerhard Stuby (Hg.), Strafgerichte gegen Menschheitsverbrechen. Zum Völkerstrafrecht 50 Jahre nach den Nürnberger Prozessen, 1995*

▶ *Yves Ternon, Der verbrecherische Staat. Völkermord im 20. Jahrhundert, 1996*

Beide Bücher sind in der Hamburger Edition erschienen.

▶ **Jörg Später** ist Mitarbeiter des **iz3w.**

World Aid im Spiel der Mächte

Sind die Agenturen der humanitären Hilfe Vorläufer einer neuen zivilen Weltordnung?

von **Dieter Reinhardt**

Globale Probleme erfordern globale Lösungen. Dieser Slogan der Global Governance-Befürworter scheint nirgendwo berechtigter als bei Umweltfragen und Einsätzen nach großen humanitären Katastrophen. Die zunehmende Einbeziehung von Nichtregierungsorganisationen trägt zum Bild der Neutralität von Katastrophenhilfe bei. Die politische Rolle des humanitären Komplexes wird dabei nur selten in Frage gestellt.

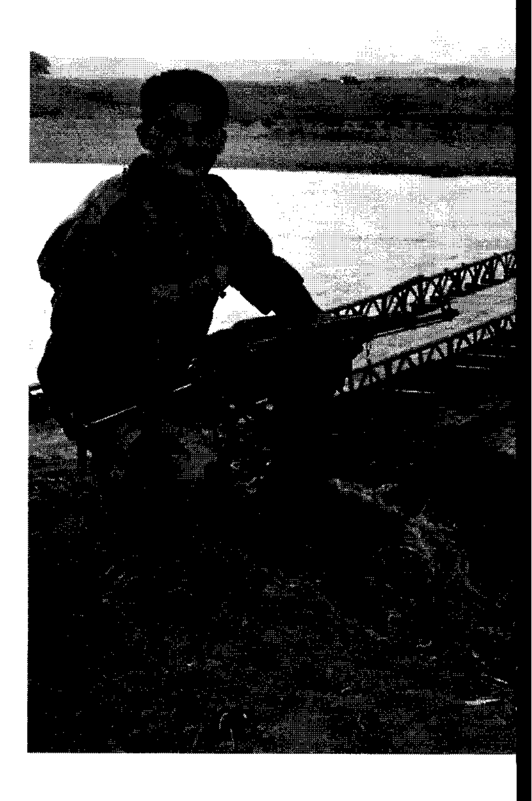
▶ Während in den achtziger Jahren jedes Jahr ca. 600 Millionen US$ für Soforthilfemaßnahmen von den OECD zur Verfügung gestellt wurden, stieg diese Summe 1994 auf ca. 3,5 Mrd. US$, ist seitdem aber wieder rückläufig. Im gleichen Zeitraum verringerte sich die normale Entwicklungshilfe, so daß der Anteil der Soforthilfe im Verhältnis zur Entwicklungshilfe stark anstieg. Zu den größten Geldgebern für Soforthilfe zählte 1995 die USA mit ca. 790 Mio. US$, gefolgt von Deutschland mit 440 Mio. US$, den Niederlanden mit 350 Mio. US$ und Schweden mit 270 Mio. US$. In diesen Zahlen ist nicht die Nahrungsmittelhilfe im Rahmen der Soforthilfe enthalten, die jährlich etwa 4 Millionen Tonnen beträgt. Das Humanitäre Büro der Europäischen Kommission (ECHO), über das die EU-Mitglieder einen Großteil ihrer Mittel abwickeln lassen, ist weltweit die größte Agentur für Katastrophenhilfe. Sie verwaltet jedes Jahr knapp 1 Mrd. US$, ca. die Hälfte davon erhalten NGOs, mit dem Rest werden UN-Programme unterstützt. Ein immer größerer Anteil der internationalen Soforthilfegelder wird über NGOs abgewickelt. Britische Hilfsorganisationen finanzieren z.B. über ein Drittel ihres Budgets über Staatszuschüsse. US-AID will in den nächsten Jahren knapp die Hälfte ihres gesamten Budgets NGOs zur Verfügung stellen.

Werden die NGOs zu einem Anhängsel militärischer UN-Interventionen?

Der expandierende Bereich der Soforthilfe führte in den vergangenen Jahren zu großen Problemen der Kooperation und Koordination. Innerhalb der UN gibt es eine ständige Konkurrenz darüber, welche Organisation die *leading agency* vor Ort ist. NGOs fühlen sich oft von der UN gegängelt und eingeschränkt. Zwischen der UN, regionalen Organisationen wie der NATO, der OSZE, der EU oder der GUS gibt es eine konfuse Befehlsstruktur, in der sich der Machtpoker der beteiligten Staaten und Institutionen ausdrückt, das Verhältnis von intervenierenden Militärs und NGOs ist häufig gereizt und schließlich spielen die Bürgerkriegsparteien diese Akteure gegeneinander aus. Keine NGO hat die Widersprüche und politischen Paradoxien humanitärer Hilfe so präzise formuliert wie 'Ärzte ohne Grenzen': »Schädliche Folgen zeitigen nicht nur die Aktionen der Staaten, sondern hin und wieder auch die Präsenz und die Arbeit der NRO selber ... Es würde sich lohnen, ihre Rolle als Sprachrohr der Opfer, in die sie in den letzten Jahren genüßlich geschlüpft sind, ... in Frage zu stellen.«[1] Seitdem Bürgerkriegsparteien, anders als während des Kalten Krieges, in der Regel nicht mehr von mächtigen Staaten finanziert werden, stehen zivile Organisationen immer häufiger vor einem Dilemma: Um Zugang zu Flüchtlingen zu erhalten, müssen sie einen Teil – teilweise über die Hälfte – der Hilfsgüter an Bürgerkriegsparteien abgeben. Hilfe für die Opfer ist somit oft auch Hilfe für Täter. Der wachsende Spendenmarkt führt zu einer harten Konkurrenz und Medienabhängigkeit, die verheerende Auswirkungen in den Projektgebieten hat. Zugang zu Flüchtlingen und Schutz von eigenen Mitarbeitern kann in vielen Fällen nur intervenierendes Militär garantieren. Damit wird das Prinzip der Neutralität aufgegeben, und die Organisationen werden als Kriegsparteien wahrgenommen und behandelt. Die Kommissarin für Soforthilfe der EU-Kommission, Emma Bonino, fordert die WEU auf, Transporte von Hilfsgütern zu übernehmen, die Präsidentin von Ärzte ohne Grenzen, Doris Schopper, begründet, warum sich ihre Organisation für den Einsatz von UN- Militärs in Ost-Zaire eingesetzt hat. Und die Vorsitzende von Interaction, dem größten Zusammenschluß von US-NGOs, Julia Taft, befürwortet eine langfristige Kooperation mit Militärs bzw. der NATO, u.a. um NGO-Mitarbeiter vor Mordanschlägen zu schützen. Sind die auf Katastrophenhilfe spezialisierten NGOs auf dem Wege, zu einem bloßen Anhängsel von militärischen UN-Interventionen zu werden, die wesentlich geprägt sind von den Interessen der NATO-Staaten, der USA, Rußlands oder Chinas?

Anlaß für die heutige Struktur humanitärer Hilfe war die Verfolgung der kurdischen Bevölkerung Iraks im Frühjahr 1991. Die türkische Regierung gab dem UNHCR keine Erlaubnis, auf türkischem Territorium zu arbeiten, und weigerte sich, einen Teil der zwei Millionen Flüchtlinge aufzunehmen. Die Entscheidung der Türkei wurde von ihren NATO-Partnerländern toleriert. Der UN-Sicherheitsrat beauftragte daraufhin die USA, Frankreich, Großbritannien und die Niederlande, durch Einsatz von Soldaten »sichere Regionen« im Nordirak zu schaffen, und Deutschland, eine Luftbrücke aufzubauen. Diese Intervention wird seitdem als Paradebeispiel einer »humanitären Intervention« bezeichnet. Auf Initiative der Außenminister Genscher und Hurd verabschiedete die UN-Generalversammlung Ende 1991 eine Resolution zur Einrichtung eines Departments der Katastrophenkoordination (DHA - Department of Humanitarian Affairs) im UN-

Neutraler Helfer im Einsatz



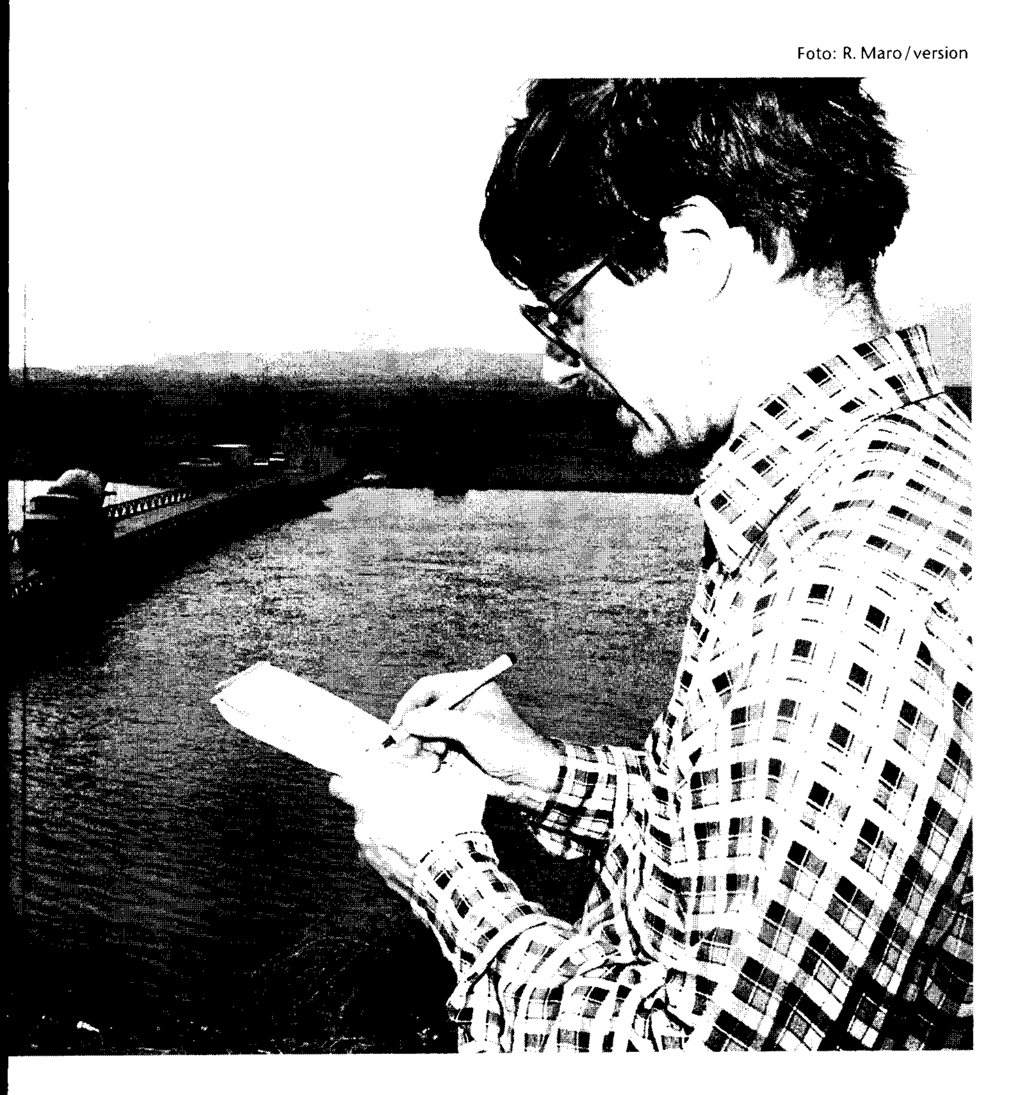
Generalsekretariat. Im selben Jahr wurden in der EU-Kommission ein humanitäres Büro (ECHO - European Comission Humanitarian Office) und in Deutschland im April 1992 ein »Gesprächskreis Humanitäre Hilfe« im Aussenministerium eingerichtet, an dem die an der Flüchtlingshilfe für die Kurden beteiligten NGOs teilnahmen. Im Oktober 1994 wurde er umbenannt in »Koordinierungsausschuß Humanitäre Hilfe«.

Die Hauptaufgabe des neuen UN-Departments ist es, die Soforthilfe weltweit innerhalb und außerhalb des UN-Systems zu koordinieren. Es hat ein über Internet zugängliches Frühwarn- und Informationsystem (ReliefWeb) aufgebaut. Seine Aufgaben kann das Department aber aufgrund ungenügender Mittel nur sehr begrenzt umsetzen. So hat es z.B. keine bürokratisch-politische Weisungsbefugnis gegenüber UN-Unterorganisationen. Es verfügt nur über ca. 50 Mill. US-Dollar eines Notfonds, über den UN-Hilfsorganisationen Gelder ohne bürokratische Verzögerungen abrufen können. Nach Abschluß einer Operation müssen entnommene Beträge zurückerstattet werden. So sind UN-Hilfsorganisationen bei ihren Soforthilfemaßnahmen fast ausschließlich auf Zuwendungen von Geberregierungen abhängig. In der Regel verfaßt das neue Department jedes Jahr eine länderspezifische Übersicht von geplanten Projekten aller UN-Hilfsorganisationen. Regierungen unterstützen je nach ihren aktuellen Interessen nur bestimmte Projekte. Eine mehrere Jahre umfassende Planung ist auf diese Weise für die UN-Organisationen nicht möglich.

Unabhängig und neutral?

▶ Internationale Hilfsorganisationen und NGOs versuchen auf Konferenzen eine politische Vereinnahmung durch Nationalstaaten zu verhindern. Auf dem »Madrider Gipfel« 1995 haben die zehn größten Organisationen, u.a. die PräsidentInnen vom Internationalen Roten Kreuz, von UNICEF, von US-Aid, des Humanitären Büros der EU-Kommission, von Ärzte ohne Grenzen und Interaction/USA eine politische Positionsbestimmung vorgenommen. Es wird gefordert, »humanitäre Hilfe nicht als Ersatz für politisches Handeln zu benutzen« und ein »globales System der proaktiven Krisenvermeidung« aufzubauen. An den Prinzipien der »Überparteilichkeit und politischen Neutralität« wird festgehalten. Zu den wichtigsten Aspekten dieser Diskussion zählen die zwischen den NGOs umstrittenen Fragen einer Kooperation mit Militärs und die Beurteilung militärischer UN-Interventionen. Das humanitäre Büro der EU-Kommission weist darauf

Foto: R. Maro/version



Nordkorea: Weltpolitik und Hungersnot

▶ Die Überschwemmungen von 1995 und 1996 und die Trockenperiode im Sommer 1997 sind Hauptursachen für die Mißernten in Nordkorea und damit für eine Hungersnot, bei der nach UN-Angaben fünf Millionen Menschen in den nächsten sechs bis zwölf Monaten sterben könnten. Dem Hilfsaufruf der UN vom April 1997 ist folgendes zu entnehmen: Zwischen Juli 1996 und März 1997 erhielt Nordkorea nur etwa 47 Millionen US$ Katastrophenhilfe, davon 34 Mio $ über UN- bzw. NGO-Kanäle, 9 Mio. US$ bilateral und den Rest von Rot-Kreuz-Verbänden. Die EU-Kommission war mit ca. 9 Mio. US$, noch vor den USA und Japan, die größte Einzelspenderin für UN-Projekte. Nordkorea hat ab März 1997 wesentlich mehr Hilfslieferungen erhalten, auch von den USA – dennoch hat sich die Versorgungssituation verschlechtert. Der momentane Umfang der Hilfslieferungen reicht nicht aus, um ein Ausbrechen einer großen Hungersnot zu verhindern. Ca. 2 Millionen Tonnen Getreide fehlen nach wie vor zu einer minimalen Grundversorgung der Bevölkerung. Das staatliche Verteilungssystem ist praktisch zusammengebrochen. Es vollzieht sich darüberhinaus ein ökologischer Raubbau, z.B. durch die intensive Bebauung von Hangflächen, die Erosion zur Folge haben wird. Dieser Raubbau erschwert den Wiederaufbau massiv.

Vor und während der Vierer-Verhandlungen, in denen Nord- und Südkorea und ihre jeweiligen Verbündeten die USA und China einen Friedensvertrag aushandeln wollen, haben die USA und Südkorea mögliche Nahrungmittelhilfe benutzt, um Nordkorea an den Verhandlungstisch zu zwingen. Dies werden sie auch in Zukunft tun. Äußerungen von Präsident Clinton, daß unabhängig von den Verhandlungen die Bevölkerung nicht im Stich gelassen werden dürfe, sind wohl eher als rhetorische Übung zu verstehen. Es arbeitet wesentlich mehr UN-Personal in Nordkorea als noch vor einigen Monaten. Der Verbleib von Hilfsgütern kann deshalb jetzt wesentlich besser überwacht werden. Unter diesen Bedingungen die relativ geringen Mengen an Nahrungsmitteln nicht zur Verfügung zu stellen, die zur Verhinderung einer Hungersnot verteilt werden müßten, wäre zynische Machtpolitik. Der Ausgang der Vierer-Verhandlungen wird von der Entwicklung des Verhältnisses USA und China abhängen. Im September 1997 besucht erstmals seit dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens der Staatspräsident Chinas, Jiang Zemin, die USA. Großmachtpolitik wird einmal mehr den Verlauf »lokaler Konflikte und Krisen« bestimmen. Die Verantwortung für eine große Hungersnot trägt die Regierung Nordkoreas also nicht allein.



Schnelle zivile Eingreiftruppe Foto: R. Maro/version

hin, daß 95% der internationalen Soforthilfe auf NATO-Staaten entfallen. Das Department für humanitäre Angelegenheiten des UN-Generalsekretariats versucht zusammen mit dem Humanitären Büro der EU-Kommission und dem Internationalen Roten Kreuz seit einigen Jahren Arbeitsstrukturen mit der NATO aufzubauen. Bis jetzt haben Vereinbarungen zwischen dem NATO-Hauptquartier und dem UN-Department formal lediglich den Charakter reiner Absichtserklärungen. Die Gespräche und die detaillierte Festlegung von Verfahrensweisen der Kooperation und der Aufbau eines Registers über verfügbares Militärmaterial und Personal haben jedoch einen solchen Grad der Differenziertheit vorgesehener Arbeitsabläufe in Katastrophenfällen erreicht, daß die Kooperation über reine Absichtserklärungen bereits weit hinausgegangen ist.

Im NATO-Hauptquartier hatte die Abteilung Civil Emergency Planning (CEP) bis vor einigen Jahren offiziell die Aufgabe, im Kriegsfall das »Überleben« von NATO-Regierungen und deren Bevölkerung zu garantieren. Jetzt ist sie hauptsächlich mit der Konzeption und Durchführung von »humanitären« NATO-Einsätzen beschäftigt und ist Hauptgesprächs- und Verhandlungspartner des UN-Departments. Bei der NATO werden die Erfahrungen in Ex-Jugoslawien ausgewertet und ein Konzept »multifunktionaler peacekeeping Einsätze«, das eine Kooperation mit zivilen Arbeitsbereichen beinhaltet, erarbeitet. Das Internationale Rote Kreuz versucht in einer Analyse Bedingungen für eine Kooperation zwischen humanitären Akteuren und intervenierenden Militärs zu definieren. Mit zunehmender Brisanz und Instabilität von Konflikten sei eine von der Zivilbevölkerung und von den Bürgerkriegsparteien wahrnehmbare Unabhängigkeit der militärischen und der humanitären Ebene wichtig. Gleichzeitig spricht die Analyse jedoch von engem Informationsaustausch und gegenseitiger Ergänzung der beiden Ebenen. Gegenwärtig herrsche jedenfalls ein »konzeptionelles Chaos«.

Katastrophenhilfe innerhalb und außerhalb von UN-Interventionen ist immer der Gefahr ausgesetzt, von Machtpolitik manipuliert, beeinflußt und als Instrument mißbraucht zu werden, auch weil sie zum Großteil von denjenigen Staaten finanziert wird, deren internationale Politik mitverantwortlich für die Ursachen von Katastrophen ist. Es gibt humanitäre Akteure, deren Interessen nicht direkt nationalstaatlich eingebunden und relativ unabhängig sind. Teile des UN-Systems und die Mehrheit der NGO zählen dazu. Aber auch diese Akteure sind Organisationen mit Sonderinteressen, was fatale Folgen haben kann. Ein Teilbereich der humanitarian community ist längst zum bloßen Nutznießer des big business der Katastrophenhilfe geworden.

Auf der anderen Seite könnten humanitäre Akteure zukünftig dennoch eine größere Rolle bei der Umsetzung des Völkerrechts spielen als in der Vergangenheit. Sie sind ein wichtiger Faktor bei der Herausbildung einer Politik der Konfliktprävention, die langfristig machtpolitische Interessen der Nationalstaaten zurückdrängen könnte. Entscheidend für diese politische Funktion humanitärer Hilfe sind die völkerrechtlichen und machtpolitischen Rahmenbedingungen, in denen sie stattfindet. Auf diese Rahmenbedingungen können die Akteure jedoch keinen direkten Einfluß nehmen, es bleiben nur Lobby- und Medienarbeit. (Das aktuelle Beispiel Nordkoreas bietet reiches Anschauungsmaterial für die Instrumentalisierung humanitärer Hilfe und die schwierige Positionierung multilateraler Hilfsorganisationen; siehe Kasten.)

Neuer Gesellschaftstyp: UN-Regierung

► Der UN-Sicherheitsrat hat in der Vergangenheit häufig großmundig Interventionen angekündigt, aber weder klare Ziele benannt noch ausreichend Mittel für die Erreichung von Zielen zur Verfügung gestellt. Dies führte zu der Kritik an ganz oder teilweise gescheiterten Interventionen und hat zu einer von der USA und anderen Staaten beabsichtigten Schwächung des politischen Stellenwerts der UN-Organisationen geführt. Einige Mitglieder der Kommission Global Governance befürworten deshalb die Reduzierung von UNO-Aufgaben, um einen Kernbestand besser wahrnehmen zu können.

Die Kommission hat Reformvorschläge für das UN-System ausgearbeitet und einen »Aufruf zum Handeln« verfaßt, in dem ein internationales politisches System entworfen wird, das auf einer Vielfalt von gegenseitigen vertraglichen Kooperationen der Staaten, regionaler Staatenorganisationen, multilateraler Organisationen und der kommunalen, nationalen, regionalen und globalen Einbeziehung der Akteure der Zivilgesellschaft beruht (s. Kasten auf S. 22). Im Rahmen der Diskussion über die UN-Reform wird beklagt, daß sich zwischen »Peacekeeping«- (Art. VI der UN-Charta) und »Peaceenforcement«-Einsätzen (Art. VII der UN-Charta) eine »Grauzone« befinde. Bei UN-Interventionen in unübersichtlichen Bürgerkriegsgebieten bzw. in Konfliktregionen, die sich kurz vor einem Bürgerkrieg befinden, müßte eine Verknüpfung von zivilen und militärischen Mitteln stattfinden, die aber konzeptionell noch nicht ausreichend weit entwickelt sei. Dieser Einsatztyp sei weder von der UN-Charta vorgesehen, noch logistisch-organisatorisch umgesetzt worden. Einige Kommissionsmitglieder befürworten deshalb eine Ergänzung der UN-Charta.

Eine solche Intensivierung der Verkoppelung von humanitärer und militärischer Intervention kann unter Umständen dazu führen, daß der Verfall staatlicher Souveränität noch beschleunigt und diese letztlich aufgehoben wird. Der Intervention folgt dann der Versuch des Wiederaufbaus staatlicher Strukturen. Ein Ende derartiger UNO-Programme z.B. in Mosambique, Afghanistan und Kambodscha ist jedoch nicht abzusehen. In Angola und Kambodscha ist die Befriedung des Landes erneut gescheitert. Es entsteht somit ein neuer Gesellschaftstyp, in dem sich nationale und internationale Aktionsebenen vermischen. Militärs, NRO, Regierungen und internationale Organisationen widmen sich arbeitsteilig ihren jeweiligen Fachgebieten. Der Umfang und die Kontinuität der Arbeit unterliegt den Schwankungen der finanziellen und politischen Unterstützungsbereitschaft der Geberländer. Praktisch übernehmen die ausländischen Agenturen für eine ungewisse Periode die »Treuhandschaft« über ein Land oder Region und bilden eine Ersatzregierung. Die humanitären Akteure sind Teil dieser neuen Form der Treuhandschaft.

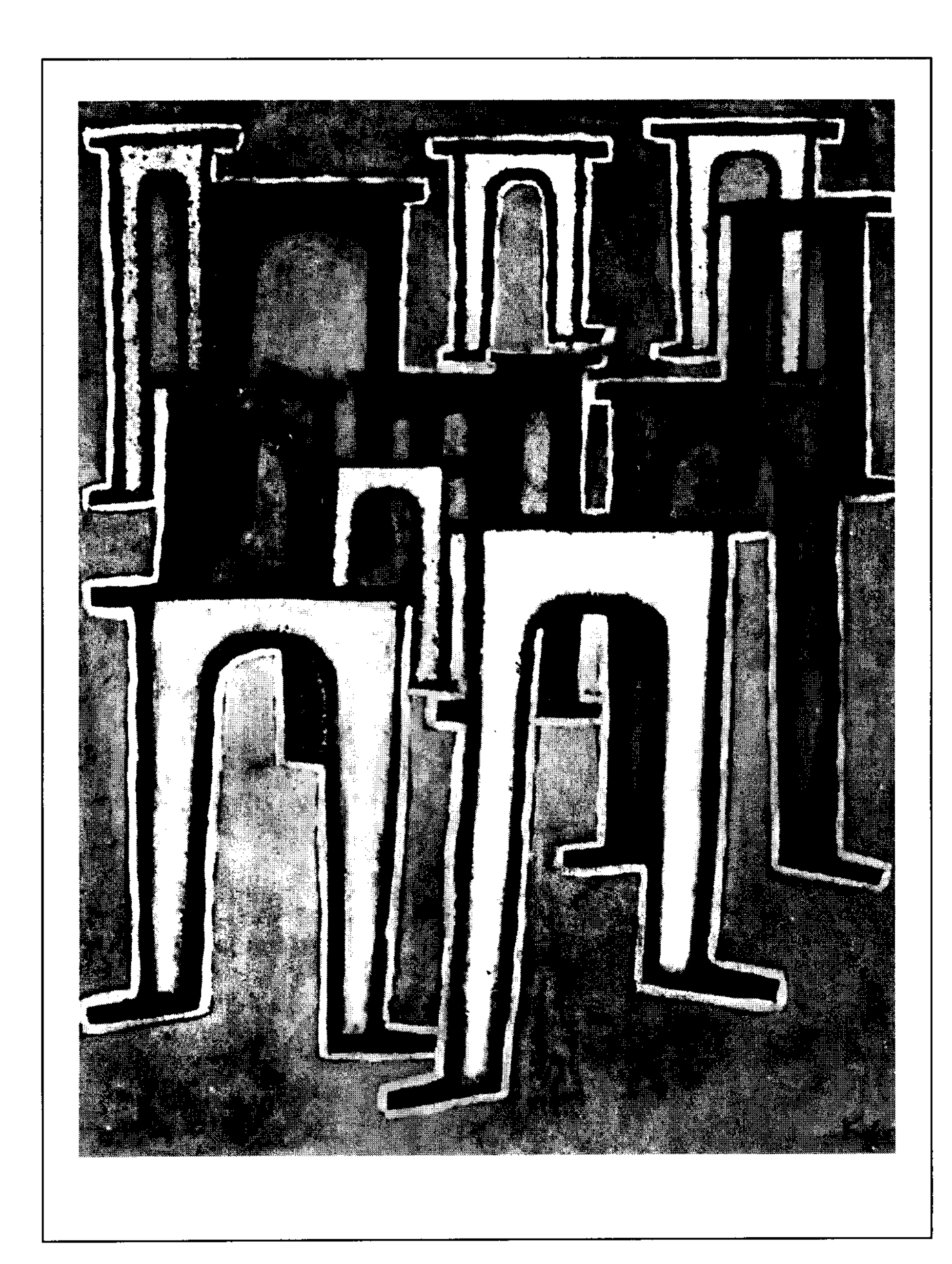
Anmerkung:

1 Rony Brauman in: Ärzte Ohne Grenzen: Im Schatten der Konflikte, Schützt Humanitäre Hilfe Menschen in Not?, Bonn 1996, S.21/22.

► **Dieter Reinhardt** ist Herausgeber des Buches »Die Katastrophe, die Not und das Geschäft. Das Beispiel Bangladesh«, C.H. Beck-Verlag, München 1997. Er ist Mitarbeiter von terre des hommes – der Beitrag gibt jedoch die persönliche Auffassung des Autors wider.

Nation hybrid

Kulturkritische Ansätze der Postcolonial Studies (Teil II)



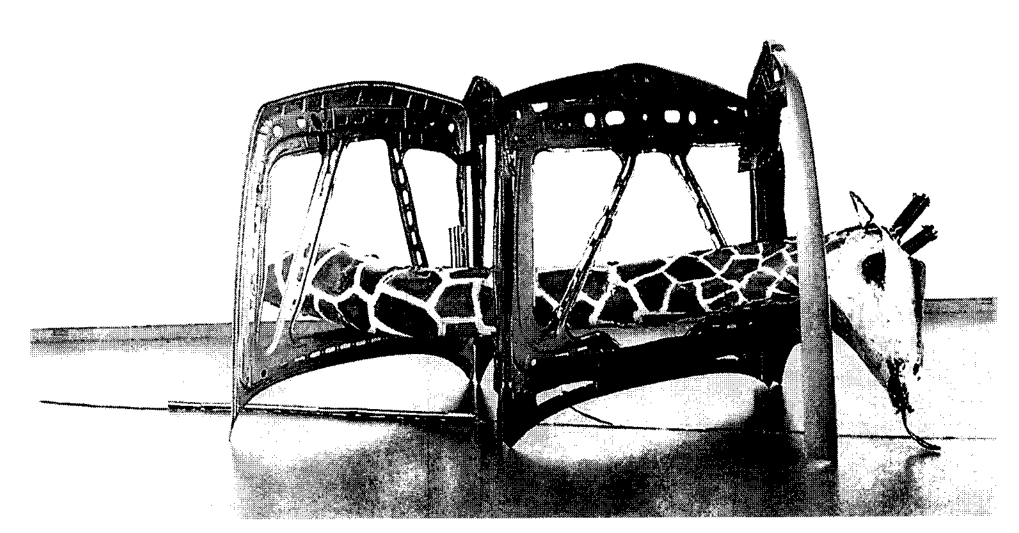
von **Sabine Grimm**

Die »holy trinity« der Postcolonial Studies – Said, Spivak und Bhabha – hat für einen grundlegend neuen Blick auf den Kolonialismus gesorgt. Daß sich in ihren Ansätzen auch Schwachpunkte finden, zeigte bereits der erste Teil des Artikels. So bleibt Said einem Täter-Opfer-Dualismus verhaftet, Bhabha mit seinem Konzept der Hybridisierung als Widerstandsform gegen den Kolonialismus negativ an den rassistischen Diskurs gebunden. Der zweite Teil des Artikels setzt sich mit dem Verhältnis der Postcolonial Studies zu Klasse und insbesondere Nation auseinander. Beziehen sich die einen auf Kultur, um ihr politisches Projekt einer nationalen Befreiung in den Staaten des Trikonts zu begründen, versuchen die anderen, Nation in den Zentren kulturell umzudeuten.

► Aijaz Ahmad, einer der wenigen marxistischen Kritiker der Postcolonial Studies, weist darauf hin, wie weitgehend in deren vorherrschender Theoriebildung die Klassenverhältnisse außer acht gelassen werden. Theoretische Konzepte wie das der Hybridität affirmierten die privilegierte Position postkolonialer Intellektueller, die oft als Repräsentanten ihrer Herkunftsländer wahrgenommen würden, im Sinne einer Selbststilisierung der eigenen kulturellen Kompetenz (über mehrere Sprachen verfügen etc.). Außerdem ignorierten sie die Klassenunterschiede zwischen Migranten (Ahmad 1996). Seine Kritik richtet sich vor allem gegen eine Tendenz, die in Edward Saids Behauptung, der »Kampf um Dekolonisation« habe sich »von den Peripherien ins Zentrum bewegt« (Said 1990: 30), paradigmatisch zum Ausdruck gelange: »In solchen Formulierungen wird der 'Kampf um Dekolonisation' zu einer vornehmlich literarischen oder literaturwissenschaftlichen Angelegenheit, und die akademische Elite der Intelligenzija reklamiert – der verblüffenden Diskrepanz zwischen Fakten und Selbstwahrnehmung ungeachtet – für sich die Rolle der revolutionären Avantgarde der ganzen Welt.« (Ahmad 1992: 208)

Exil als seelische Verfaßtheit

► Ahmads Einwände beziehen sich unter anderem auf Saids Unterscheidung zwischen »kolonialen« und »postkolonialen Intellektuellen«, eine Unterscheidung, die auch Bhabha und andere postkoloniale Kritiker vornehmen. Als »koloniale Intellektuelle« bezeichne Said schlicht Nicht-Europäer, die während der kolonialen Periode aus der kulturellen Perspektive europäischer Dominanz geschrieben, das heißt sich mit der europäischen Kultur identifiziert hätten, ganz gleich ob als Nationalisten oder Marxisten. »Postkolonialen« Intellektuellen dagegen schreibt er zu, zugleich außerhalb der westlichen kulturellen Tradition zu stehen und die Waffen des europäischen kritischen Denkens besser zu beherrschen: Sie nutzten die einst exklusiv dem »Europäer« vorbehaltenen Techniken und Diskurse und wendeten sie »im Herzen der westlichen Metropole« gegen die ehemaligen Kolonisatoren. Ahmad kritisiert diese Periodisierung und wendet sich dabei vor allem gegen Saids Behauptung, die privilegierte Position für den Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus bestehe nun in der Kombination von »Third World Origin«



Befreiungsprojekt – im Diskurs steckengeblieben

und »Metropolitan Location« (Said 1990: 29) – eine Auffassung, die in der postkolonialen Kritik vorherrscht. Die hier verbreiteten »Ideologien der Immigration« (Ahmad) gingen mit einer Rhetorik einher, die Begriffe wie Exil oder Diaspora entwerte: »Der Umstand, daß manche dieser Intellektuellen tatsächlich aus politischen Gründen ins Exil gehen mußten, wurde dazu benutzt, den Begriff 'Exil' durch einen äußerst inflationären Gebrauch auszudehnen, und zwar zunächst als Metapher und schließlich als vollständig angeeignete Terminologie für die Beschreibung der existentiellen Bedingungen von Immigranten insgesamt; der Oberschichts-Inder, der sich selbst dazu *entschieden* hat, in einem Metropolenstaat zu leben, wird so zum 'Diaspora-Inder', und das 'Exil' als solches wird, abgelöst von materiellen Bedingungen, zur seelischen Verfaßtheit. Exil, Immigration und berufliche Vorlieben werden zu Synonymen und faktisch wechselseitig ununterscheidbar.« (Ahmad 1992: 86)[1]

Ahmads Intervention in die Postkolonialismus-Debatte zielt nicht darauf ab, die Entwicklung der Postcolonial Studies an westlichen Akademien per se zu beklagen und die betreffenden Intellektuellen als »Verräter« des antiimperialistischen Kampfs zu brandmarken.[2] Seine Analyse macht vielmehr eine Verschiebung linker Theoriebildung sichtbar, die er an einigen Punkten zu Recht als politisch fragwürdige Abkehr und Distanzierung von einem mit der marxistischen Kapitalismuskritik verbundenen Antikolonialismus beschreibt: Die postkoloniale Kritik gehe nicht nur mit einem größeren Interesse am Kolonialismus der Vergangenheit als am Imperialismus der Gegenwart einher – in der Tat erfährt man in den hier bevorzugten Analysen wenig über die gegenwärtigen politischen Verhältnisse in den postkolonialen Staaten. Sie habe die Aufmerksamkeit in einer so umfassenden Weise von den »Fakten« imperialistischer Kriege und ökonomischer Ausbeutung zu den »Fiktionen« der kulturellen Repräsentationen verschoben, daß marxistische Ansätze in der Regel als totalisierend und ökonomistisch verworfen würden und sich das intellektuelle Engagement nun beinahe ausschließlich auf Diskursanalyse und Dekonstruktion konzentriere. (Ahmad 1992: 93)

Antikolonialismus als Intellektuellenprojekt

▶ Ahmad klagt die Dimensionen ein, die im Zuge dieser Verschiebung in den Hintergrund treten oder vollständig vernachlässigt werden: die Frage der Klassenverhältnisse, die Kritik der politischen Ökonomie, den politischen Bezug auf soziale Kämpfe in den ehemaligen Kolonialstaaten, in der Peripherie überhaupt.

Seine Intervention richtet sich nicht zuletzt gegen eine Umdeutung von Antikolonialismus zum Intellektuellenprojekt einer »Dekolonisation des westlichen Denkens«. Eine solche Umdeutung nimmt etwa Robert Young, die postkoloniale Kritik mit dem Postmodernismus kurzschließend, in *White Mythologies* vor: »Wir sollten nicht annehmen ..., daß der Anti-Kolonialismus auf unser Zeitalter beschränkt war: Sympathie für den unterdrückten Anderen und Forderungen nach Dekolonisation sind so alt wie der europäische Kolonialismus selbst. Neu in den Jahren seit dem Zweiten Weltkrieg, während derer die Dekolonisation der europäischen Empire zum größten Teil erfolgte, war der sie begleitende Versuch, ebenso das europäische Denken und die Formen seiner Geschichte zu dekolonisieren. Er markiert so jene fundamentale Verschiebung und kulturelle Krise, die gegenwärtig als Postmodernismus charakterisiert wird.« (Young 1990: 119) Für Young setzt diese postmodern-postkoloniale »Krise«, mit der die »europäische Kultur« sich zunehmend darüber bewußt werde, daß sie nicht mehr das »unhinterfragte Zentrum der Welt« (1990: 19) sei, 1961 mit der Veröffentlichung von Frantz Fanons *Die Verdammten dieser Erde* ein. Fanons Kritik des Humanismus als Ideologie, die den Kolonialismus legitimierte, aber auch Jean Paul Sartres Vorwort zu den *Verdammten dieser Erde* – in dem er schreibt: »auch wir Europäer werden dekolonisiert«... »Ihr wißt genau, daß wir Ausbeuter sind ..., weil wir alle von der kolonialen Ausbeutung profitiert haben« – gelten Young als Beginn einer Dekolonisation des Westens, die er durch Derridas Dekonstruktion der westlichen Philosophie und die »holy trinity« der Postcolonial Studies – Said, Bhabha und Spivak – fortgeführt sieht.

Der Bezug auf Frantz Fanon eint die Kritiker und die Protagonisten der Postcolonial Studies, die hierbei allerdings unterschiedliche theoretische und politische Interessen verfolgen. Vor allem dann, wenn es um Fanons Thesen zum Verhältnis von nationaler Kultur und Antikolonialismus geht, die von ihrem historischen Kontext, dem algerischen Befreiungskampf gegen die französische Kolonisation, kaum zu trennen sind, lassen sich hier zum Teil verwirrende Frontstellungen ausmachen.

Die einen beziehen sich weiterhin auf das Projekt nationaler Befreiung, wie Fanon es in *Die Verdammten dieser Erde* formuliert hat, und setzen auf Nation als einheitsstiftenden Bezugspunkt des Widerstands in den Ländern der »Dritten Welt«. Die anderen hingegen greifen die gegen einen identitären Kulturbegriff gerichteten Aspekte seiner Thesen für ihre kulturtheoretischen Konzepte auf und lesen Fanon durch Dekonstruktion und Poststrukturalismus hindurch. Tatsächlich sind beide Momente, ein kritischer wie ein affirmativer Bezug auf den Begriff des Nationalen, in *Die Verdammten dieser Erde* zu finden.

Fanon ging davon aus, daß im politischen Kampf gegen den Kolonialismus »die Tradition ihre Bedeutung« ändere und die Intellektuellen sich der »schwankenden Bewegung«, der »verborgenen Gleichgewichtsstörung, in der sich das Volk befindet«, anschließen sollten, von »der her plötzlich alles in Frage gestellt« (Fanon 1981: 192) werde. Bhabha etwa nimmt diese gegen eine kulturalistische Fixierung auf die »nationale Tradition« gerichtete These Fanons für seine Sprachtheorie auf: »Fanons Bewegungsmetapher – wenn sie für eine Theorie der kulturellen Signifikation reinterpretiert wird – ermöglicht uns nicht nur, die Notwendigkeit von Theorie zu sehen, sondern ebenso die restriktiven Vorstellungen von kultureller Identität, mit denen wir unsere Visionen von politischer Veränderung belasten.« (Bhabha 1994: 37f.)

E. San Juan dagegen, ein vehementer Kritiker Bhabhas und der postkolonialen Theorie überhaupt, möchte an Fanons »Ausgangsprojekt der national besetzten Eroberung von Identität« im Sinne von Handlungsfähigkeit und der Einheit des politischen Kampfs festhalten. (San Juan 1996: 365) Er sieht im »Aufstieg des postkolonialen Textualismus« ein »Symptom des schwindenden

Widerstands der 'Dritten Welt' in den Achtzigern« (1996: 368) und beklagt die »Verflüchtigung des 'Dritte-Welt'-Kults in das eklektische Kosmopolitentum der Postkolonialität« (1996: 362). Daß Fanons Projekt »abgewertet und verleugnet« worden sei, liege an der »weltweiten Hegemonie der poststrukturalistischen Ideologie und ihrem Faible für Austausch, Pastiche, Fragmentierung, Textualität und Differenz« (1996: 365) – die Polemik gegen das Ungeheuer des Poststrukturalismus nimmt hier verschwörungstheoretische Züge an, die mit der marginalisierten Position jener, die an marxistischen Imperialismustheorien, innerhalb der selbst marginalen Strömung der Postcolonial Studies festhalten, kaum zu erklären ist.

Nationalismus und Befreiung

▶ Eine gegenüber San Juan differenziertere Position nimmt Aijaz Ahmad ein, der den Nationalismus der nationalen Bourgeoisien in den postkolonialen Staaten ebenso angreift wie den Dritte-Welt-Nationalismus emigrierter Intellektueller. Zugleich wendet er sich zu Recht gegen einen abstrakten Antiessentialismus, der glaube, Nationalismus an sich, ohne Ansehung der Machtverhältnisse, kritisieren zu können und dabei die Unterschiede – etwa zwischen kurdischem und türkischem Nationalismus – übergeht. Unverständlich bleibt jedoch, warum er deshalb am Nationalismus als Befreiungsperspektive festhalten muß: Zu kämpfen, so Ahmad, gelte es nicht »gegen Nationen und Staaten an sich, sondern für andere Artikulationen von Klasse, Nation und Staat.« (Ahmad 1992: 11) Letztlich schimmert in Ahmads Bezug auf nationale Befreiung noch das Leninsche Selbstbestimmungsrecht der Völker durch.

Aus dieser Perspektive polemisiert auch er gegen den »poststrukturalistischen Skeptizismus«, gegen dessen Entlarven von Ursprungsmythen, und wirft etwa Said, der weiterhin für den palästinensischen Befreiungskampf eintritt, vor, sich theoretisch immer mehr an die poststrukturalistische Verleugnung von Nation anzunähern. [3]

Doch geht seine Kritik letztlich an ihrem Gegenstand vorbei. Denn es ist ja keineswegs so, daß PoststrukturalistInnen, wie Ahmad es unterstellt, sich nicht auf Nation beziehen. Vielmehr plädieren sie für eine Anerkennung der postkolonialen Geschichte innerhalb der »nation as narration« (Bhabha), und damit, wie Ahmad es einklagt, für »andere Artikulationen von Nation«, allerdings weniger in den Staaten der Peripherie als vielmehr im Zentrum. So fordert etwa Bhabha: »Die westlichen Metropolen müssen sich mit ihrer postkolonialen Geschichte als einer indigenen oder einheimischen Erzählung, *die ein fester Bestandteil ihrer nationalen Identität ist* und von den Nachkriegsmigranten und -flüchtlingen erzählt wird, auseinandersetzen.« (Bhabha 1994: 6). Und auch Stuart Halls Diktum »Alle modernen Nationen sind kulturell hybrid« (Hall 1994: 207) ist in diesem Sinne zu verstehen. Er beschließt seine Überlegungen zur »neuen Ethnizität« mit der Feststellung: »Vor fünfzehn Jahren haben wir uns, oder zumindest ich mich, nicht darum gekümmert, ob im Union Jack schwarz vorkommt. Nun tun wir es nicht nur, wir müssen es auch tun.« (1994: 24) Beziehen die einen sich auf Kultur, um ihr politisches Projekt einer nationalen Befreiung in den Staaten des Trikont zu begründen, so versuchen die anderen Nation in den Zentren kulturell umzudeuten.

Insofern die postkoloniale Kritik nicht über eine staatstheoretische Kritik der Nation-Form verfügt, wie sie in der Rassismusdiskussion der letzten Jahre entwickelt wurde, ist zu befürchten, daß ihre Rezeption an diesem Punkt ein theoretisches Vergessen befördert. Andererseits gibt es genug historisches und aktuelles Material – nicht zuletzt, was den Antiimperialismus der Linken in der Bundesrepublik betrifft -, das einer »Colonial Discourse Analysis« zu unterziehen wäre.

Der Text wurde mit freundlicher Genehmigung der Zeitschrift ***Die Beute, Nr. 2/97*** *entnommen. Zur politischen Position Saids siehe auch den Beitrag auf S. 14 in diesem Heft.*

Anmerkungen:

1 In seinen Vorlesungen zum »Ort des Intellektuellen« etwa erklärt Said das Exil zum Modell für seine Neuauflage des »freischwebenden Intellektuellen«, vgl. Said 1997: 67 bzw. 71.

2 Auch wenn er zuweilen diesen Eindruck erweckt und ihm der Vorwurf gemacht wurde, eine »Politik der Nostalgie« zu verfolgen. Vgl. etwa Kaviraj 1993. Tatsächlich übt er am Antiimperialismus der Linken in den sechziger und siebziger Jahren weitaus weniger Kritik als an den aktuellen Positionen der Postcolonial Studies.

3 Said war zwanzig Jahre Mitglied des palästinensischen Exilparlaments, doch hat er schon vor dem Abschluß des israelisch-palästinensischen Friedensvertrags Arafat die Unterstützung aufgekündigt, da er diesen als Selbstaufgabe einschätzt (»He's sold his people into enslavement«).

Literatur:

Ahmad, Aijaz 1992: *In Theory.* Classes, Nations, Literatures. London/New York

ders. 1996: The politics of literary postcoloniality. In: *Race & Class*, 36, 3/1996

Bhabha, Homi K. 1994: *The Location of Culture.* London, New York

Fanon, Frantz 1981: *Die Verdammten dieser Erde.* Frankfurt am Main

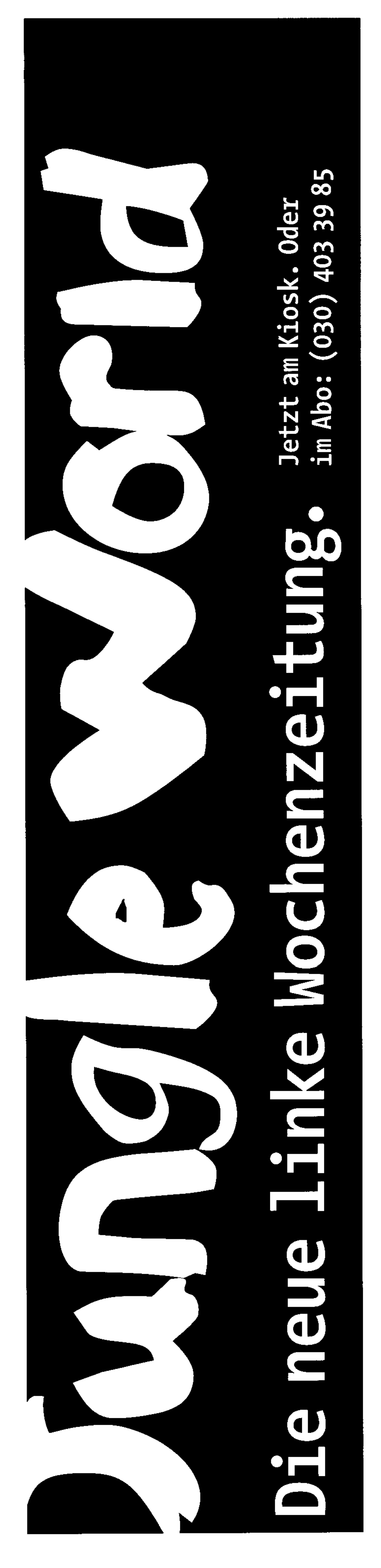
Hall, Stuart 1994: *Rassismus und kulturelle Identität.* Hamburg

Said, Edward W. 1990: Third World intellectuals and metropolitan culture. In: *Raritan*, Winter 1990

San Juan Jr., E. 1996: Über die Grenzen »postkolonialer« Theorie: Kassiber aus der »Dritten Welt«. In: *Das Argument* 215/1996

Young, Robert 1990: *White Mythologies.* Writing History and the West, London/New York

▶ **Sabine Grimm** ist Redakteurin bei der Zeitschrift **Die Beute**.





Dugum Dani betrachten Dead Birds; Robert Gardner filmt (Januar 1989)

Die Stimmen der 'Anderen'

Anmerkungen zum ethnographischen Film

von **Volker Kull**

Die Vorurteile gegenüber 'ethnographischen' Filmen gründen zumeist darin, 'ethnographischen' FilmemacherInnen einen übertriebenen Hang zu wissenschaftlichem Realismus zuzuschreiben. Dies sei einerseits der Erfassung der kulturellen Realitäten der 'Anderen' abträglich und führe andererseits dazu, daß einzig uninteressante und langatmige Filme produziert werden. Doch 'ethnographische' Filme sind oft besser als ihr Ruf.

► Wenn ich auf Veröffentlichungen stoße, die in irgendeiner Weise Themen der Ethnologie behandeln, bin ich immer wieder erstaunt, wie negativ die Haltung der Öffentlichkeit gegenüber diesem Fach ist. Reaktionen auf 'ethnographische'[1] Filme sind davon nicht ausgenommen.

Einer der Kritiker des 'ethnographischen' Films ist Eliot Weinberger. In einem Artikel in *Lettre International* aus dem Jahre 1995 beschreibt er 'ethnographische' FilmemacherInnen als Angehörige eines Volkes, die »sich für unsichtbar halten«, »die ihre Informationen roh« verschlingen und »einer erschrekkenden Gottheit namens Realität« frönen. Der schlimmste Vorwurf, den man EthnologInnen machen könne, sei, sie mit dem Begriff 'Ästhet' zu bezeichnen.

Selbstverständlich hat es die Stimmen von EthnologInnen, die auf einer im Platonschen Sinne mimetischen Abbildung der Realität in filmischen Darstellungen beharren, immer gegeben und wird es sehr wahrscheinlich immer geben. Dennoch darf man bei aller Kritik eine wichtige Dimension 'ethnographischen' Filmemachens nicht ignorieren: Die zentrale Motivation ethnologischer FilmemacherInnen ist es, die Lebenswelten von Menschen aus uns fremden Kulturen visuell darzustellen und so der wissenschaftlichen sowie der allgemeinen Öffentlichkeit näherzubringen. Geleitet vom Respekt für die Lebensweise der 'Fremden' sahen und sehen 'ethnographische' FilmemacherInnen dabei eine ihrer wichtigsten Aufgaben darin, durch ihre Filme Empathie und Verständnis für die 'Anderen' zu wecken bzw. zu fördern.

Schablonenhafter Realismus?

► Neben der schlaglichtartigen Darstellung der Geschichte des 'ethnographischen' Films beabsichtige ich im folgenden, am Beispiel des zitierten Artikels von Eliot Weinberger einige der häufig an diesem Filmgenre vorgebrachten Kritikpunkte zu entkräften.

Weinbergers Kritik richtet sich insbesondere auf die in der Ethnologie anerkannten professionellen 'ethnographischen' Filme, die sich an dem Mitte der 70er Jahre von dem US-amerikanischen Anthropologen Karl Heider (1975) aufgestellten normativen Kriterienkatalog für wissenschaftlich hergestellte 'ethnographische' Filme orientieren.[2] Konkret bezieht er sich auf die Filme von Timothy Asch und Napoleon Chagnon über die im brasilianischen und venezolanischen Regenwaldgebiet lebenden Yanomamö.[3] Asch und Chagnon haben insgesamt 21 Filme über die Yanomamö produziert. Grundlage für diese Filme war ein Katalog anthropologischer Kategorien, wie etwa 'soziale Organisation', 'Verwandtschaft', 'Religion' oder 'sozialer Konflikt'. Jeder Kategorie wurde mindestens ein Film zugeordnet. Weinbergers Hauptvorwurf an beispielsweise *The Ax Fight* (1975) – ein Film über eine gewaltsame Auseinandersetzung der Yanomamö – lautet, daß er chaotisches Leben in verständliche wissenschaftlich greifbare Schablonen packe. Durch eine solche Vorgehensweise werde – entgegen der ursprünglichen Undurchsichtigkeit der tatsächlichen Ereignisse – kulturelle Realität im Sinne wissenschaftlicher Handhabbarkeit verändert und könne in Forschung und Lehre Anwendung finden. Die Filmemacher hätten, statt auf ihrem Postulat eines wissenschaftlichen Realismus zu beharren, eine dem Ereignis adäquate, offenere Erzählweise wählen sollen.

Dies ist nicht falsch und dennoch nur die halbe Wahrheit, sowohl in bezug auf die Filme von Asch und Chagnon als auch in bezug auf die Haltung von EthnologInnen gegenüber ihren Filmen im allgemeinen. Was eine derartige Kritik völlig außer acht läßt, ist der gesellschaftliche und ethnologische Kontext dieser Filme. Das Rohmaterial der Filme entstand Ende der 60er Jahre, zu einer Zeit, in der EthnologInnen noch an das Paradigma einer durch ihre eigene etischen, d.h. von ihrer Außenperspektive geprägten, erfaßbaren Realität im streng positivistischen Sinne glaubten, zugleich aber versuchten, die emische, d.h. die Innenperspektive der Einheimischen in ihre Produkte zu integrieren. Auch ist *The Ax Fight* nicht nur durch die von EthnologInnen aufoktroyierten wissenschaftlichen Schemata gekennzeichnet. Dies wird deutlich, wenn man einen Blick auf die Erzählweise des Filmes wirft. Timothy Asch war gemeinsam mit John Marshall der erste, der in seinen Filmen mit Untertiteln experimentierte, um den Zuschauern einen unmittelbareren Eindruck von der Sprache der Gefilmten zu geben. Durch die Verwendung von Untertiteln statt eines *voice over*, einer simultanen Übersetzung aus dem *off*, versuchen sie, in *The Ax Fight* die Stimmen der Yanomamö zu Wort kommen zu lassen. Und den Einfluß des bis dahin mehr oder weniger unhinterfragt in 'ethnographischen' Filmen verwendeten erklärenden und allwissenden *off*-Kommentar entkräften sie, indem sie explizit Einblicke gewähren in den ethnologischen und filmischen Erkenntnisprozeß. Von einer spontanen Beobachtung der Ereignisse und ihren unfertigen Kommentaren über eine erste problematische Interpretation bis hin zur endgültigen Interpretation im Sinne des damaligen funktionalistischen Paradigmas zeigt der Film in anschaulicher

Weise, wie EthnologInnen ihr Erleben in Wort und Bild umsetzen. Die Einbindung einiger Minuten Schwarzfilm erinnert dabei an filmische Stilmittel, wie sie beispielsweise auch im lateinamerikanischen Kontext von Filmemachern wie etwa Fernando Solanas und Octavio Getino bei ihrem Film *La Hora de los Hornos* (Die Stunde der Hochhöfen; 1968) verwendet wurden. Ziel, hier wie dort, war es, die Zuschauer zu befähigen, sich eindeutig von den Inhalten des filmischen Textes selbst zu distanzieren und ihre eigene Position zu hinterfragen.

Visueller Imperialismus?

► Der Vorwurf, wie ihn Weinberger in bezug auf *The Ax Fight* formulierte, daß die in der Ethnologie anerkannten Filme ästhetischen Produktionskriterien, wie etwa eine ausgeprägte visuelle Filmsprache, zu wenig Raum beimessen würden, da diese mit der geforderten Wissenschaftlichkeit unvereinbar seien, taucht in Veröffentlichungen zum 'ethnographischen' Film immer wieder auf. Zum Beleg dieser These wird auf Filme verwiesen, die zumindest bis vor kurzem von vielen EthnologInnen nicht oder nur sehr eingeschränkt als 'ethnographische' Filme klassifiziert wurden, wie etwa Robert Gardners Filme *Dead Birds* (1964) und *Forest of Bliss* (1986).

Unbestritten ist, daß die Filme Robert Gardners einen schweren Stand in der Ethnologie hatten und haben. Nicht wenige EthnologInnen kritisierten die fehlende Wissenschaftlichkeit. Vielleicht wurde er aber zurecht aus dem Genre des 'ethnographischen' Films ausgegrenzt. Sehr gut erläutern läßt sich dieser Standpunkt anhand seines ersten und vielleicht bis heute bekanntesten Films. *Dead Birds* ist die dramatische Darstellung von Kriegshandlungen einer Gruppe der Dugum Dani im heutigen Irian-Jaya mit einer Nachbargruppe. Der Film beschreibt die Dani als gewalttätiges Volk, deren zentraler Lebensinhalt kriegerische Auseinandersetzungen darstellen. Dieses Bild, das sich von den Dugum Dani in Folge von *Dead Birds* außerhalb der Ethnologie im Bewußtsein der Öffentlichkeit verankerte, hatte jedoch wenig mit der kulturellen Realität der Dani zu tun. Zahlreiche EthnologInnen, die sich mit den Kulturen Neuguineas befaßten, erkannten rasch, daß diese Darstellung der Dani vielmehr sehr stark auf den projizierten Phantasien eines von den kriegerischen westlichen Kulturen geprägten Filmemachers basierte. Dennoch war auch diese ausgrenzende Haltung unter EthnologInnen nicht unumstritten, und zumindest der ästhetische Wert des Films wurde ab Mitte der 80er Jahre vollkommen anerkannt. Den Vorwurf allerdings, daß Gardner überhaupt nicht die Intention hatte, sich auf die Lebensweise der Dani einzulassen und deshalb ihre Kultur nur unzureichend dargestellt habe, muß sich der Film unabhängig von jeglicher ansprechender Ästhetik gefallen lassen. Hier unterscheidet sich der Film auch radikal von den übrigen 'ethnographischen' Filmen, weshalb es mir durchaus gerechtfertigt erscheint, den Film eben nicht als 'ethnographisch' wahrzunehmen.

Man könnte auch den Filmen von John Marshall über die !Kung San, einem Volk von Jägern und Sammlern im südlichen Afrika, diesen Vorwurf machen. Doch obwohl beispielsweise die Geschichte, die John Marshall in *The Hunters* (1956) erzählt, durchdrungen ist von seinen eigenen Vorstellungen über die kulturelle Realität, wurde die Glaubwürdigkeit von *The Hunters* zu jener Zeit in der Ethnologie nicht bezweifelt. Marshall war, entsprechend den damaligen Erkenntnissen über Jäger-und-Sammler-Gesellschaften, überzeugt, daß die Juwasi, so nennen sich die !Kung San selbst, einen harten Lebenskampf zu bestreiten hätten und dabei ihre Tage vor allem mit der Jagd auf Großwild zubrachten. Zum einen stellte er die für die Nahrungssuche zentralen Sammlertätigkeiten nur am Rande dar. Zum anderen sind diese Sammlertätigkeiten alles andere als ein 'Kampf'. Heutzutage ist eindeutig belegt, daß sie vielmehr nur einen kleinen Teil des täglichen Lebens in Anspruch nehmen. Der Rest des Tages bleibt für Freizeit.

Aufgrund derartig verzerrter Geschichten wurde gegen 'ethnographische' FilmemacherInnen durchaus zu Recht der Vorwurf erhoben, daß sie einen 'visuellen Imperialismus' betreiben. Da aber die Vorstellungen Marshalls auf einem breiten Konsens innerhalb der Ethnologie beruhten, müßte sich dieser Vorwurf im Grunde an das Wesen von Wissenschaft im allgemeinen richten und nicht gegen einzelne FilmemacherInnen, die diesen Erkenntnissen folgten. Andererseits jedoch zeugt die Intention Marshalls, die Ereignisse in Sequenzen aufzunehmen, zumindest von seinem Willen, die Kultur der !Kung San in ihrem Sinne, also aus einer emischen Perspektive darzustellen, was Gardner in bezug auf die Dani so niemals beabsichtigte. Das Verhältnis von Rohmaterial zu geschnittenem Film betrug beispielsweise bei Gardner 20 bzw. 30:1, bei John Marshall hingegen lag es bei etwa 2 bzw. 3:1. Dies verdeutlicht zumindest ansatzweise die völlig unterschiedlichen Konzepte beider Filmemacher. Zudem muß angemerkt werden, daß sich John Marshall mit der stetigen Verschlechterung der Lebensverhältnisse und der gewandelten Erkenntnisse über die Kultur der !Kung San innerhalb der Ethnologie von seinen Filmen der 50er Jahre über die !Kung San entschieden distanzierte, was Gardner so nie tat. Und noch etwas: Marshall erkannte die moralischen und ethischen Implikationen seiner damaligen Filme. Die bloße Beobachtung von in dieser Form nicht mehr existenten traditionellen Kulturen genügte nicht mehr seinen Ansprüchen, die Innensicht der Gefilmten zu erfassen. In späteren Filmprojekten wie etwa in *N!ai, the Story of a !Kung Woman* (1980) wandte er sich deshalb den politischen und gesellschaftlichen Verfallsprozessen der !Kung San zu.

Ethnographische Filme sind durch ethische Grundsätze gekennzeichnet

Selbstverständlich haben nicht alle 'ethnographischen' FilmemacherInnen die Entwicklung John Marshalls von bloßen beobachtenden hin zu politisch engagierten Filmen nachvollzogen. Wenn man jedoch die 'ethnographische' Filmarbeit der vergangenen 15-20 Jahre betrachtet, wird deutlich, daß die meisten Filme durch ausgeprägte ethische Grundsätze gekennzeichnet sind. An dieser Stelle möchte ich nur zwei aus den zahlreich vorhandenen Filmbeispielen herausheben: *Die Turkana Conversation* (1980) von David und Judith MacDougall und der Film *Waiting for Harry* (1980) des australischen Filmemachers Kim McKenzie.

Zweifelsohne kann die Trilogie der *Turkana Conversation* mit den Filmen *Lorang's Way, A Wife among Wives* und *The Wedding Camels* als gelungenes Beispiel für die von EthnologInnen hergestellten Filme bezeichnet werden.[4] Ausschlaggebend für dieses Urteil sind nicht nur ihre ethischen Grundsätze, die Gefilmten anders als bei beispielsweise bloßen beobachtenden Filmen mit in die Film- und Dreharbeiten einzubeziehen, sondern vor allem ihre Versuche, die Stimmen der 'Anderen' in ihren Filmen zu repräsentieren. Statt eines allwissenden erklärenden Kommentars aus dem *off* experimentierten sie schon früh mit dem sogenannten 'inneren' Kommentar, d.h. die Gefilmten kommentierten ihre Handlungen selbst aus dem *on*. Zugleich ersetzten sie die simultane Übersetzung der Mono- bzw. Dialoge der Gefilmten durch Untertitel. Und sie bedienten sich im Rahmen ihres Konzepts der 'teilnehmenden Kamera' ähnlichen reflexiven filmischen Stilmitteln, wie sie bereits Jean Rouch und Edgar Morin in *Chronique d'un été* (1960) in die Praxis von Dokumentarfilmen eingeführt hatten. Nicht nur, daß sie beispielsweise in der ersten Hälfte des Films *A Wife among Wives* (1980) ihre eigenen Probleme thematisierten (sie versuchten längere Zeit vergebens, Informationen über eine bevorstehende polygyne Hochzeit zu erhalten), oft sprachen sie mit den Turkana auch in der ersten Person, um den subjektiven Charakter des Films zu betonen. Und wie etwa auch Vincent Crapanzano mit *Tuhami* (1980) oder Kevin Dwyer mit den *Moroccan Dialogues* (1982) in schriftlichen Ethnographien lösten sie sich vom dominanten Paradigma der kollektiven Darstellung eines Volkes in der Ethnologie, das irgendwie doch pejorative Konnotationen evoziert, indem sie die Turkana als einzelne Individuen mit ganz persönlichen Problemen beschrieben. Diese Filme jedoch einzig als Ausnahme der Regel zu betrachten, wie dies viele Kritiker des

'ethnographischen' Films häufig tun, kommt einer ignoranten Haltung gegenüber den Entwicklungen im 'ethnographischen' Film gleich.

Dies belegt unter anderem auch der Film *Waiting for Harry* (1980) des australischen Filmemachers Kim McKenzie. *Waiting for Harry* setzt in erfreulicher Weise die Erkenntnisse der dialogisch, interaktional orientierten Ethnologie in eine filmische Erzählung um. Zentrales Thema des Films ist ein sekundäres Bestattungsritual einer kleinen Gruppe von australischen Aborigines. Das besondere daran ist jedoch, daß Harry eine Geschichte in der Geschichte erzählt. Entwerfen herkömmliche 'ethnographische' oder auch Dokumentarfilme ein kohärentes, perfektes Bild von Bestattungsritualen als Ganzheit, so konzentriert sich *Harry* auf den sozialen und mikropolitischen Kontext des Rituals. Die Zuschauer sehen nicht mehr nur die normative Generalisierung eines Rituals, sondern vielmehr eine unfertige, insbesondere aufgrund der Abwesenheit Harrys gestörte, diskontinuierliche rituelle Aufführung. Darüber hinaus ist *Waiting for Harry* ein herausragendes Beispiel für die freundschaftliche Interaktion von EthnologInnen, FilmemacherInnen und Gefilmten. So ist der Anfang des Films gekennzeichnet durch die Worte des Ethnologen Les Hiatt: »Das ist Frank Gurrmanamana. Wir arbeiten nun seit 22 Jahren zusammen. Er ist mein wichtigster Informant gewesen. Frank nennt mich Bruder und ich nenne ihn Bruder.« Diese eindrücklichen Worte leiten über in die Titel des Vorspanns, die von Les Hiatt in die lokale Sprache übersetzt werden, was so vorher weder in 'ethnographischen' noch in 'herkömmlichen' Dokumentarfilmen gemacht wurde. Diese Übersetzung ist wiederum mit dem Ende des Films verknüpft. Die Kamera zeigt Frank Gurrmanamana aus der Untersichtperspektive in einer Nahaufnahme. Er hält eine Rede, in der er seinem Stolz über die Beendigung des Rituals und der Dreharbeiten Ausdruck verleiht. Vor allem aber ist der Film nicht mehr im Besitz des westlichen Filmemachers, sondern von Frank Gurrmanamana: »Dies ist ein großer Sieg für uns alle. Dieser Film gehört mir. [...] Nun können die Menschen überall meine heiligen Embleme sehen. Es war meine Idee, die Filmemacher zu holen.« Wenn auch vielleicht durch diese Aussage Frank Gurrmanamanas noch kein Wechsel des Urheberrechts stattgefunden hat, so stellt sie doch die Autorenschaft des Films in Frage. *Waiting for Harry* ist ein Beispiel für die Verbindung von wissenschaftlicher Information und Unterhaltung, das bis heute kein Einzelfall blieb, wie etwa *Naua Huni* (1984) von Barbara Keifenheim oder auch *Celso and Cora* (1983) von Gary Kildea zeigen, um nur zwei der vielen in den vergangenen 15-20 Jahre produzierten 'ethnographischen' Filme zu nennen, die ähnliches leisten.

Bei aller Kritik an 'ethnographischen' Filmen sollte man immer bedenken, daß, unabhängig von der jeweiligen Art der Umsetzung, die 'ethnographischen' FilmemacherInnen den Versuch unternahmen, manchmal natürlich mit fragwürdigem Erfolg, den Einfluß ihrer eigenen eurozentristischen Weltbilder auf ihre Filme zu minimieren und die



Distanz zu fremden Ufern

Binnenperspektive der Gefilmten auf ihre spezifischen Kulturen darzustellen. Dieser explizite Versuch der filmischen Repräsentation der Stimmen der 'Anderen' ist ein wichtiger Aspekt interkultureller Vermittlung, den man trotz aller berechtigter Kritik an 'ethnographischen' Filmen nicht ignorieren darf. Wenn schon aufgrund der kulturellen Unterschiede ein 'wirkliches' Verstehen zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft kaum möglich ist, so kann doch zumindest der explizite Wille, die eigenen kulturellen Konzepte zu hinterfragen und die Existenz uns fremder Lebensweisen mit all ihren Facetten zu akzeptieren, zu einem Verständnis zwischen den Kulturen führen. Wie die diskutierten Filmbeispiele zeigen, haben 'ethnographische' FilmemacherInnen einen vielversprechenden Weg eingeschlagen, kurzweilige sowie interessante Filme zu produzieren und dabei mit den Stilmitteln des Mediums Film zu einer interkulturellen Kommunikation beizutragen.

Anmerkungen:

1 Den Begriff 'ethnographisch' setze ich im folgenden in Anführungszeichen. Mittlerweile wird auch in der Ethnologie immer häufiger darüber diskutiert, ob ein 'ethnographisches' Filmgenre überhaupt existiert. Wenn ich von 'ethnographischen' Filmen spreche, dann meine ich damit Filme, die vor allem zwei Kriterien genügen: einer nicht genau umrissenen Forderung nach Wissenschaftlichkeit der Filme und einem kulturellen Unterschied zwischen Filmemacher und Gefilmten. Genau wie die Bestimmung von Wissenschaftlichkeit aber immer schwieriger wird, wird auch das Kriterium der kulturellen Distanz angesichts der Entwicklung einer Europäischen Ethnologie immer relativistischer gehandhabt. Oft werden deshalb in der Ethnologie jene Filme als 'ethnographisch' bezeichnet, die sich entweder durch die Intention oder aber durch das abgebildete Ereignis gewissermaßen von selbst als 'ethnographisch' identifizieren.

Im allgemeinen ist es sehr schwierig, 'ethnographische' Filme in Deutschland zu sehen. Vom Verleih des Instituts für den Wissenschaftlichen Film (IWF) in Göttingen abgesehen, gibt es in Deutschland keinen Verleih 'ethnographischer' Filme. Bei der Auswahl der diskutierten Filme habe ich deshalb darauf geachtet, daß die Filme im dortigen Programm enthalten sind.

2 Karl Heiders Einfluß auf die Diskussionen um den 'ethnographischen' Film ist enorm. Seine Definition von 'ethnographischem' Film lautet: »Ein ethnographischer Film ist ein Film, der ethnographisches Verständnis reflektiert.« Bis heute ist der Begriff des 'ethnographischen Verständnisses' zentral für Definitionsbemühungen von ethnographischen Filmen. Leider hat er den Begriff mit sehr restriktiven Anforderungen zu füllen versucht, wie etwa der Forderung nach »minimaler Zeit- und Kontinuitätsverzerrung«. Dies ist der Versuch einer eleganten Umschreibung für Aufnahmen in Realzeit, d.h. er erwartet völlige Kongruenz von Erzählzeit und erzählter Zeit.

3 Die Yanomamö sind mit etwa 15-20.000 Menschen die größte indigene Bevölkerungsgruppe im Amazonasgebiet. Heutzutage ist die Kultur der Yanomamö stark bedroht durch das Vordringen städtisch und europäisch geprägter Bevölkerung.

4 Nicht vergessen darf man in diesem Zusammenhang die Filme der MacDougalls: *To Live With Herds* (1972) und *Under the Men's Tree* (1974) über die Jie. Die halbnomadischen Jie leben im Nordosten Ugandas. Nach der Machtübernahme Idi Amins, die eine weitere Filmarbeit unmöglich machte, wendeten sich die MacDougalls ihren Nachbarn, den Turkana, zu. Die Turkana sind ostafrikanische Hirtennomaden. Sie leben in Kenia westlich des Turkana-Sees.

Bibliographie:

Chagnon, Napoleon 1968. *The Fierce People.* New York: Holt, Rinehart and Winston.

Crapanzano, Vincent (1980) 1983. *Tuhami.* Portrait eines Marokkaners. Stuttgart: Klett Cotta.

Dwyer, Kevin 1982. *Moroccan Dialogues.* Baltimore: Johns Hopkins University Press.

Heider, Karl 1975. *The Ethnographic Film.* Austin: University of Texas Press.

Weinberger, Eliot 1995. *Die Kameramenschen. Eine Genealogie des ethnographischen Blicks.* Lettre International 1995, 4. Jahrgang, Heft 28: 62-69.

Filmographie:

Asch, Timothy und Napoleon Chagnon 1975. *The Ax Fight.* 16mm, Farbe, 30'.

Gardner, Robert 1964. *Dead Birds.* 16mm, Farbe, 84'.

Ders. 1986. *Forest of Bliss.* 16mm, Farbe, 90'.

Keifenheim, Barbara und Patrick Deshayes 1984. *Naua Huni. Indianerblick auf die andere Welt.* 16mm, Farbe, 64'.

Kildea, Gary 1983. *Celso and Cora.* Farbe, 105'.

Marshall, John 1956. *The Hunters.* Farbe, 73'.

Ders. 1980. *N!ai, the Story of a !Kung Woman.* Farbe, 59'.

MacDougall, David und Judith 1980. *Turkana Conversations. Lorang's Way.* Farbe, 66'. *A Wife among Wives.* Farbe, 70'. *The Wedding Camels.* Farbe, 108'.

McKenzie, Kim 1980. *Waiting for Harry.* Farbe, 55'.

Solanas, Fernando und Octavio Getino 1968. *La Hora de los Hornos.* 1. Teil, s/w, 90'.

Rouch, Jean und Edgar Morin 1960. *Chronique d'un été.* 16mm, s/w, 90'.

► **Volker Kull** ist Ethnologe und hat über den kubanischen Filmemacher Santiago Alvarez promoviert.

Postmoderner Wasserkopf

Interkontinental gegen Neoliberal zum Zweiten

► »505 Jahre nach der Conquista betreten wir, die aufständischen Indígenas, europäischen Boden, um unseren Wünschen Gehör zu verschaffen: Wir wollen Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit für alle fünf Kontinente.« Mit dieser Grußbotschaft der kleinen zapatistischen Delegation wurde das »Zweite Interkontinentale Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen Neoliberalismus« in Spanien eröffnet.

Vor genau einem Jahr versammelten sich rund 3.000 Menschen aus 42 Ländern im lakandonischen Urwald von Chiapas, um dem »Ersten Interkonti« beizuwohnen. Bei dessen Abschlußveranstaltung unterbreitete Subcomandante Marcos den Vorschlag, das nächste Treffen im darauffolgenden Jahr in Europa durchzuführen.

Weiträumig über Spanien verteilt wurden – wie auch im letzten Jahr in Chiapas – fünf Orte ausgewählt, die durch soziale Widerstände geprägt sind: Der Ouverture in Madrid folgte die Dezentralisierung des Kongresses in Arbeitsgruppen nach Barcelona, Madrid, El Indiano und Almuñecar in Andalusien sowie nach Ruesta in Aragón. Schließlich sollten sich alle im äußersten Süden Spaniens, in der besetzten Finca El Indiano bei Cadíz, zum feierlichen Abschluß wiederfinden.

Inhaltlich waren die Arbeitsgruppen an den Themenblöcken des vergangenen Jahres orientiert: ökonomische und politische Analysen des Neoliberalismus und denkbare Alternativen, Kämpfe um Kultur, Bildung und Information, Kämpfe um Land und ökologische Fragen, antipatriarchale Kämpfe sowie die Kritik jeglicher Art von Marginalisierung. Neben der Darstellung der vielfältigen Widerstandsformen sollte dieses Jahr jedoch in erster Linie deren »Vernetzung« im Vordergrund stehen. Schließlich hatte die EZLN durch Subcomandante Marcos im vergangenen Jahr in La Realidad verlauten lassen, daß ein »gemeinsames Netz alternativer Kommunikation und aller spezifischen Kämpfe und Widerstände« geschaffen werden soll.

In der Abschlußerklärung des Treffens in Spanien wurde die Solidarität mit der EZLN betont, der Abzug des mexikanischen Militärs aus Chiapas und die Umsetzung der »Vereinbarungen von San Andrés« zwischen der EZLN und der mexikanischen Regierung gefordert. Außerdem soll es am 10. Oktober diesen Jahres einen internationalen Kampftag zur Unterstützung der Zapatistas in Chiapas geben. Wenigstens in diesen wenigen Momenten, in denen es um die Solidarität mit Chiapas ging, waren sich alle TeilnehmerInnen einig und die strapaziösen Tage kurzzeitig vergessen: »Zapata vive, la lucha sigue«.

Ist Dabeisein alles?

► Zentral ist – wenn es denn um internationalen Austausch, Lernprozesse und die Organisierung vielfältiger Formen des Widerstandes gegen die neoliberale Globalisierung gehen soll -, daß das Treffen überhaupt stattgefunden hat – und dies, ohne auf institutionalisierte und in logistischen Problemen geübte Strukturen zurückzugreifen. Doch auch aus anderer Perspektive handelt es sich um einen wichtigen symbolischen Schritt über das erste Treffen hinaus. Denn weder wurde das zweite Interkonti von den Zapatistas organisiert noch auf die Solidarität mit dem Aufstand in Chiapas und Mexiko focussiert. Damit soll nicht gesagt werden, daß bei den Treffen nun das gesamte weltweite Spektrum emanzipatorischer Politik vertreten sei oder daß es sich gar um eine Art »Kern« des Widerstandes gegen Neoliberalismus handle. Immerhin aber bildet die »internationale zapatistische Bewegung«, so heterogen und diffus sie auch ist, inzwischen einen Teil davon, dazu einen recht dynamischen. Ob und wie sie sich in Zukunft von ihrem direkten Bezug auf Chiapas löst, ist eine offene Frage. Denn, und das muß bei den TeilnehmerInnen wie auch anderen Interessierten in den kommenden Monaten zuvorderst diskutiert werden, es blieb auch bei diesem Treffen relativ unklar, was über die Solidarität mit Chiapas hinaus das Verbindende ist. »Gegen Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft« – das wird schnell zur Chiffre, mittels derer scharfe (solidarische) Auseinandersetzungen eher unterbleiben.

Insbesondere, da ein sehr selektiver, formaler und durchaus naiver Bezug auf »zapatistische Politik« in der Bewegung besteht. Bereits Anfang dieses Jahres wurde eine internationale Umfrage durch die Welt des Internet gejagt, die dem inhaltlichen Vorbereitungsprozeß zugute kommen und zugleich dem basisdemokratischen Anspruch der EZLN entsprechen sollte. Einige Highlights für das Niveau der lancierten Ja/Nein-Fragen: »Das Treffen soll Räume zum Austausch von Ideen, Praktiken und Wünschen öffnen« oder »wir wollen, daß Männer und Frauen gemeinsam voranschreiten, wobei die wirkliche Beteiligung der Frauen gefördert werden soll.« Ein weiteres Beispiel einer versuchten Kopierung zapatistischer Politik ist die Dezentralisierung des »Encuentros« in fünf Orte, was zu übergroßem Transportaufwand und -kosten führte.

Das deutlichste Indiz für diese Art des selektiven Bezugs ist jedoch die idealisierende Fehlwahrnehmung von Teilen der Chiapas-Solidarität hinsichtlich basisdemokratischer Prinzipien der EZLN. Denn das Treffen im vergangenen Jahr hätte nie und nimmer die Effizienz erreichen können, wenn nicht eine straffe und durchaus hierarchische Organisierung zugrundegelegen hätte. Jede Arbeitsgruppe in Chiapas hatte eine speziell auf das Thema vorbereitete Moderation und Protokollführung. Die Menschen, die sich dieser Arbeit widmeten und somit für die inhaltliche Vorbereitung verantwortlich waren, wurden nicht durch Umfragen bestimmt, sondern von der EZLN-Spitze im Einvernehmen mit der Prominenz der zapatistischen »Zivilgesellschaft« nach politischen und qualitativen Kriterien ausgewählt.

Organisation statt Diskussion

► Das grundsätzliche Problem einer derart heterogenen Zusammenkunft wurde durch einen Mangel des »Encuentros« noch verschärft: In fast allen Arbeitsgruppen war eine inhaltliche Vorbereitung de facto nicht vorhanden. Bei einigen Gruppen wurden zwei der vier Tage, die zur gemeinsamen Diskussion verfügbar waren, dazu genutzt, sich vorzustellen und den Modus der Diskussion, der Moderation und der Übersetzung abzuklären. Vor allem bei den lateinamerikanischen TeilnehmerInnen, die bislang nur wenig Erfahrung mit der westeuropäischen Linken machen konnten, war die Enttäuschung über die lasche Verfahrensweise deutlich spürbar.

Wenn derart viele Arbeits- und Zeitressourcen allein für die formal-organisatorische Vorbereitung absorbiert werden, dann ist man nicht mehr allzuweit davon entfernt, eine Art »postmoderne Wasserkopfpolitik« zu betreiben. Ein Wasserkopf, weil entgegen dem expliziten Anspruch der Bezug zu sozialen Kämpfen und Bewegungen zugunsten einer immer umfangreicheren Kongreßplanung und der dazugehörigen »Vernetzung« vernachlässigt werden könnte. Postmodern, weil entgegen früherer Beispiele, die zumindest einen klaren politischen Bezug hatten, hier eine kultivierte, als Pluralismus getarnte inhaltliche Beliebigkeit wegen des Zeitmangels überhand nehmen könnte.

► **Ulrich Brand** und **Jens Winter**

Seltener, länger, intensiver?

▸ Nachdem die Diskussion über die Probleme des Ferntourismus in der offiziellen bundesdeutschen Politik jahrelang nahezu vollkommen eingeschlafen war, erregte das Thema in den letzten anderthalb Jahren wenigstens ein Mindestmaß an Aufmerksamkeit. Die Koalitionsfraktionen verabschiedeten mit ihrer Mehrheit Anfang 1997 einen Leitantrag im Bundestag, der die deutsche Entwicklungshilfe anhält, stärker auf eine Vorreiterrolle bei einer sozial- und umweltverträglichen Tourismuspolitik hinzuwirken (vgl. iz3w Nr. 214, S. 14ff.). Wenig überraschend sehen die Regierungsparteien im Tourismus eine Chance für Entwicklungsländer, die in anderen Wirtschaftsbereichen ein geringes Entwicklungspotential hätten. Deswegen müsse die Entwicklungspolitik eine sozial- und umweltverträgliche Tourismusentwicklung aktiv unterstützen. Konkrete politische Instrumente zur Umsetzung der Verträglichkeit benennt der Leitantrag allerdings nicht, sondern vertraut ganz im Einklang mit der neoliberalen Ideologie auf die Marktkräfte.

Derart unter Zugzwang gesetzt, sahen sich die Oppositionsparteien veranlaßt, der tourismusunkritischen Haltung der Bundesregierung etwas entgegenzusetzen. Die Bundestagsfraktion von Bündnis '90/ Die GRÜNEN veranstaltete im April ein Hearing, in dem die negativen Auswirkungen des Ferntourismus zur Sprache kamen. Dort wurden zwar die altbekannten Argumente der Tourismuskritik nur wenig variiert, immerhin aber entstand unter Mitwirkung der versammelten Fachleute ein Eckpunkte-Papier »Internationale Tourismuspolitik«, das nun in der Frankfurter Rundschau (8.8.97) einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde.

Insgesamt ist dieses Papier im Gegensatz zu vielen anderen GRÜNEN-Statements brauchbar. Die Funktion des Tourismus als Devisenbringer wird bezweifelt und insbesondere die Klimaschädlichkeit der rasant zunehmenden (Flug-)Reisetätigkeit herausgestellt. Erfreulich ist, daß die GRÜNEN deutliche Worte finden, um den »Ökotourismus« zu hinterfragen, der ja nur selten mehr ist als ein Deckmäntelchen der Tourismusindustrie.

In den Vorschlägen zur verträglicheren Gestaltung des Ferntourismus hingegen spiegelt sich die Hilflosigkeit der (gesamten) Tourismuskritik wider. Die Hauptforderung »seltener, länger, intensiver reisen« klingt vernünftig, nur bleibt sie ein moralisierender Appell, dem kaum Taten folgen, solange der Arbeits- und Reisealltag der Touristen nach den Erfordernissen einer kapitalistischen Warengesellschaft strukturiert ist. Und zumindest die Forderung nach intensiverer »Auseinandersetzung mit Kultur und Natur des Ziellandes« ist ausgesprochen problematisch, weil sie letztlich unter dem Vorwand der »gegenseitigen respektvollen Begegnung« zu einer verstärkten Indienstnahme der besuchten Gesellschaften für touristische Zwecke führt. Die Bereisten sind schließlich oft ganz zufrieden, daß die Touristen nicht allzu neugierig-verständnisvoll ihren Alltag durchdringen wollen und in ihren Urlaubsghettos bleiben.



Die Appelle der GRÜNEN an die Reiseveranstalter hinsichtlich umweltfreundlicherer und sozialverträglicherer Reiseangebote sind inhaltlich sicherlich nicht falsch, jedoch kaum erfolgversprechend. Wie entgegnete doch der Umweltbeauftragte des Veranstaltergiganten TUI so entwaffnend auf die Vorwürfe während des Hearings, für die TUI sei Umwelt- und Sozialverträglichkeit nur ein Lippenbekenntnis: »Unsere Anteilseigner wollen eine ordentliche Rendite sehen.« Damit hat er das Problem deutlicher benannt als alle wohlmeinenden Papiere zusammen.

Vor diesem Hintergrund ist es vor allem die konkrete Forderung der GRÜNEN nach Aufhebung der Kerosinsteuerbefreiung, die tatsächliche Veränderungen im Reiseverhalten herbeiführen könnte. Wenn Fernflugreisen 500 bis 1000 DM teurer werden, wird das mehr Auswirkungen zeitigen als die zahnlosen Appelle zum Verzicht auf den Kurzreisetrip in die Karibik. Deswegen verdient die Kampagne für die Angleichung der Kerosinsteuer an die Mineralölsteuer, die z.B. derzeit neben den GRÜNEN auch von Germanwatch und verkehrspolitischen Bürgerinitiativen geführt wird (vgl. iz3w Nr. 223), jegliche Unterstützung. Ob sich die GRÜNEN mit einer solchen Forderung bei ihrer Klientel beliebt machen, darf bezweifelt werden. Wenn man einschlägigen Untersuchungen Glauben schenken kann, weist ihre Wählerschaft im Vergleich zur gesamten Bevölkerung erheblich größere Reisemobilität, auch per Flugzeug, auf... *cst*

Shellte aus Nigeria

▸ Zwei Jahre nach dem Tod Ken Saro-Wiwas am 10. November 1995 hat sich die Situation der Ogoni in Nigeria nicht gebessert. Zwei Vertreter von MOSOP (Movement for the Survival of Ogoni People) berichteten auf dem 2. Interkontinentalen Treffen gegen Neoliberalismus in Spanien über die Repression, die inzwischen wieder aus dem Bewußtsein der Weltöffentlichkeit verdrängt wurde.

Immer noch befinden sich 19 Ogoni-Führer im Gefängnis. Sie sollen wie Saro-Wiwa im Rahmen eines Gerichtsprozesses jenseits aller Verfassungsvereinbarungen beseitigt werden. Bis heute sind ein Großteil der MOSOP-AktivistInnen umgebracht worden, mußten das Land verlassen oder sich im Buschland verstecken. Viele der ins Ausland Geflüchteten werden vom nigerianischen Geheimdienst aufgespürt, verhaftet und über die grüne Grenze in nigerianische Gefängnisse verschleppt, damit sie keine Möglichkeiten haben, im Ausland über die Vorfälle in Nigeria, zu berichten. Die Menschen in den Gefängnissen sind allen Formen der Folter ausgesetzt – wozu auch die Erpressung von Familienangehörigen gehört. Widerstand gegen die Ausbeutung der Ogoni durch den Mineralölkonzern Shell und die nigerianische Regierung soll bereits im Keim erstickt werden. Seit 1994 hat die Repression in der Ogoni-Region zugenommen. Die Militärpräsenz wurde verschärft, Soldaten vergewaltigen, mißhandeln und morden. Am 12. Juli dieses Jahres eröffneten Soldaten das Feuer auf einen Bus, der Ogoni nach Hause brachte, wobei eine Person getötet und zwei weitere lebensgefährlich verletzt wurden.

Auf der anderen Seite arbeiten die nigerianische Regierung und Shell eng zusammen, zur Zeit an einer internationalen Publicity-Kampagne, in der das Engagement des Konzerns in Nigeria begrüßt wird. Dokumente belegen, daß Shell die politischen Entscheidungen in Nigeria durch »Sponsoring« beeinflußt. Militärs sind dem Konzern behilflich, Verträge zum Landkauf, wenn nötig, mit Gewalt zu erwirken. Mit Werbefeldzügen soll dem Imageverlust entgegengewirkt werden: Journalisten wird unter Verschwendung finanzieller Ressourcen eine Scheinwelt präsentiert. Angeblich habe sich das System der Ölförderung geändert und die Umweltsituation gebessert, obwohl die Umweltzerstörung in der Ogoni-Region zunimmt. Bei Besuchen von offiziellen Delegationen werden ganze Dörfer zwangsevakuiert und durch regierungstreue Familien ersetzt, die ein Ogoni-Land ohne Probleme vorspielen.

In Nigeria bedeuten Demonstrationen Tod für die Teilnehmenden. Am letzten Todestag Ken Saro-Wiwas war es verboten, Tote zu beerdigen, Gottesdienste abzuhalten oder den Namen Saro-Wiwas zu erwähnen. Bereits das Zusammentreffen von drei Per-

sonen wurde unter Strafe gestellt, Studierende der Ogoni mußten das Land verlassen. Demonstrationen, Versammlungen oder das Hissen schwarzer Fahnen waren undenkbar. All dies wird sich dieses Jahr wiederholen. Auf dem II. Interkontinentalen Treffen wurde deshalb beschlossen, sich am kommenden 10. November an einem internationalen Protesttag gegen den Konzern zu beteiligen. Den Ogoni im Widerstand geht es darum, daß Shell Nigeria verläßt, das Militär verschwindet und die politischen Gefangenen freigelassen werden. Ein Boykott gegen Nigeria durch die USA oder die EU würde den Druck auf Shell erhöhen, sich aus Nigeria zurückzuziehen. Die Ogoni hoffen auf eine breite internationale Beteiligung an den Aktionen.

Stefan Armborst und Tom Kucharz

► *Kontaktadresse: MOSOP, Suite 4, 3-4 Albion Place, Galena Road, London W6 OLT, Tel.: 0181/5638614, Fax: 0181/5638615.*

Ärzte gegen Schmerzgrenzen

► Seit der Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes wird ein erheblicher Teil der in Deutschland lebenden Flüchtlinge bzw. MigrantInnen von der gesundheitlichen Regelversorgung ausgeschlossen. Dies betrifft sowohl Flüchtlinge in einem regulären Asylverfahren als auch solche, die mit einem Duldungsstatus hier leben. Ihnen werden Sozialleistungen gekürzt und medizinische Versorgung nur noch im akuten Krankheitsfall, bei Schmerzzuständen und für Schwangerschaft und Entbindung zugestanden. Darüber hinaus sind die Sozialämter in der alltäglichen Praxis dazu übergegangen, auch jene, die nach dem Gesetz SozialhilfeempfängerInnen gleichgestellt werden sollen, den Zugang zu adäquater Behandlung zu erschweren. Zudem hat die faktische Abschaffung des Asylrechts zur Folge, daß die Zahl von Flüchtlingen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus wächst. Diese haben oftmals keinerlei Anspruch auf gesundheitliche Versorgung, und jede Inanspruchnahme derselben ist mit einem Abschiebungsrisiko verknüpft. Den Betroffenen werden somit elementare Menschenrechte abgesprochen, ein Zustand, der sogar vom Deutschen Ärztetag zurückgewiesen wird.

Schon seit Jahren wird dieser gesetzlich geforderten Ungleichbehandlung von PatientInnen durch persönlichen Einsatz vieler im Gesundheitswesen tätigen Menschen begegnet. Im April 1997 wurde nun in Bochum ein Verein von ÄrztInnen, MedizinstudentInnen sowie verschiedenen politischen Gruppen und Flüchtlingsinitiativen gegründet, der den negativen Auswirkungen der deutschen Asylgesetzgebung in organisierter Form entgegentreten will. Die »Medizinische Flüchtlinghilfe Bochum« will versuchen, eine medizinische Versorgung jenseits der gesetzlichen Beschränkungen anzubieten und eine Gleichstellung der sich in Deutschland aufhaltenden Menschen einzufordern.

Die Aufgabe des Vereins soll die unbürokratische Vermittlung von Praxisterminen bei ÄrztInnen sein, die sich in enger Absprache mit dem Verein zu unentgeltlicher Behandlung (in abgesprochenen Größenordnungen) bereit erklärt haben. Zusätzlich wird eine Vermittlung u.a. zu Hebammen oder KrankengymnastInnen angestrebt. Den Kontakt nehmen die Flüchtlinge zum Verein auf, indem sie oder eine Vertrauensperson zu voraussichtlich zweimal wöchentlichen Sprechstunden in einem vereinseigenen Büro erscheinen. Dabei werden keine Daten aufgenommen, die Anonymität bleibt gewahrt.

Neben dieser praktischen Unterstützung, die eigentlich nicht Aufgabe eines ehrenamtlich tätigen Vereins sein sollte, sieht der Verein seine Aufgabe in der inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Thematik. Ziel kann es nur sein, auf die Abschaffung der entsprechenden Sondergesetze und der dahinter liegenden rassistischen Geisteshaltung hinzuwirken.

Wer an näheren Informationen oder praktischer Unterstützung interessiert ist, kann sich wenden an:

► *Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum e.V., c/o Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108, 44894 Bochum. Konto-Nr.: 24401341, BLZ 43050001, Sparkasse Bochum*

Jens Eyding (Nachdruck aus Dr. Mabuse 108, Juli/August 1997)

Literarisches Zeitgeschehen

► Unbestreitbar zeitgeistig ist der Dialog mit anderen Kulturen. So verwundert es nicht, daß die vierten Internationalen Literaturtage (INTERLIT 4), die sich eben diesem Zweck verschrieben haben, auch buchstäblich im Zeichen der Zeit stehen. Vom 2. bis 8. Oktober in Erlangen, Nürnberg und Schwabach und vom 9. bis 12. Oktober im Berliner Haus der Kulturen diskutieren AutorInnen, ExpertInnen und Publikum über »Andere Zeiten«.

Unterschiedliches Zeitbewußtsein und Zeitverständnis stehen im Mittelpunkt dieser Veranstaltung, die Literaturen aus Afrika, Asien, Lateinamerika und der Karibik – sonst meist unter Schlagwörtern wie »exotisch« oder »Dritte Welt« eingeordnet – eine andere, den literarischen und politischen Ansprüchen entsprechende Präsentation durch die AutorInnen selbst ermöglicht. Im Hinblick auf die »anderen Zeiten«, die uns mit dem

Wechsel von der 19 zur 20 bald bevorstehen, soll INTERLIT 4 durchaus auch Denkanstöße für die Zukunft geben.

Bereits vor Beginn der Veranstaltung werden in Vorträgen, Ausstellungen und Filmreihen physikalische, philosophische und literarische Interpretationen von Zeit vorgestellt. Schwerpunkt wird ein dreitägiger Kongreß in Erlangen sein, der in öffentlichen Foren Aspekte wie »Zeit und Mythos«, »Zeitgewissen« und »Erfundene Zeiten« zur Sprache bringt. Ergänzend finden zahlreiche Lesungen und eine literarische Performance statt. Fortgesetzt wird INTERLIT 4 dann in Berlin mit weiteren Lesungen und einem Symposium zum Thema »Andere Zeiten«, das unterschiedliche Perspektiven von Zeitbetrachtung und -erfahrung ausloten soll. Zu den insgesamt 23 eingeladenen AutorInnen, die von »ihren Zeiten« berichten und ihr Werk vorstellen, gehören unter anderem Raschid al-Daif/Libanon, Anna María Shua/Argentinien, Meena Alexander/Indien und Yvonne Vera/Zimbabwe.

Übrigens: wer Zeit hat und sich auf den Kongreß einstellen will, kann das tun mit Hilfe einer noch rechtzeitig im September erscheinenden Anthologie mit Beiträgen der INTERLIT-AutorInnen *(Andere Länder – andere Zeiten. Zeitgeschichten aus aller Welt, Interlit e.V. (Hrsg.), Marino Verlag, München 1997, DM 25.-)*. Kataloge und sonstige Informationen zu INTERLIT gibt es bei *Interlit e.V., Einhornstr. 2, 91054 Erlangen, Tel: 09131/ 862155 bzw. Haus der Kulturen, John-Foster-Dulles-Allee 10, 10557 Berlin, Tel.: 030/ 39787-101 und -123.*

Zwischen Würde, Land und Freiheit

► Eine Ausstellung mit Fotos von Herbert Sachs (dessen Bilder regelmäßig auch die *iz3w* illustrieren) und David Rosales zu Kultur und Widerstand der Mayas wird am 15. Oktober in Köln eröffnet. Zur Einführung spricht um 18.30 Uhr Veronika Bennholdt-Thomsen. Gezeigt werden Fotos mit politisch-dokumentarischem Inhalt, symbolische Bilder religiöser Zeremonien sowie Portraits alltäglichen Überlebens. Die Schwarz-Weiß-Fotografien werden von biographischen Texten und historischen Dokumenten der Maya begleitet. Im Mittelpunkt stehen dabei fotografische und schriftliche Zeugnisse aus Guatemala und Mexiko. Bis zum 8. November wird die Ausstellung im Lesesaal der Zentralbibliothek am Neumarkt zu sehen sein.

Mumia macht mobil

► Nachdem 1995 durch eine weltweite internationale Kampagne die drohende Hinrichtung des afroamerikanischen Journalisten Mumia Abu-Jamal verhindert werden konnte, versuchen jetzt wieder verschiedene Unterstützungskomitees, die internationale Solidarität zu mobilisieren. Anlaß ist die bevorstehende Entscheidung des obersten Gerichtshofes von Pennsylvania über die Wiederaufnahme des Verfahrens, bei der mit einer Ablehnung gerechnet wird. Unmittelbar danach wird der Gouverneur von Pennsylvania einen neuen Hinrichtungstermin festsetzen. Zwei breit angelegte Aktionen in Deutschland wollen daher auf Abu-Jamals bedrohliche Lage aufmerksam machen.

Eine »Karawane für Mumia Abu-Jamal« zieht bereits seit Mitte August durch das Saarland, Rheinland-Pfalz, Luxemburg und Frankreich. Gestartet am 16. August in Trier, zogen die Teilnehmer unter einem symbolischen Holzgalgen mit Transparenten und Informationsständen über Saarbrücken, Homburg und Kaiserslautern nach Luxemburg. Ziel der Aktion, die von mehreren Solidaritätsgruppen organisiert wurde, ist die Wiederaufnahme des Verfahrens.

Druck auf die politische Führung der USA will auch das »Unterstützungskomitee Mumia Abu-Jamal« in Wiesbaden ausüben. Dazu wurde eine Unterschriftenaktion gestartet, die an den Präsidenten der USA appelliert, das Todesurteil gegen Abu-Jamal aufzuheben und das Verfahren gegen ihn in einem anderen Bundesstaat wiederaufzunehmen. Die Initiatoren benennen Unregelmäßigkeiten und Manipulationen während des gesamten Verfahrens, die auf ein rassistisch begründetes Urteil schließen lassen. Der politische Charakter des Abu-Jamal-Prozesses rechtfertige diese Einmischung in die »inneren Angelegenheiten« der USA.

Mumia Abu-Jamal selbst muß seit der Veröffentlichung seines zweiten Buches »Death Blossoms« im Januar 1997 verstärkte Repressalien ertragen. Im Falle einer negativen Entscheidung des Obersten Gerichtshofs in Pennsylvania gibt es zwar weitere Berufungsinstanzen auf Bundesebene, die aber keine aufschiebende Wirkung auf den Hinrichtungsbefehl hätten. Nur mit einer erneuten Mobilisierung der internationalen Solidarität könnte es gelingen, genügend Druck auf die USA auszuüben, um eine Revision des Urteils zu erreichen.

► *Infos zu den aktuellen Kampagnen bei: Karawane: Aktion 3.Welt Saar, Weiskirchner Str.24, 66674 Losheim. Tel.: 06872/9930-56, Fax: /9930-57.*

► *Unterschriftenliste: Unterstützungskomitee Mumia Abu-Jamal, c/o Infoladen, Werderstr. 8, 65185 Wiesbaden. Tel.: 0611/440664, Fax: /302083*

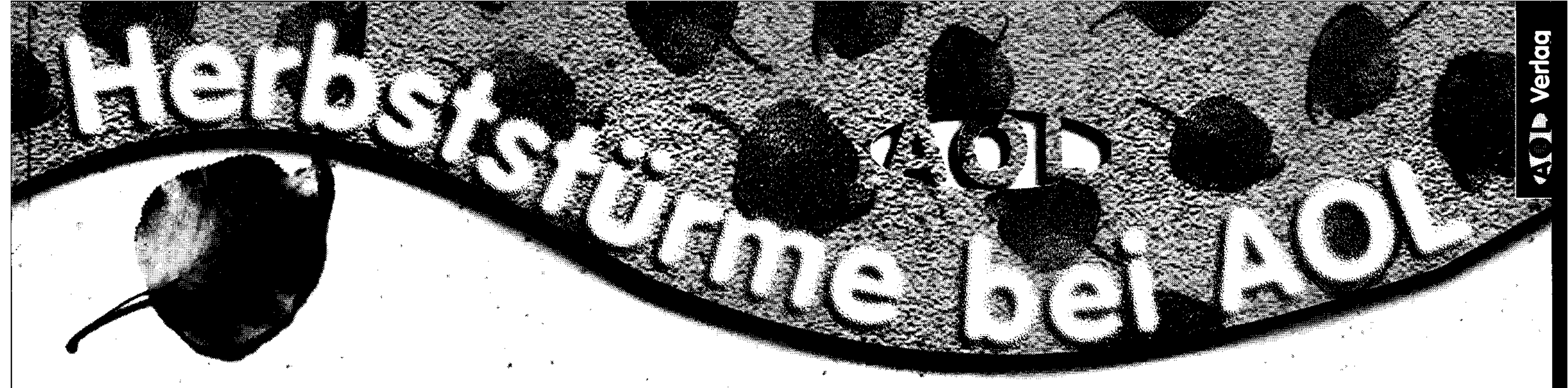


Freies Radio leichtgemacht

► Es gibt tatsächlich noch richtig echte »Erfinder«! Manche nennen sich Daniel Düsentrieb und helfen Tick, Trick und Track mit wundersamen Fluggeräten aus der Patsche, andere heißen zwar prosaischer Trevor Baylis, wirken aber viel weltverbessernder als der Entenhausener, da sie sich um realpolitische Probleme kümmern. Zum Beispiel darum, daß aufgrund mangelnder Informationsmöglichkeiten die Ausbreitung von Aids in Afrika kaum eingedämmt werden kann. Da muß man doch was tun!, denkt sich Mr. Baylis und erfindet das – tata – KURBELRADIO. Dieses Gerät funktioniert ohne Strom und Batterie und kann so auch in den periphersten Landstrichen dieser Welt zu Information und Kommunikation verhelfen. Angepaßte Technologie eben. Wir sehen schon die kurbelnden Massen, von Kleinbäuerinnen bis zu Flüchtlingskarawanen mit organisierten Kurbeldiensten. Fröhliche Musik aus südafrikanischen Townships, wo das Wunderding hergestellt wird, Gebrauchsanleitungen für Kondome und stündlich aktualisierte Kriegsnachrichten halten so die Armen bei Laune und auf dem Laufenden.

Ob solch bahnbrechender Innovation freuen sich auch andere: Das UNHCR, das nun Flüchtlinge neben Nahrung und Unterkunft auch mit Information versorgen kann, die gepa, die bei uns die Free- resp. Fairplay-Radios vertreibt, und selbst Bundestagsabgeordnete, die sich gerne mit dem Apparat ablichten lassen. Übrigens bietet das neue Produkt auch Partizipationsmöglichkeiten für uns: Pro 15 in Europa verkauften Freeplays wird eines kostenlos afrikanischen Schulen oder Krankenhäusern zur Verfügung gestellt. Mehr als 170.000 Stück sind auf der ganzen Welt bereits verkauft worden, das macht dann also 11.000 Gratis-Exemplare für Afrika...

sm



DER AKTUELLE GRUNDWORTSCHATZ

KINDER-BERTELSMANN GRUNDSCHUL-WÖRTERBUCH



Das praktische Wörterbuch für die Grundschule: Farbliche Suchhilfen, kindgerechte Gestaltung und vor allem die Auswahl der Stichwörter unterstützen die Kinder beim Nachschlagen und Schmökern.
A5, geb., 192 Seiten. *V004, 14,90 DM*

SACH- & LACHDIKTATE

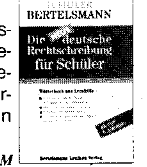


Diese A4-Kopiervorlagen behandeln die Sachthemen der jeweiligen Klassenstufen in Erlebniskiktaten:
Die Texte sind interessant und unterhaltsam, in verschiedenen Schwierigkeiten für alle Formen von Diktaten verwendbar. Mit liebevollen Illustrationen. Jede Kopiervorlagen-Sammlung hat 88 Seiten.

- Taps, der Bär in Klasse 1/2. *A095, 19,90 DM*
- Mutzi in Klasse 3/4. *A096, 19,90 DM*
- Theobald in Klasse 5/6. *A097, 19,90 DM*

DER MACHT JETZT SCHULE!

SCHÜLER-BERTELSMANN



Mit 18.000 Stichwörtern und umfassenden Lernhilfen den speziellen Bedürfnissen von Schülerinnen angepasst: Alle wichtigen & häufigen Wörter und präzise Auskunft auf einen Blick! Ab Klasse 5.
A5, geb., 352 Seiten. *V10605, 12,90 DM*

WIDERWORTE – „LIEBER HERR GRASS, IHRE AUFREGUNG IST UNBEGRÜNDET!"
Die guten Gründe für die beschlossene Reform.
A5, ca. 192 Seiten. *A013, 24,90 DM*

NIX WIE WEG!

KLASSENREISEN & GRUPPENFAHRTEN IM INFO-ATLAS SCHULE 97/98
Die Informationen für Pädagogen: Der Markt der Möglichkeiten, Checklisten, Informationsblätter, Rallyes & Spiele, Adressen & Literatur.
A4, 80 Seiten. *B208, 15,00 DM*

NIX WIE WEG! – KLASSENFAHRT INS LAND DER QUEEN
Checklisten, vorbereitende Unterrichtsprojekte, Formschreiben, Lektüren, ...
Projekte am Ort werden liebevoll und detailliert vorgestellt – jeweils bezogen auf das Reiseziel England und hier besonders London, aber auch problemlos übertragbar. A4, ca. 76 Seiten. *A136, 19,90 DM*

EUROPA-WERKSTATT



Erdkunde kreativ: Politik & Geschichte, Kultur und Wirtschaft in 32 ungewöhnlichen Lernstationen mit Arbeitsblättern (incl. Lösungen), Lehrer- & Schülerinformationen zu: Mitternachtssonne; Golfstrom; Baggern im Ruhrgebiet; Wo Korkeichen wachsen; Auf den Vulkanen Süditaliens ... Incl. Grafik-Werkstatt. A4-KV-Buch, 160 Seiten. *A252, 48,00 DM*

STUMME KARTEN
Diese farbigen Arbeits-, Übungs- und Lern-Karten für die Schülerhand mit anhängendem Ausfüllabschnitt sind vielseitig einsetzbar – und dabei extrem preiswert!

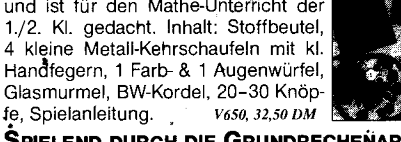
STUMME KARTEN EUROPA POLITISCH
4-farbig, 50 Stück. *V624, 15,00 DM*

STUMME KARTEN EUROPA PHYSISCH
4-farbig, 50 Stück. *V623, 15,00 DM*

WAND- UND STUMME KARTEN – INFO-BLATT
Ganz neu bei AOL: Wand- und stumme Karten über Deutschland, Europa und den Rest der Welt zu Sensationspreisen. Die Übersicht. *V599, kostenlos*

Bitte bestellen Sie mit der Bestellpostkarte auf Seite 3/4 ➢
beim AOL-Verlag, D-77839 Lichtenau oder direkt
telefonisch: 0 72 27/95 88-0 od. per Fax: 0 72 27/95 88 95

AUCH DAS SCHWEIN IST EIN KÖRPER



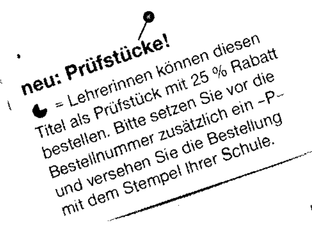
1, 2, 3 MIT ALLEN SINNEN
Die Welt der Zahlen für alle Sinne: Gabi Wunderlichs Grundlagenwerk für fächerübergreifendes Rechnen in Kl. 1 und 2. A4-Paperback mit vielen KV, 168 Seiten. *A346, 48,00 DM*

1X1 MIT ALLEN SINNEN
Lernwelten für Kl. 2–4. *A347, 48,00 DM*

MIMMI, DIE RECHENMAUS
Dieser tierische Rechenschieber hilft Kindern der 1. + 2. Klassen bei der Eroberung des Zahlenraums bis 20 (10). Filzmaus mit Holzkugelschwanz.

- Maus mit 20 Kugeln. *V651, 9,95 DM*
- Maus mit 10 Kugeln. *V652, 8,50 DM*

DAS KEHRSCHAUFELSPIEL



Dieses Spiel fördert die Feinmotorik und ist für den Mathe-Unterricht der 1./2. Kl. gedacht. Inhalt: Stoffbeutel, 4 kleine Metall-Kehrschaufeln mit kl. Handfegern, 1 Farb- & 1 Augenwürfel, Glasmurmel, BW-Kordel, 20–30 Knöpfe, Spielanleitung. *V650, 32,50 DM*

SPIELEND DURCH DIE GRUNDRECHENARTEN
Die wichtigsten Lektionen bis einschließlich Bruchrechnung in 22 mathematischen Spielstationen ab Kl. 1. A4-KV, 42 Seiten. *A362, 20,00 DM*

MATHE MIT PFIFF – AUCH DAS SCHWEIN IST EIN KÖRPER
Ausgefallen Ideen, garniert mit witzigen Bildern: Am Haarwachstum der Leningrad Cowboys wird die Längenberechnung geübt, bei der Körperberechnung wird die Aufrisszeichnung eines Schweines erstellt ...
Für Kl. 7-10. A4-KV, ca. 80 Seiten. *A580, 29,90 DM*

neu: Prüfstücke!
= Lehrerinnen können diesen Titel als Prüfstück mit 25 % Rabatt bestellen. Bitte setzen Sie vor die Bestellnummer zusätzlich ein -P- und versehen Sie die Bestellung mit dem Stempel Ihrer Schule.

NATUR-PHÄNOMENE

NATUR BE-GREIFEN IM UNTERRICHT: NATUR-PHÄNOMENE



Die Experimentier-Kartei für ein Lernen mit Kopf, Herz und Hand besteht aus 4 Teilsätzen mit je 5 Themengebieten mit wiederum je 8 Experimenten, deren Schwierigkeitsgrad von 1 nach 8 zunimmt.
Die 8 Experimente werden auf je einer A4-Experimentierkarte vorgestellt. Insgesamt bildet Natur be-greifen also eine Sammlung von 160 Experimenten, die mit einfachen Alltagsmaterialien (in der Regel Haushaltsmüll) von den Schülerinnen der Kl. 2-7 selbstständig durchgeführt werden können.
Autor dieser Reihe ist Dr. Klaus Hartmut Wiebel. Er hat druch seine langjährige Tätigkeit an der PH Freiburg im Breisgau auf dem Gebiet der Unterrichtsmethodik und der Umwelterziehung in der Grundschule reichhaltige Erfahrungen gesammelt, die er in diese Kartei einfließen lässt.
Die gesamte Kartei bieten wir Ihnen zu unserem 20-jährigen Jubiläum jetzt als attraktiven Nachdruck in Form einer A4-Kopiervorlagen-Sammlung:

- Natur be-greifen Teilsätze 1-4 *F025, 99,90 DM*
- Natur be-greifen Teilsatz 1 *F021, 29,90 DM*
- Natur be-greifen Teilsatz 2 *F022, 29,90 DM*
- Natur be-greifen Teilsatz 3 *F023, 29,90 DM*
- Natur be-greifen Teilsatz 4 *F024, 29,90 DM*
- Lehrerbände zu Teilsatz 1-4 *SF540, 40,00 DM*
- Lehrerband zu Teilsatz 1 *SF541, 10,00 DM*
- Lehrerband zu Teilsatz 2 *SF542, 10,00 DM*
- Lehrerband zu Teilsatz 3 *SF543, 10,00 DM*
- Lehrerband zu Teilsatz 4 *SF544, 10,00 DM*

ALL DIE TAGE ...

ALDI PICCOLI



– Das erste Aldi-Kinder-Kochbuch. Denn Aldi-Tage sind all die Tage, an denen es gilt schnell zu kochen, preiswert zu essen und einfach zu geniessen! Mit einer Woche Kochideen für die große Gruppe in Kiga und Grundschule. Quadratisch, praktisch, gut & gebunden, 168 Seiten. *V151, 14,80 DM*

-BESTELLKARTE
Hiermit bestelle ich die unten angegebene Anzahl Bücher/Materialien zur Lieferung auf Rechnung (zzgl. Versandkosten) an meine Adresse:

Stück	Best.-Nr.	Kurztitel	Preis
___	V10605	Schüler-Bertelsmann	12,90 DM
___	PV10605	Prüfstück Schüler-Bertelsmann	9,70 DM
___			
___			
___			
___			
___			
___			
___			
___			
___			
___			

___ St. **KOSTENLOSES GESAMTVERZEICHNIS** mit den Neuheiten (A420)
___ St. **DAS SCHWARZE BUCH 1998.** Der Gesamtkatalog von AOL und Freiarbeit. 3,00 DM (A444)
___ St. Schnapp – der Schnäppchen-Markt: 0,– DM (A222)

Name ....
Straße ....
PLZ/Ort ....
Fon .... Fax ....
Kundennummer .... Schulart/Arbeitsbereich ....
Hauptunterrichtsfach ....
2. Fach .... 3. Fach ....

Ich bin: ☐ Lehrer/in ☐ Erzieher/in ☐ Referendar/in
☐ Schulleiter/in ☐ Elternteil ☐ ....
☐ Wir wünschen einen Büchertisch der AOL-Regionalstelle.

Ansprechpartner/in: .... Fon: ....

ESW Bh. 9.97

Umbruch und Rebellion in Mexiko

► Mexiko hat sich seit dem Wirtschaftscrash 1994 vom scheinbar ambitionierten Modellfall »neoliberaler Entwicklungsstrategie« in ein kränkelndes Sorgenkind verwandelt. Der Traum, endlich in den erlauchten Kreis der »ersten Welt« aufgenommen zu werden, wurde quasi über Nacht zum Alptraum – nicht nur für die vielen, die ohnehin seit geraumer Zeit unter dem Konkurrenzdruck der Marktöffnung zu leiden haben, sondern ebenso für die marktradikalen Apologeten des Freihandelsabkommens NAFTA, denen das tönerne Fundament ihres Projekts vor Augen geführt wurde.

Dieter Boris möchte in seinem jüngsten Buch **Mexiko im Umbruch** aus kritischer Perspektive das Zusammenwirken der diversen Bedingungen rekonstruieren, die das »Scheitern der neoliberalen Entwicklungsstrategie« begründet haben. Ihm geht es um die Analyse der immanenten Widersprüche der neoliberalen Politik, die den Beinahe-Zusammenbruch 1994 durchaus hätte vorhersehbar machen können.

Mit scharfem historischem und empirischem Blick widmet sich Boris all jenen politischen Prozessen und Transformationen, in denen sich die neoliberale Entwicklungsstrategie in Mexiko etablieren konnte. Ausgangspunkt hierfür ist eine Skizze der Besonderheiten, die – ausgehend vom »Porfiriat«, über die mexikanische Revolution bis zu der besonderen Form des mexikanischen Korporatismus – bis heute auf die sozio-politische und ökonomische Landschaft Einfluß nehmen. Desweiteren wird den bisherigen Effekten der neoliberalen Umstrukturierung auf die mexikanische Gesellschaftsstruktur viel Raum beigemessen. So werden sowohl die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den verschiedenen ökonomischen Sektoren, wie auch die Tendenzen der sich grundlegend verändernden Sozialstruktur einer Analyse unterzogen – von der Transformation des politischen Systems bis zu den Orientierungen der diversen Akteure wie Unternehmerfraktionen, Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Dem Aufstand in Chiapas ist ein gesonderter Exkurs gewidmet.

Insofern liefert Dieter Boris ohne Frage einen interessanten und empirisch fundierten Überblick über die vielfältigen Transformations- und sozialen Spaltungsprozesse, die Mexiko gegenwärtig durchziehen. Was jedoch ein wenig auf der Strecke bleibt, ist eine grundlegende theoretische Reflexion. Der Befund des Scheiterns der neoliberalen Entwicklungsstrategie mündet schließlich in der Frage, ob ihre Eckpfeiler, die radikale Außenöffnung und die Maxime der Inflationsbekämpfung, überhaupt kompatibel sein können. Denn gerade die Inflationsbekämpfung erfordert eine Politik, die die absehbare Fragilität der Ökonomie in Kauf nehmen muß: Überbewertung des Peso, ein daraus resultierendes Leistungsbilanzdefizit, dessen Kompensation durch die Attraktion kurzfristigen Geldkapitals und schließlich ein dadurch bedingter Anstieg der äußeren Verschuldung – Phänomene, die für vergleichbare Länder wie Argentinien oder Brasilien ebenso gelten.

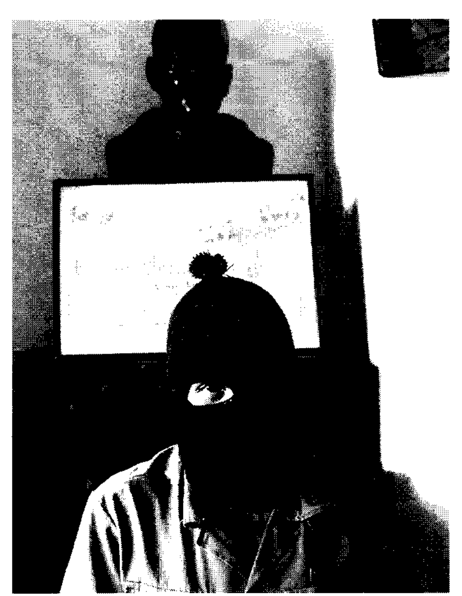
Die besondere explosive Mischung, die Mexiko 1994 an den Rand des ökonomischen Kollaps brachte, lokalisiert Boris dann schließlich auf einem altbekannten Terrain: »Denn in einem hochverschuldeten Land wie Mexiko, mit einer abhängigen, heterogenen und stark oligopolisierten Wirtschaftsstruktur, gibt es einem neoliberalen Strukturanpassungsprogramm innewohnende Blockaden, die mittel- oder längerfristig eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik eher unwahrscheinlich machen.«

Nun ist die Erkenntnis, daß unter neoliberalen Vorzeichen keine dauerhaften Bedingungen für einen breiten, den Binnenmarkt integrierenden und stimulierenden Wachstumsprozeß geschaffen werden, nicht sonderlich erstaunlich und der Verweis auf strukturelle Heterogenität und Abhängigkeit keineswegs neu. Letztlich stehen die historischen Bezüge und die langen, empirisch-fundierten Sozialstrukturanalysen den ökonomietheoretischen Schlußfolgerungen recht unvermittelt gegenüber, wenngleich Boris eine stabile Grundlage für weitergehende, spezialisierte wissenschaftliche Diskussion geschaffen hat.

Besetzt den »Schwarzwald«

► Ein anderes, kürzlich erschienenes Buch zu Mexiko muß sich mit derartigen theoretischen Finessen nicht herumschlagen – und soll es auch gar nicht. In **Die Rebellion der Habenichtse** ist es den Autoren Boris Kanzleiter und Dirk Pesara gelungen, ausgehend von der Besetzung der Kaffeeplantage Liquidambar in Chiapas ein plastisches und exzellent recherchiertes Bild sowohl der dort vorherrschenden, quasi feudalen Ausbeutungs- und Repressionsformen als auch der regionalen Widerstände bis hin zu tragischen Einzelschicksalen zu zeichnen. Doch nicht nur das. In bester Art und Weise eines engagierten, politischen Journalismus werden von hier aus die vielfältigen Randthemen behandelt. So wird dem Leser ebenso ein fundierter Einblick in die Besonderheiten sowohl der chiapanekischen und mexikanischen Geschichte als auch der gegenwärtigen politischen Prozesse und vor allem der schleichenden Militarisierung ermöglicht.

Flankiert wird diese Darstellung von kommentierten Recherchen zur Problematik des Weltmarkts, der marktradikalen Liberalisierung im Zuge der NAFTA und deren Auswirkungen auf die kleinbäuerlichen Existenzen in den chiapanekischen Kaffeeanbaugebieten bis hin zur Entwicklungspolitik der bundesdeutschen Regierung.


Foto: D. Pesara

Ein weiterer hochinteressanter Schwerpunkt des Buches behandelt die Entstehung des Großgrundbesitzes in Chiapas. Schließlich sind viele der Großgrundbesitzer deutscher Herkunft, die Plantagen haben noch heute so einschlägige Namen wie Selva Negra (Schwarzwald), Prusia (Preußen) oder Hannover. Von den Anfängen im »Porfiriat« über die Revolution bis in die heutige Zeit, werden die sich im Lauf der Jahrzehnte verändernden klientelistischen Verfilzungen sowohl mit europäischen Handelshäusern als auch mit der mexikanischen Oligarchie dokumentiert, die es – trotz relativ progressiver Gesetze und diverser Versuche, Agrarreformen durchzusetzen – ermöglichten, bis heute die Ländereien der Großgrundgesitzer zu vermehren.

Angesichts dieser umfassenden Themenbreite ist die Kunst des Buches, das gerade einmal 140 Seiten zählt, ein abgerundetes Gesamtbild der vielfältigen ineinandergreifenden Prozesse und Verhältnisse zu zeichnen. Auch vermeiden es die Autoren, in platte, aufklärerische Parolen und Anklagen zu verfallen. Sie lassen die Fakten sprechen. Und diese illustrieren in der Tat mit einer derart durchdringenden Wucht, die keiner weiteren Erläuterungen bedarf. So ist »Die Rebellion der Habenichtse« sowohl für Mexiko-Kundige als auch Unkundige eine spannende, politische Lektüre. Lediglich etwas ausführlicher hätte sie sein dürfen.

Jens Winter

► *Dieter Boris: Mexiko im Umbruch. Modellfall einer gescheiterten Entwicklungsstrategie, Darmstadt 1996 (Wissenschaftliche Buchgesellschaft), 264 S.*

► *Boris Kanzleiter, Dirk Pesara: Die Rebellion der Habenichtse. Der Kampf für Land und Freiheit gegen deutsche Kaffeebarone in Chiapas, Berlin 1997 (Verlag id-Archiv), 140 S.*

Enteignete Kolonialisten

▶ Wohl kein geschichtlicher Prozeß hat das Gesicht unserer Welt so nachhaltig geprägt wie die Errichtung europäischer Kolonialreiche in Amerika, Afrika und Asien, denn erst die europäische Expansion seit dem 15. Jahrhundert hat die vielen Welten der Menschen zu der einen Welt gemacht, in der wir heute leben. Der Freiburger Wissenschaftler Wolfgang Reinhard legt nun nach seiner vierbändigen Geschichte der europäischen Expansion (1983-1990) eine knappe Gesamtübersicht zur europäischen Kolonialgeschichte vor.

Der zeitliche Rahmen, den Reinhard seiner Darstellung setzt, ist sehr breit angelegt: Er reicht von der »Entdeckung« des Atlantiks durch portugiesische und italienische Seefahrer und Kaufleute im 14. Jahrhundert bis zur Dekolonisation in Rußland und Südafrika in den ersten Jahren unseres Jahrzehnts. Diese großzügige zeitliche Dimension ist einem weiten Kolonialismus-Begriff zu verdanken. Denn Reinhards Darstellung beschränkt sich nicht auf die Geschichte europäischer Kolonialreiche in Übersee, sondern bezieht auch Kontinentalimperien wie Rußland und die USA, Sekundärkolonialismus wie in Israel, Südafrika und Australien sowie den nichtwestlichen, aber mit dem europäischen zusammenhängenden Kolonialismus Ägyptens, Japans und sogar Chinas mit ein.

Reinhards Ausführungen weisen einen zweiteiligen Aufbau auf, denn immer wieder wird der berichtend-erzählende, chronologisch fortlaufende Teil von ideologiekritischen Reflexionen des Verfassers unterbrochen, in denen gängige kolonialgeschichtliche Erklärungsmodelle auf ihren Wahrheitsgehalt hin abgeklopft und einige Topoi des antikolonialistischen Diskurses korrigiert werden.

Wie Reinhard – um nur ein Beispiel zu nennen – betont, war die europäische Kolonisation meist kein von langer Hand geplantes Unternehmen, sondern lief nach dem »Prinzip der nicht-intendierten Nebenwirkungen ab«, was dem individuellen Handeln der »men on the spot« und ihren persönlichen Antrieben für Kolonisation und Kolonialismus eine große Bedeutung einräumte.

Daß Reinhard sich wiederholt an antikolonialistischen Klischees und Vorurteilen reibt, ist kein Zufall. Ihm geht es in seinem Buch darum, sich dem historischen Phänomen Kolonialismus möglichst wertfrei, ohne gequälte Anstrengungen einer politisch korrekten Ausdeutung und Wertung des historischen Geschehens, anzunähern. So gelangt Reinhard zu dem Schluß, sich mit der europäischen Expansion aus eurozentrischer Perspektive zu beschäftigen, sei geboten, »weil die Sache selbst« – die europäische Durchdringung der nicht-europäischen Welt – »eurozentrisch ist«. Doch gelte dieser Schluß nur für die Europäisierung der Welt als ein historisches – und damit unweigerlich der Vergangenheit angehörendes – Phänomen, nicht aber für die nachkoloniale Gegenwart und Zukunft, weil ja die nicht-europäischen Völker im Begriff sind, das längst angeeignete europäische Erbe weiterzuentwickeln: »Die Rede von der 'Europäisierung der Erde' als Inbegriff der Hinterlassenschaft des Kolonialismus ist zwar richtig, aber nur noch im historischen Sinne. (...) wenn heute die englische Sprache immer mehr zum Weltkommunikationsmedium wird, dann stehen dabei längst ein amerikanisches oder australisches, ein indisches oder nigerianisches Englisch gleichberechtigt neben 'The Queen's English'. Die Herrschaft des Englischen hat nur noch historisch mit der einstigen Herrschaft Englands zu tun; im Gegenteil, die Dekolonisation hat dazu geführt, daß die Engländer ihrer Sprache enteignet wurden.« (S. 345)

Reinhards Buch besticht also nicht nur wegen seiner – angesichts der Fülle an Fakten bewundernswerten – sprachlichen und gedanklichen Klarheit. Was dieses Buch zu einem bemerkenswerten Exempel zeitgenössischer Geschichtsschreibung macht, ist vor allem die Tatsache, daß es Reinhards problembewußter Darstellung der verschiedensten Einzelaspekte des europäischen Kolonialismus gelingt, bekannte, aber leider oftmals ideologisch verbrämte Sachverhalte neu zu betrachten und kritisch zu hinterfragen.

Gunther Verheyen

▶ *Wolfgang Reinhard: Kleine Geschichte des Kolonialismus. Alfred Kröner Verlag, Stuttgart 1996.*

Schwarzkäppchen und der böse Wolf...

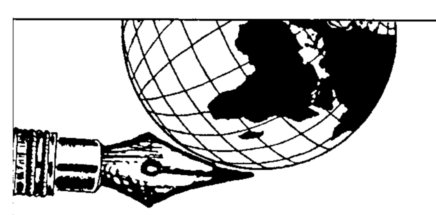
▶ Über kaum eine neue soziale Bewegung wird in den Medien soviel Unsinn verbreitet wie über die »Chaoten vom Schwarzen Block«, deren einziges Ansinnen darin bestünde, friedliche Demonstrationen »aufzumischen« und sich mit der Polizei zu prügeln. Als politische Kraft könne man »die Autonomen« jedenfalls nicht ernst nehmen, so das einhellige Resümee der Bürgerpresse von FAZ bis taz. Angesichts der von keinerlei Sachverstand getrübten Diffamierung der Autonomen ist die von Thomas Schultze und Almut Gross angestrebte kritische Auseinandersetzung mit ihren Aktionsformen und politischen Strategien zu begrüßen. Das Ergebnis allerdings kann nicht voll befriedigen. Zwar gelingt es Schultze, auf dessen Diplomarbeit das Buch beruht, einen umfassenden Überblick über die mittlerweile 20-jährige Geschichte der Autonomen zu geben. Diese sind ja in vielen sozialen Bewegungen als eigenständiger Flügel aktiv, von der Anti-AKW-Bewegung über die AntiFa bis hin zur internationalistischen Dritte-Welt-Szene. Die Befindlichkeiten und Widersprüche autonomer Politik stellt Schultze zum Teil plastisch und nachvollziehbar dar.

Leider bringt er dabei verschiedene Ebenen durcheinander. Die wissenschaftliche Analyse der autonomen Bewegung geht übergangslos in politische Statements über, die zudem teilweise im wenig aussagekräftigen Szene-Slang daher kommen, etwa wenn es heißt: »Nach 10 Jahren mal wieder schwer entpolitisierte Chaostage in Hannover« Unverständlich ist auch, warum Schultze auf einen der wichtigsten autonomen Theoretiker, Karl-Heinz Roth, nicht eingeht – was angesichts der Tatsache, daß die Autonomen wenige theoretische Köpfe von Format vorweisen können, ein ziemliches Manko ist. Geradezu ärgerlich ist das von Almut Gross verfaßte Kapitel über die »Autonome(n) Frauen und FrauenLesben«. Es beschränkt sich auf die kursorische Aufzählung dessen, was die »Bewegung« schon so alles vollbracht hat. Die für eine Selbstreflektion nötige kritische Distanz fehlt vollkommen. Aber vielleicht kommt hier nur am deutlichsten zum Ausdruck, was große Teile der autonomen Bewegung auszeichnet: Ein hitziger Aktionismus, der auf rigidem Moralismus aufbaut, und bei dem »gut« und »böse« so eindeutig festgelegt sind wie sonst nur in den schaurigen Märchen der Gebrüder Grimm.

cst.

▶ *Thomas Schultze / Almut Gross, Die Autonomen – Ursprünge, Entwicklung und Profil, Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1997, 224 S., 25.- DM.*





Lateinamerika-Nachrichten 277/278

► Zeitgleich mit der Weltmusik-Ausgabe der iz3w (222) haben die *Lateinamerika-Nachrichten* eine »Reise durch die lateinamerikanische Musik« veranstaltet. In ihrer Juli/August Ausgabe stellt die Berliner Zeitschrift Musik aus Brasilien, Kuba, Panama und Jamaika vor, aber auch aus »Spanish Harlem« und anderen Stadtteilen New Yorks mit überwiegend lateinamerikanischer Bevölkerung – den Orten, an denen sich die Musik entwickelte, die Ende der 60iger Jahre den Namen Salsa bekam. Wer also mehr über Salsa, Reggae, Latin Jazz, Rumba oder brasilianische Popmusik erfahren will, dem sei dieses Heft angeraten. Daneben gibt es Berichte und Kurznachrichten aus den Ländern Lateinamerikas.

► *Bezug: Lateinamerika Nachrichten, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin. DM 8,50.*

Journal für Entwicklungspolitik 2/97

► Das vierteljährlich erscheinende *Journal für Entwicklungspolitik* aus Wien beschäftigt sich in seiner jüngsten Ausgabe mit »Sozialistischen Entwicklungsländern«. Es geht insbesondere um die Hintergründe des aktuellen grundlegenden Transformationsprozesses, der sich entweder in einem offenen Systemwandel oder in einem tiefgreifenden sozioökonomischen Wandel im Rahmen des nicht-kapitalistischen Entwicklungsweges manifestiert. Anhand ausgewählter »Transformationsökonomien« (Kuba, China, Mozambique und Vietnam) wird untersucht, wie »sozialisische« oder »revolutionöre« Länder der Peripherie im Kampf um Positionen in der Neuordnung der Weltwirtschaft agieren, welche Wege sie einschlagen, welche Chancen sich eröffnen bzw. welche Kosten ihnen abverlangt werden.

► *Bezug: Brandes & Apsel Verlag, Zeilweg 20, 60439 Frankfurt/M. DM 19,80.*

Peripherie 67

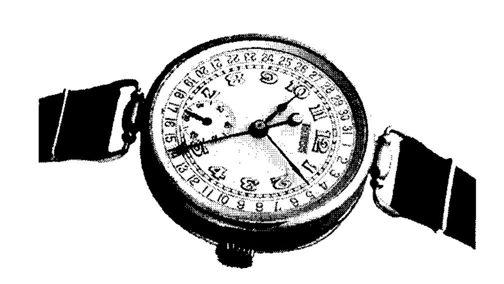
► Der innerhalb der sozialwissenschaftlichen Diskussion verbreitete Konstruktivismus, demzufolge ethnische Gemeinschaften keine ontologischen Gegebenheiten sind, sondern nur durch menschliches Handeln existieren, löst längst nicht alle Probleme und beantwortet nicht die »Grundfrage«, weshalb Menschen ständig Grenzen ziehen und sich ihretwegen die Köpfe einschlagen. Diese Einsicht hat die Redaktion der *Peripherie* bewogen, ihre neueste Nummer dem Thema »Ethnizität: Strategie und Tradition« zu widmen. Drei theoretische Beiträge befassen sich mit den Gründen, weshalb ethnische Kollektive trotz anderslautender modernisierungstheoretischer Überzeugung so machtvoll weiterleben. Ferner mit der Frage, ob sich aus den Theorien der Ethnizität Anhaltspunkte ableiten lassen, welche Gruppen die von der UNO verkündeten Prinzipien der Selbstbestimmung legitimerweise als Rechte für sich in Anspruch nehmen. Der dritte Beitrag versucht postmoderne Diskurse über »fragmentierte Identität« mit dem Ethnizitätsdiskurs, der eng mit Identitätstheorien verknüpftet ist, zusammenzubringen. Ergänzt werden die Artikel durch eine Fallstudie über die Ethnie der Himba in Nordwest-Namibia.

► *Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin. DM 13.*

Hermes Wohin?

► Unter diesem Titel versammelt eine von WEED (Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V.) herausgegebe Broschüre *Argumente für eine Reform der Hermes-Bürgschaften.* Die Broschüre zur Hermes-Kampagne bietet Grundlagen- und Hintergrundinformationen über die deutsche Exportbürgschaftspolitik und skizziert die politische Debatte um die Hermes-Bürgschaften.

► *Bezug: WEED, Berliner Platz 1, 53111 Bonn, Tel. 0228 / 69 64 70. DM 8.-*



Berichtigung:

► In der letzten Ausgabe ist die Redaktion im Artikel von Renate Kreile mit den verwandtschaftlichen Beziehungen der Gattin des Schahs Reza Pahlevi durcheinandergekommen. Nicht Farahs Mann setzte das Schleierverbot durch, wie die Zwischenüberschrift auf Seite zehn glauben macht, sondern ihres Mannes Vater.

Ergänzung:

► Vergessen haben wir den Bildnachweis auf Seite elf. Das Bild entstammt der Mappe »Armut im Blick. Eine Bildkartei über nationale und internationale Armut«. Die sehr gut für die Schul- und Bildungsarbeit geeignete Kartei wurde herausgegeben vom Dritte Welt Haus Bielefeld und Caritas international. Bezugsadresse: Dritte Welt Haus Bielefeld e.V., August-Bebel-Straße 62, 33602 Bielefeld, Tel. 0521/62802.

Tagungen

► Unter dem Schlagwort **Glokalisierung** veranstaltet der BUKO vom 7.-9. November ein Seminar in Bonn. Anhand regionaler Beispiele aus Deutschland/Polen, Italien und Indien soll die Interdependenz der beiden Modewörter Globalisierung und Regionalisierung erörtert werden. Anmeldung und weitere Informationen bei: *BUKO, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg. Tel.: 040/393156. Fax: 040/3907520.*

► Über **Erfahrungen mit der Wahrheits- und Versöhnungskommission in Südafrika** berichten Ruth Weiss und Denis Goldberg am 11. November in Bochum. Sie werden die Ergebnisse des Versöhnungsprozesses im Hinblick auf soziale Bedingungen und die weltweite Bedeutung des südafrikanischen Vorgehens diskutieren. Nähere Informationen bei: *Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108, 41894 Bochum. Tel.: 0234/26612 und 0234/26611. Fax: 0234/235037.*

► **Globalisierung des Hungers oder Ernährungssicherung weltweit?** fragt eine Tagung des Gustav-Stresemann- Instituts und des NRO-Frauen-Forums vom 30. Oktober - 1. November in Bonn. Im Rahmen der neuen Reihe *Frauen und Globalisierung* wird die Rolle der Frau als Ernährerin unter Aspekten wie Biopolitik, Gentechnologie und Biodiversität beleuchtet. Nähere Informationen erteilt: *Jeanine de Heus, Tagungssekretariat, Gustav-Stresemann-Institut, Langer Grabenweg 68, 53175 Bonn. Tel.: 0228/8107-169. Fax: 0228/8107-198.*

► Die Kritik von Frauen an den makroökonomischen Konzepten von Weltbank und IWF steht im Mittelpunkt des Seminars **Engendering Macroeconomics**, das am 31. Oktober im Rahmen der Jahrestagung des Swisswatch Forums in Bern stattfindet. Vertreterinnen von UNO und internationalen Frauenorganisationen werden sich mit dem wachsenden Spannungsfeld zwischen neoliberaler Politik und Entwicklungsstrategien auseinandersetzen. Programme und Anmeldung bei: *Frauenrat für Außenpolitik, Weltwirtschaftsgruppe, Postfach 1404, CH-4001 Basel. Tel.: 061/6931700 (Fr. Ochsner) oder 01/3616105 (Fr. Frey Nakonz).*

► Vom 28. – 30. November veranstaltet FIAN in Berlin unter dem Titel **Hunger, Landkonflikte, Menschenrechte** eine Einführung in eine neue Dimension der Menschenrechtsarbeit. Soziale Menschenrechte werden unter dem spezifischen Ansatz des Rechts auf Nahrung angesprochen und die Arbeit von FIAN anhand von Landrechtskonflikten in Zentralamerika vorgestellt. Information und Anmeldung: *FIAN, Overwegstraße 31, 44625 Herne. Tel.: 02323/490099. Fax: 02323/490018.*

Bücher

► REDaktion (Hrsg.): **Chiapas und die Internationale der Hoffnung,** *ISP-Verlag, Köln 1997, 250 S., 29,80 DM.*

► Eun-Jeung Lee **Konfuzianismus und Kapitalismus** – Markt und Herrschaft in Ostasien, *Westfälisches Dampfboot, Münster 1997, 159 S., 29,80 DM.*

► Anja Bestmann, Reinhild Schumacher, Susanne Wünsch (Hrsg.): **Aids – weltweit und dichtdran** *Verlag für Entwicklungspolitik Saarbrücken GmbH, Saarbrücken 1997, 313 S., 48,- DM.*

► Bernd Seiffert: **»Der Staudamm nützt nur der Regierung – nicht uns!«** – Geschichte und Auswirkungen des Lesotho Hochland Wasserbauprojektes *FDCL, Berlin 1997, 230 S., 9,80 DM.*

► Gabriele Cleve u.a. (Hrsg.): **Wissenschaft Macht Politik** – Intervention in aktuelle gesellschaftliche Diskurse *Westfälisches Dampfboot, Münster 1997, 418 S., 48,- DM.*

► Der Themenschwerpunkt »Global Governance« entstand in Kooperation mit dem Internationalen Solidaritätsfonds von Bündnis '90/DIE GRÜNEN

Vorschau: iz3w Nr. 225
Schwerpunkt: »Biopolitik«

► Handel mit Transplantationsnieren und Patentierung von Genen, geklonte Schafe und matschfeste Tomaten – die Fortschritts- und/oder Horrormeldungen über das Geschäft mit den kleinen und großen Manipulationen des Lebens reissen nicht ab. Es folgen – mit bürokratischem Abstand – staatliche und internationale Kontrollversuche: Transplantationsgesetz, Ethik-Konventionen, Kennzeichnungspflichten. Häufig drehen sich die Debatten nur um gesetzliche Rahmen und moralische Grenzen. Der Themenschwerpunkt Biopolitik wird dagegen nach Hintergründen und Folgen der Veränderungen fragen. Werden die Grenzen zwischen Leben und Tod, zwischen Natur und Technik weiter verwischt – oder waren sie schon immer künstlich? Ist der Pavian in den Produktionslabors für Transplantationslebern in der menschlichen Wahrnehmung lebendiger als das gefühlssäuselnde Tamagotchi?

Herausgeberin:
► Aktion Dritte Welt e.V. – informationszentrum 3. welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16a (Hinterhaus), D-79020 Freiburg i. Br. Telefon: 0761/74003, Fax: 0761/709866, E-Mail: iz3w@link-s.cl.sub.de
Bürozeiten: Montag bis Freitag 10 bis 16 Uhr.

Redaktion:
► Monika Bierwirth, Thomas Cernay, Jörg Fichtner, Stephan Günther, Monika Hoffmann, Martin Janz, Georg Lutz, Bernhard Merk, Silke Moschitz, Jochen Müller, Christian Neven-du Mont, Claudia Oellers, Christine Parsdorfer, Christian Stock, Jörg Später, Sigrid Weber, Eva Wegner, Eva Zányi.

Vertrieb für den Buchhandel:
► Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstr. 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod), Tel.: 07641/43071

Satz und Gestaltung:
► Büro MAGENTA. Freiburg.

Herstellung:
► Druckerei schwarz auf weiß. Freiburg.

Jahresabonnement (8 Ausgaben):
► Inland: DM 60,– (für SchülerInnen, StudentInnen, Wehr- und Zivildienstleistende DM 50,–), Förderabonnement: ab DM 100,–
► Ausland: Europa plus DM 10,– und Übersee plus DM 30,– Porto/Jahr
► Kündigungen bis zum Erhalt des letzten Heftes. Sonst automatische Verlängerung.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V):
► Postscheckkonto Karlsruhe
Konto-Nr. 148 239 - 755, BLZ 660 100 75
► Postscheckkonto Basel
Konto-Nr. 40-35 899-4
► Hypo-Bank Bregenz
Konto-Nr. 10 157 108 110

Eigentumsvorbehalt:
► Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Spenden:
► Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte auf das Konto 124 96 06 bei der Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00), Kontoinhaberin Stadtsparkasse Freiburg, Verwendungszweck: Durchlaufspende zugunsten der Aktion Dritte Welt e.V. Diese Spenden beinhalten kein Abo!

Anzeigenschluß für Ausgabe Nr. 225:
► (Druckfertige Vorlagen) 24.10.1997

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

E 3477

▸ iz3w
Postfach 5328
D-79020 Freiburg
ISSN 0933-7733